

Effekte territorialer Institutionen auf Repräsentation und politische Performanz

Inauguraldissertation
zur
Erlangung des Doktorgrades
der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der
Universität zu Köln

2011

vorgelegt
von

Magistra Artium Annika Hennl

aus

Meppen

Referent: Prof. Dr. André Kaiser, Universität zu Köln

Korreferent: PD Dr. Martin Höpner, Universität zu Köln

Tag der Promotion: 20. Mai 2011

Meinen Eltern, in Liebe und Dankbarkeit

Gliederung

- Kapitel 1** Einleitung
- Kapitel 2** Intra-party dynamics in mixed-member electoral systems. How strategies of candidate selection impact parliamentary behavior
- Kapitel 3** Ticket-balancing in mixed-member electoral systems. Comparing sub-national elections in Germany
- Kapitel 4** Föderalismus, Dezentralisierung und Performanz. Eine makro-quantitative Analyse zur Leistungsfähigkeit etablierter Demokratien
- Kapitel 5** Combining Federalism and Decentralization. Comparative Case Studies on Regional Development Policies in Switzerland, Austria, Denmark, and Ireland

Kapitel 1

Inhalt

1	Einleitung	1
1.1	Territoriale Institutionen und das <i>dilemma of scale</i>	6
1.2	Wahlssysteme und politische Repräsentation	17
1.2.1	Zum Forschungsstand der vergleichenden Wahlssystemforschung	18
1.2.2	Repräsentationseffekte gemischter Wahlssysteme	21
1.2.3	Der Beitrag der Dissertationsschrift	22
1.3	Föderalismus und die Performanz politischer Systeme.....	27
1.3.1	Zur Methodik der vergleichenden Föderalismusforschung	28
1.3.2	Zur Theorie der vergleichenden Föderalismusforschung.....	29
1.3.3	Der Beitrag der Dissertationsschrift	34
1.4	Kritische Würdigung der Ergebnisse und Ausblick	40
1.5	Literaturverzeichnis	45

Anhang

1 Einleitung

Im Zentrum dieser Dissertationsschrift stehen die politischen Auswirkungen von gemischten Wahlssystemen und Föderalismus und damit zweier Institutionen, deren zentrale Gemeinsamkeit sich über die Bedeutung der territorialen Ausdehnung demokratischer Herrschaft für den Zielkonflikt zwischen effektiver Partizipation und staatlicher Leistungsfähigkeit erschließt. So wirkt eine Ausdehnung des Herrschaftsgebietes demokratischer Staaten (sowohl gemessen anhand der geographischen Ausdehnung als auch der Bevölkerungszahl) einerseits negativ auf die Möglichkeiten einer direkten Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen. Andererseits erhöht sie die Leistungsfähigkeit von Staaten und damit ihr Potential, Sicherheit vor äußerer Bedrohung und ökonomischen Wohlstand zu bieten. Vor dem Hintergrund dieses *dilemma of scale* (Dahl, 2004: 3407) lässt sich die Etablierung regelmäßiger und kompetitiver Wahlen im Prozess der Entstehung moderner Demokratien sowie jene föderaler Institutionenarrangements als Mittel

verstehen, eine stabile demokratische Herrschaft in einem hinsichtlich seiner externen territorialen Grenzen ausgedehnten Staat zu ermöglichen.

Wahlssysteme als zentrale Instrumente repräsentativer Demokratie und Föderalismus intendieren eine Milderung des beschriebenen Dilemmas, indem sie die Artikulation und Aggregation gesellschaftlicher Interessen innerhalb des Staates entlang territorialer Grenzziehungen zwischen Wahlkreisen und Gliedstaaten kanalisieren. So strukturieren Wahlssysteme eine demokratische Herrschaft in ausgedehnten Staaten, indem sie politische Repräsentanten und Entscheidungsträger an geographisch begrenzte Wahlkreise innerhalb des Staates binden. Zugleich etabliert Föderalismus als spezifische Form der territorialen Staatsorganisation räumlich begrenzte Einheiten innerhalb eines Staates, die auf Grundlage verfassungsmäßig garantierter Kompetenzen in einigen Politikbereichen eigenständig Entscheidungen treffen. Die zentrale Funktionsweise beider Institutionen erschließt sich folglich als *interne* Reduzierung der räumlichen Ausdehnung der Arenen demokratischer Partizipation und Entscheidungsfindung unter der Bedingung einer *externen* Ausdehnung des Gesamtstaats – Wahlssysteme und Föderalismus sind somit im doppelten Sinne *territoriale* Institutionen.

Die zentrale Zielsetzung der vorliegenden, kumulativ angelegten Dissertationsschrift¹ ist es, die *Effekte* dieser territorialen Institutionen auf die Kernvariablen des *dilemma of scale* zu analysieren, sodass sich als übergreifende Fragestellung der Schrift formulieren lässt: *Welche Effekte haben territoriale Institutionen auf politische Repräsentation sowie die Leistungsfähigkeit politischer Systeme?* In den Hauptkapiteln 2 (Hennl, im Begutachtungsprozess) und 3 (Hennl & Kaiser, 2008) werden dabei zunächst die Effekte gemischter Wahlssysteme auf Muster substantieller und deskriptiver Repräsentation untersucht. Damit analysieren diese Kapitel die Effekte eines Wahlssystemtyps, der sich durch eine Kombination von Wahlkreisen unterschiedlicher Wahlkreisgröße auszeichnet (siehe detaillierter 1.2) und fokussieren auf die Frage, inwiefern diese interne Varianz einen Ausgleich zwischen verschiedenen Repräsentationseffekten hervorruft. Die Hauptkapitel 4 (Ehlert, Hennl, & Kaiser, 2007) und 5 (Biela, Hennl, & Kaiser, im Erscheinen) analysieren hingegen die Effekte institutionalisierter Mehr-Ebenen-Arrangements auf die Leistungsfähigkeit politischer Systeme. Hierbei gründen sie ihre Argumentation vor allem auf eine differenzierte Betrachtung der Effekte föderaler Staatsorganisation auf die Performanz

¹ Eine Liste der eingereichten und veröffentlichten Publikationen befindet sich im Anhang dieser Einleitung.

politischer Entscheidungsprozesse² und jene der Dezentralisierung auf Muster der Politikimplementation (siehe detaillierter 1.3). Damit erklärt die vorliegende Arbeit Varianz in der Effektivität politischer Beteiligung und der Leistungsfähigkeit politischer Systeme nicht über die externe Ausdehnung des Territorialstaats, wie dies etwa in den Analysen Dahls und Tufes (1973) geschieht, sondern über jene internen institutionellen Arrangements, die als „territorial institutional channels of voice“ (Caramani, 2004: 26) die räumliche Ausdehnung der Arenen politischer Beteiligung innerhalb des Staates reduzieren. Der Anwendungsbereich des Forschungsinteresses ist dabei auf demokratische Staaten beschränkt.

Im Zentrum des Erkenntnisinteresses steht folglich eine Erklärung von Zusammenhängen, die sich analytisch betrachtet auf der Makroebene gesellschaftlicher Phänomene befinden,³ wobei politische Institutionen als unabhängige Variable betrachtet werden. Mit dieser Fokussierung auf die Bedeutung von Institutionen für gesellschaftliches Handeln schließt diese Arbeit an die seit den frühen 1990er Jahren lebhaft diskutierten neo-institutionalistischen Ansätze sozialwissenschaftlicher Forschung an. Dies birgt einerseits den Vorteil, dass sie sich in ihren theoretischen Ausführungen zu institutionellen Effekten auf elaborierte Argumentationsmuster stützen kann. Andererseits gilt es angesichts der erheblichen Unterschiede verschiedener Ansätze innerhalb des neo-institutionalistischen Paradigmas (für eine Übersicht siehe Hall & Taylor, 1996; Kaiser, 1997, 2006; Koelble, 1995), die eigene Position eindeutig zu bestimmen und zu begründen. Zu diesem Zwecke sei das vielfältige ‚Programm‘ des Neo-Institutionalismus im Rahmen dieser Einleitung knapp skizziert.

Während als gemeinsamer Kern der Perspektiven des soziologischen, historischen und *rational-choice* Institutionalismus gilt, dass Institutionen „handlungsermöglichende und zugleich handlungsbeschränkende Wirkung im politischen Prozess“ (Kaiser, 2006: 316) besitzen, variieren die Ansätze fundamental hinsichtlich des zugrunde gelegten Institutionenbegriffs und ihrer Gewichtung der Rolle interessen geleiteten Handelns oder sozialer Normen für die Erklärung institutioneller Effekte. Die soziologische Variante betrachtet Institutionen selbst als Ausdruck gesellschaftlicher Normensysteme, die als „Kulturphänomene Handlungsmuster bereitstellen“ (Kaiser, 2006: 314). Institutionen prägen demnach soziale Verhaltensweisen, indem sie „moral and cognitive templates for interpretation and action“ (Hall & Taylor, 1996: 939) bieten. Die individuelle Rationalität gilt

² Im Rahmen der Argumentation dieser Schrift wird der im klassischen Dilemma angelegte Begriff der militärischen und ökonomischen Leistungsfähigkeit folglich um eine genuin politische Komponente erweitert.

³ Das Forschungsinteresse entspricht damit „[t]he principal task of the social sciences [which] lies in the explanation of social phenomena“ (J. S. Coleman, 1990: 2). Siehe auch Elster (2007: 9).

aus dieser Perspektive als stark beschränkt und das Individuum ist eine „largely dependent and rather unimportant variable“ (Koelble, 1995: 232) in der Erklärung kontextgebundener institutioneller Effekte. Konträr dazu basiert der *rational-choice* Institutionalismus auf der Annahme, dass institutionelle Effekte aus dem intentionalen Handeln individueller Akteure erwachsen, die innerhalb eines gegebenen Kontextes so agieren, dass ihre Interessen weitestgehend verwirklicht werden: „individuals make decisions to further their interests based upon the world around them“ (Dowding, 1994: 107). Dabei legt der *rational-choice* Institutionalismus der Handlungsauswahl das Prinzip der Maximierung des – nicht notwendigerweise egoistisch definierten⁴ – Nutzens zugrunde.⁵ In dieser Perspektive erscheinen Institutionen als externe Begrenzungen individuellen Handelns, die Erwartungssicherheit geben und als Gleichgewichtskonstellationen kollektive Dilemmata lösen. Sie prägen Akteurskonstellationen und Einflusschancen, beeinflussen die Präferenzen der Akteure selbst allerdings nicht direkt.⁶ Damit sind Institutionen “an intervening variable capable of affecting an individual’s choices and actions but not determining them” (Koelble, 1995: 232). Eine mittlere Position zwischen diesen Perspektiven nimmt der Ansatz des historischen Institutionalismus ein. Hier wird der Einfluss institutionalisierter Normen auf die Interessen handelnder Akteure berücksichtigt und „Struktur und Handlung werden als wechselseitig aufeinander einwirkende Größen gesehen“ (Kaiser, 2006: 323). Dabei fokussiert diese Perspektive auf die langfristig prägende Wirkung von Institutionen im Sinne der Pfadabhängigkeit historischer Entwicklungen (Hall & Taylor, 1996: 941f.). Auf den Punkt gebracht variieren die Ansätze folglich vorrangig hinsichtlich ihrer Bewertung der Rolle individuellen Handelns, der Annahme einer Exogenität oder Endogenität politischer Präferenzen, des zugrunde liegenden Institutionenverständnisses sowie der Generalisierbarkeit oder Kontextgebundenheit des Akteurshandelns (Kaiser, 2006: 328f.).

Die vorliegende Arbeit nutzt zur Analyse der Effekte territorialer Institutionen auf politische Repräsentation sowie die Leistungsfähigkeit politischer Systeme die Perspektive des *rational-*

⁴ Zur Rolle sozialer Präferenzen in demokratischen Entscheidungsprozessen siehe Sauer mann (2010).

⁵ Dabei gelten die Vollständigkeit und Transitivität der Präferenzen als Voraussetzung einer rationalen Wahl. Shepsle und Bonchek (1997, chapter 2) verbalisieren diese Bedingungen sowie die Implikationen der Wahl einer *rational-choice* basierten Handlungstheorie.

⁶ In der klassischen Variante des *rational-choice* Ansatzes gelten Präferenzen als exogen. Die Persistenz institutioneller Arrangements erklärt sich dann über ihren Charakter als Gleichgewichtslösung. Damit stößt der *rational-choice* Ansatz an Grenzen in der Erklärung institutionellen Wandels. Kaiser (2006: 333f.) plädiert daher für eine stärkere Integration der Befunde zur Wirkung institutioneller Konstellationen auf die Präferenzbildung und verspricht sich durch eine gegenseitige Befruchtung der Perspektiven des historischen und *rational-choice* Institutionalismus einen Erkenntnisgewinn. Einen wegweisenden Beitrag zur Integration endogener Präferenzen in die Betrachtung institutionellen Wandels stellen Greif und Laitin (2004) vor.

choice Institutionalismus. Die Wahl dieser theoretischen Perspektive lässt sich über vier Eigenschaften des Ansatzes begründen: Erstens wird in der dem *rational-choice* Institutionalismus inhärenten Mikrofundierung sozialer Phänomene und damit der handlungstheoretischen Ausrichtung der Argumentation eine Voraussetzung für die Erklärung kausaler Zusammenhänge gesehen. Damit basiert die vorliegende Arbeit auf einem Kausalitätsverständnis, das dem Akteurhandeln aufgrund seines Ereignischarakters Vorrang in sozialwissenschaftlichen Erklärungen zuschreibt (J. S. Coleman, 1990; Dowding, 1994: 109; Elster, 2007: 9f.). Zweitens basiert die Wahl der zugrundeliegenden Handlungstheorie mit der Fokussierung auf das Maximierungsprinzip auf einem sehr schlanken Erklärungsmodell. Diese Komplexitätsreduktion erscheint vor allem vor dem Hintergrund der erheblichen Komplexität institutioneller Anreize im Falle gemischter Wahlsysteme (siehe Unterkapitel 1.2) sowie föderaler Arrangements (siehe Unterkapitel 1.3) angemessen. Drittens erschließt sich die Fokussierung auf Interessen statt auf Normen als handlungsleitende Größe auch über die Substanz der abhängigen Variablen. So ist der Interessenbegriff fundamental mit einem Konzept politischer Repräsentation verknüpft, welches das Handeln der Repräsentanten und damit auch die Frage nach der Effektivität der Kontrolle politischer Entscheidungen in den Mittelpunkt stellt (Pitkin, 1967: 156f.). Viertens entspricht die Annahme exogener Präferenzen schließlich der zentralen Ausrichtung der Fragestellung auf die Erklärung institutioneller Effekte. „Whether one can treat preferences as given or not depends on what one is interested in. Explaining political action in a given institutional context is different from explaining institutional change over long periods of time” (Kaiser, 1997: 435). Die Zielsetzung der vorliegenden Dissertationsschrift liegt eindeutig auf dem ersten Unterfangen und hier erweist sich der *rational-choice* Ansatz als geeigneter als ein auf Präferenzformierung ausgerichteter Ansatz der Erklärung institutioneller Entwicklungspfade. „The rational choice institutionalist approach might be most useful for the analysis of interactions between actors as well as within organizations. Whenever the cultural and institutional parameters are explicit and known to the actors, rational interaction can be assumed to be taking place” (Koelble, 1995: 242).

Zusammengefasst nehme ich an, dass Institutionen als solche „formalen und informalen Regeln und Konventionen, die den politischen Entscheidungsprozeß strukturieren“ (Kaiser, 2006: 316), einen systematischen Einfluss auf die Handlungen rationaler politischer Akteure ausüben. Dabei ist die Wirkung institutioneller Anreize keineswegs deterministisch, sondern erschließt sich daraus, dass “actions are shaped or structurally suggested by the relationships

and institutions in which individuals are placed” (Dowding, 1994: 110). Diese Handlungen liegen kausalen Zusammenhängen zugrunde und prägen im Aggregat soziale Phänomene.

Über die Anwendung dieses Argumentationsmusters auf die zentrale Fragestellung entfaltet sich dann das übergreifende Argument der Dissertationsschrift: Wahlsysteme und Föderalismus schaffen über interne Grenzziehungen territoriale Arenen der Interessenartikulation und –aggregation, die sich systematisch auf Akteurskonstellationen und die Einflusschancen verschiedener Akteure im politischen Prozess auswirken. Sie setzen Anreize zu territorial gebundenen Formen der Interessenartikulation und damit auch zur Organisation politischer Kräfte entlang dieser Grenzziehungen. Verschiedene Formen territorial gebundener *politics* beeinflussen dann einerseits die Muster politischer Repräsentation und andererseits die Performanz politischer Entscheidungsfindung und damit, unter bestimmten Umständen, die Leistungsfähigkeit politischer Systeme.

Bevor dieses Argument systematisch auf die Anreizstrukturen gemischter Wahlsysteme und auf die Formen föderaler Staatsorganisation angewandt wird, leistet das folgende Unterkapitel dieser Einleitung (1.1) eine umfassende konzeptuelle Eingrenzung des Begriffs der territorialen Institution. Dabei problematisiert es aufbauend auf einem relationalen Verständnis des Territoriums als zentralem Bestandteil politischer Organisation das durch die räumliche Ausdehnung eines Staates induzierte Dilemma zwischen der Chance auf die Verwirklichung einer dem Idealtyp direkter Volksherrschaft nahen politischen Organisationsform und der Leistungsfähigkeit politischer Systeme. Vor diesem Hintergrund verortet es Wahlsysteme und Föderalismus als territoriale Institutionen, welche das Potential zur Milderung des Dilemmas bergen, und spezifiziert die beiden Teilfragen der vorliegenden Dissertationsschrift. Die nachfolgenden Unterkapitel (1.2 und 1.3) skizzieren schließlich den Stand der vergleichenden Wahlsystem- und Föderalismusforschung und präsentieren auf dieser Grundlage knapp die zentralen Argumente und Ergebnisse der nachfolgenden Hauptkapitel. Abschließend leistet das Unterkapitel 1.4 eine kritische Würdigung des Beitrags der vorliegenden Dissertationsschrift.

1.1 Territoriale Institutionen und das *dilemma of scale*

Während Prozesse der Grenzziehung zwischen sozialen Gruppen grundsätzlich funktionaler oder territorialer Natur sein können (Bartolini, 2005: 15f.),⁷ zeichnet sich moderne politische

⁷ Nach Bartolini (2005: 15f.) lassen sich Grenzziehungen zwischen sozialen Gruppen mit Blick auf fünf Kriterien klassifizieren: ihre Natur (territorial oder funktional), ihren Typus (Gegenstand der Begrenzung, z.B. ökonomische Transaktionen, administrative Regelungen oder Eigentumsrechte), ihre Durchlässigkeit, ihre

Herrschaft dadurch aus, dass ihre *externen* Grenzen primär territorialer Natur sind. So wurden bereits mit dem Westfälischen Frieden 1648 erste Prinzipien eines internationalen Rechts formuliert, die fundamental auf einer gegenseitigen Anerkennung der territorialen Souveränität der einzelnen europäischen Mächte basierten und auch die Privilegien der freien Städte innerhalb ihrer Stadtgrenzen respektierten. Das hier sichtbare Prinzip territorialer Souveränität gewann in den folgenden Prozessen der europäischen Staats- und Nationsbildung zunehmend an Bedeutung und löste die im Mittelalter prägenden Formen der personalen Gefolgschaft als Basis politischer Organisation ab (Gottman, 1973: 47). Mit dem Ende des 18. Jahrhunderts stand die Auffassung nationaler Souveränität über ein klar abgegrenztes Territorium schließlich im Zentrum politischer Praxis und auch der Rechtstheorie (Gottman, 1973: 17f.). Der moderne Nationalstaat zeigt sich folglich als „an entity with a jurisdiction confined within a territory and defined by spatial borders“ (Caramani, 2004: 19). Entsprechend hebt auch Webers klassische Definition politischer Verbände neben den Kennzeichen des physischen Zwangs als Mittel und einer hierarchischen Organisationsstruktur im Inneren auf die Bedeutung territorialer Grenzziehung ab. So formuliert Weber als zentrales Merkmal eines politischen Verbands, dass „sein Bestand und die Geltung seiner Ordnungen innerhalb eines *angeblichen geographischen Gebiets* [...] garantiert werden“ (Weber, 1922: §17, Hervorhebung durch Autorin).

Ein solches, auf ein spezifisches Gebiet bezogenes Verständnis politischer Herrschaft ist jedoch nicht erst seit der Entwicklung des modernen Nationalstaats gegeben. Vielmehr zeigt Gottmans (1973) ideengeschichtliche Abhandlung die zentrale Bedeutung räumlich gebundener Herrschaftsformen seit der Antike auf und leistet auf dieser Grundlage eine Konzeptdefinition des Territoriums, die auf eine doppelte Bezugnahme verweist. Der Begriff des Territoriums umfasst demnach einerseits die Verbindung zwischen der Gemeinschaft eines politisch organisierten Volkes und ihrem geographischen Siedlungsgebiet (Gottman, 1973: 122). Andererseits zielt er auf die Verbindung zwischen der Bevölkerung eines geographisch begrenzten Raumes und ihrer Regierung (Gottman, 1973: 60). Das Konzept des Territoriums ist somit inhärent relational und verbindet eine nach außen gerichtete, räumliche Grenzziehung mit der internen politischen Organisation eines Volkes. Dabei dient das

Effektivität und den Grad der Überschneidung mit anderen Grenzen. Der Natur der Grenzziehung bei Bartolini entspricht Rokkans (2000: 134f.) Unterscheidung zwischen geographischem Raum und Mitgliedschaftsraum. Zur Übertragung des Dualismus von Funktionalität und Territorialität auf die Organisationsstrukturen politischer Systeme siehe ferner Duchacek (1970: 2f.) und Caramani (2004: 15f.).

Territorium als Herrschaftsgebiet gleichermaßen der Erfüllung zweier Funktionen als „a shelter for security and [...] a springboard for opportunity“ (Gottman, 1973: 14).

Eben diese Beziehung zwischen externer Grenzziehung und interner Organisationsstruktur *demokratischer* Herrschaft steht im Zentrum der folgenden Argumentation. So stehen sowohl aus theoretischer als auch aus empirischer Perspektive das Maß räumlicher Ausdehnung und die Form und Intensität der Partizipation des Volkes an kollektiv verbindlichen Entscheidungen in einem interdependenten Verhältnis zueinander. „Die Intensität der erreichbaren Selbstregierung steht in umgekehrtem Verhältnis zur Ausdehnung der verlangten Selbstregierung“ (Sartori, 1992: 73). Dabei erfasst Sartori das Dilemma zwischen extensiver räumlicher Ausdehnung und vollständiger Selbstregierung als praktischen Widerspruch, der aus unterschiedlichen Handlungserfordernissen erwächst. Eine vereinfachte Gegenüberstellung des antiken und modernen Demokratiemodells (vgl. etwa Dahl, 1989: chapter 1; Fuchs, 2004) verdeutlicht das zugrundeliegende Argument.

Die als Ideal vermittelte Demokratie der griechischen Stadtstaaten⁸ erscheint hier als Modell, in dem der *demos* eine direkte, dauerhafte und umfassende Beteiligung an der Regierung innehatte und bei der deliberativen Willensbildung physisch anwesend war (Dahl & Tufte, 1973: 4f.; Fuchs, 2004: 19f.). Das athenische Ideal der Demokratie ist somit äußerst voraussetzungsvoll und an eine geringe Größe des *demos* und eine geringe territoriale Ausdehnung gebunden, es ist „inherently limited to small-scale systems“ (Dahl, 1989: 23). Mit der geringen Größe geht jedoch auch eine Begrenzung der Fähigkeit des Staates einher, Sicherheit und ökonomischen Wohlstand zu bieten und damit den beiden zentralen Funktionen des Territoriums gerecht zu werden. Ein solcher durch die räumliche Ausdehnung induzierter Zielkonflikt zwischen effektiver Partizipation und der Leistungsfähigkeit eines politischen Systems findet sich aus empirischer Perspektive auch innerhalb der Gruppe moderner Demokratien bestätigt. So zeigen etwa die empirisch-vergleichenden Analysen Dahls und Tuftes (1973), dass es keine demokratische Einheit optimaler Größe gibt, die den Zielkonflikt zwischen effektiver Partizipation und Leistungsfähigkeit eines politischen Systems langfristig harmonisiert. Sie folgern, dass „democratic goals conflict, and no single unit or kind of unit can best serve these goals“ (Dahl & Tufte, 1973: 138). Im Zentrum der demokratischen Theorie und Praxis findet sich daher mit den Worten Dahls ein

„dilemma of scale: the smaller a unit, the greater are the opportunities it can provide its members for participating in governing themselves; but the lower is the capacity of its government for

⁸ Zum empirischen Gehalt der griechischen Demokratieideals siehe Dahl (1989: 18f.).

dealing satisfactorily with all the important problems its members face. Conversely, the larger the unit the greater is the capacity of its government for dealing satisfactorily with problems that transcend the boundaries of the smaller units within it; but the more reduced are the opportunities it can provide its members for participating in its decisions” (Dahl, 2004: 3407).

Vor diesem Hintergrund erscheint die Entwicklung moderner Demokratien in den USA und auch innerhalb der sich als Nationalstaaten konstituierenden Demokratien Europas vor allem als revolutionärer Wandel mit Blick auf die Größe sowohl des geographischen Gebiets als auch des *demos*, der von den kollektiv verbindlichen Entscheidungen betroffen ist. Diese zweite demokratische Transformation (Dahl, 1989: 24f.) wurde auf Basis dreier Entwicklungen möglich: einem aufstrebenden Nationalismus, der die Entwicklung kollektiver territorialer Identitäten nährte; der graduellen Entwicklung gewählter, repräsentativer Parlamente zunächst in Großbritannien und den USA; und schließlich auf Grundlage einer zunehmenden Unterstützung der Idee repräsentativer, territorial ausgedehnter Demokratie aus den Reihen politischer Philosophen (Dahl, 1989: 29f. und 214f.; Dahl & Tufte, 1973: 8f.; Pitkin, 1967: 190f.).

Besonders deutlich wird dies in der Position Madisons, wie sie sich in ‚Federalist No. 10‘ widerspiegelt. Repräsentation in der territorial ausgedehnten Republik induziert demnach dauerhafte Verhandlungsarrangements, in denen vielfältige Interessen zugegen sind, und ermöglicht so die Zähmung eigennütziger und widerstreitender Interessen (der *evil of factions*). Interessant ist insbesondere, dass Madison vor diesem Hintergrund die externe Größe der Republik als positiv interpretiert, weil sie die Vielfalt der Interessen begünstigt:

„Extend the sphere, and you take in a greater variety of parties and interests; you make it less probable that a majority of the whole will have a common motive to invade the rights of other citizens [...] The influence of factious leaders may kindle a flame within their particular States, but will be unable to spread a general conflagration through the other states” (Madison, 1982: 57f.).⁹

Ein weiteres klassisches Beispiel der Wertschätzung repräsentativer Regierungsformen gerade wegen des interdependenten Verhältnisses von Partizipationsmöglichkeiten und territorialer Ausdehnung findet sich im dritten Kapitel von Mills Schrift ‚Representative government‘:

„it is evident that the only government which can fully satisfy all the exigencies of the social state is one in which the whole people participate; that any participation, even in the smallest public function, is useful; that the participation should every where be as great as the general degree of improvement of the community will allow; and that nothing less can be ultimately desirable than

⁹ Eine ausführliche Interpretation der Position Madisons zur Frage politischer Repräsentation bieten Wills (1982: xxivf.) und Pitkin (1967: 190f.).

the admission of all to a share in the sovereign power of the state. But since all can not, in a community exceeding a single small town, participate personally in any but some very minor portions of the public business, it follows that the ideal type of a perfect government must be representative” (Mill, 1960: 217f.).¹⁰

Damit erweist sich die Synthese des Repräsentationsprinzips mit dem Demokratieprinzip als Dreh- und Angelpunkt der Entwicklung moderner Demokratien. Die Verknüpfung der im Mittelalter als Institution monarchischer und aristokratischer Herrschaftsformen entwickelten Form der Machtübertragung (Dahl, 1989: 29; Pitkin, 1967: 3f.; Sartori, 1992: 73: 38f.) mit dem Prinzip einer demokratischen Selektion dieser Repräsentanten in freien und kompetitiven Wahlen ermöglichte eine Form demokratischer Herrschaft in Flächenstaaten, die als liberale Demokratie auf der Freiheit des Einzelnen und der Gleichheit aller basiert und zugleich ihrer institutionellen Ausgestaltung nach repräsentativ ist.¹¹

Die Existenz regelmäßiger und kompetitiver Wahlen als institutioneller Kern repräsentativer Demokratie etabliert dabei eine Form der Beteiligung, die vermittelt und ihrem Ausmaß nach begrenzt ist (Fuchs, 2004: 28) und begründet die systematische Übertragung von Entscheidungsmacht an Repräsentanten. So strukturieren Wahlsysteme, erstens, über die Elemente der Kandidaturform (Einzelkandidatur, Listenkandidatur) und der Stimmgebung (Einzel- oder Mehrstimmgebung, Präferenzstimmgebung) die Transformation von Wählerpräferenzen in Stimmen (*input*-Dimension eines Wahlsystems)¹² und, zweitens, mittels der Selektionsregel (Proporz oder Majorz), mechanischer Hürden und Formen der Stimmübertragung zwischen Wahlkreisen die Umwandlung dieser Stimmen in Parlamentsmandate (*output*-Dimension eines Wahlsystems). Allgemeiner formuliert stellen sie die formale Grundlage politischer Repräsentationsbeziehungen dar und etablieren in der Terminologie Hirschmans (1974a) die Kanalisierung von *voice*¹³ und somit die strukturierte Artikulation politischer Interessen. Dabei basiert legislative Repräsentation im hinsichtlich

¹⁰ Zur Interpretation der liberalen Theorie der Repräsentativdemokratie siehe Schmidt (2000: 148f.). Eine Gegenüberstellung der Positionen Madisons und Mills findet sich bei Pitkin (1967: 202f.).

¹¹ Zu weiteren Implikationen des „major increase in scale“ siehe detaillierter Dahl (1989: 214f.).

¹² Die Bezeichnung der *input*- und *output*-Dimensionen von Wahlsystemen erfolgt in Anlehnung an Kaiser (2002a).

¹³ Hirschman (1974a) betrachtet *exit* und *voice* als zwei Reaktionsmechanismen, mit denen Individuen und Kollektive auf den Leistungsabfall von Organisationen reagieren können und *loyalty* als dritte Einflussgröße, die eine Verzögerung von *exits* bewirken kann und damit mehr Zeit für die Entwicklung von *voice* bietet. Dabei ist *voice* für Hirschman „politisches Handeln par excellence“ (Hirschman, 1974a: 13) und „nicht mehr und nicht weniger [...] als ein Grundbestandteil jedes politischen Systems, eine seiner grundlegenden Funktionen, die manchmal auch als ‚Interessenartikulation‘ bezeichnet wird“ (Hirschman, 1974a: 25). Nach der Veröffentlichung seiner Schrift entwickelte sich eine lebhaftige Debatte um die Übertragbarkeit seiner Kategorien auf andere Forschungsgebiete (Hirschman, 1974b; Rokkan, 1974a, 1974b). Einen Überblick über analytische und empirische Anwendungen des Modells seit den 1970er Jahren bieten Dowding et. al. (2000).

seines Territoriums und seiner Bevölkerungsgröße ausgedehnten Nationalstaat notwendigerweise auf der Repräsentation von Gruppeninteressen (Thompson, 2004: 11697), sodass eine Abgrenzung zwischen Wählergruppen erforderlich ist. Eben diese ist seit den Demokratisierungsprozessen und der Etablierung regelmäßiger Wahlen territorialer Natur.¹⁴

Moderne Wahlsysteme basieren folglich auf Formen territorialer Grenzziehung, indem sie Wahlkreise räumlich zuschreiben und über die Wahlkreisgröße definieren, wie viele Mandate im jeweiligen Wahlkreis vergeben werden. Dabei lassen sich Wahlsysteme hinsichtlich ihrer territorialen Grenzziehungen grundsätzlich in zwei Gruppen unterteilen: Jene, bei denen die territoriale Ausdehnung eines einzigen Wahlkreises das gesamte Staatsgebiet umfasst und die Wahlkreisgröße (m) folglich der Anzahl der Parlamentssitze (s) entspricht [$m_i = s$ mit $i = 1$] sowie jene, in denen n Wahlkreise mit geringerer Ausdehnung existieren, sodass $m_i < s$ mit $i = 1, 2, \dots, n$. Empirisch betrachtet finden sich innerhalb der Gruppe demokratischer Staaten nur in den Niederlanden, Israel, der Slowakei (Gallagher & Mitchell, 2006) und in Serbien¹⁵ Wahlsysteme des ersten Typus. Die überwiegende Mehrheit moderner Wahlsysteme grenzt folglich innerhalb eines Staates unterschiedliche Wählergruppen territorialer Natur voneinander ab, reduziert die räumliche Ausdehnung der Arenen indirekter Partizipation und bindet politische Akteure so an geographisch begrenzte Wahlkreise. Dabei variiert die Größe dieser Wahlkreise auch innerhalb dieser zweiten Gruppe stark. Während etwa das Wahlsystem Großbritanniens Ein-Personen-Wahlkreise [$m_i = 1$ mit $i = 1, 2, \dots, n$ und $n = s$] umfasst, die gemessen an der Anzahl der Parlamentssitze die geringstmögliche territoriale Ausdehnung etablieren, finden sich in allen Wahlsystemen mit Listenkandidatur Wahlkreise mit einer Wahlkreisgröße von $m > 1$.¹⁶

Vor dem Hintergrund des eingangs skizzierten *dilemma of scale* ist folglich besonders interessant, inwiefern verschiedene Grade interner Grenzziehung einen Einfluss auf die umfassende Berücksichtigung individueller Präferenzen ausüben. Dabei gewinnt diese Frage besondere Brisanz im Falle gemischter Wahlsysteme, die sich unter anderem¹⁷ durch eine

¹⁴ Diese territoriale Grenzziehung galt „as a more neutral, universal, and egalitarian solution“ (Caramani, 2004: 27).

¹⁵ Ich danke Christina Zuber für diesen Hinweis.

¹⁶ Grundsätzlich interagieren sowohl die Elemente der *input*-Seite als auch jene der *output*-Seite mit der Wahlkreisgröße m . Denn während empirisch betrachtet $m = 1$ eine hinreichende Bedingung für eine Einzelkandidatur darstellt, erweist sich eine Listenkandidatur als eine hinreichende Bedingung für eine Wahlkreisgröße $m > 1$. Die einzige Ausnahme stellten lange Zeit Präsidentschaftswahlen in Uruguay dar, bei denen die Parteien eine offene Liste präsentierten. Zur Interaktion von Wahlkreisgröße und Form der Stimmgebung siehe ferner Shugart (2006: 38f.). Zudem fallen die Effekte der Selektionsregeln Majorz und Proporz bei $m = 1$ zusammen.

¹⁷ Eine Definition gemischter Wahlsysteme erfolgt in 1.2.

Kombination verschiedener Kandidaturformen (Einzel- und Listenkandidatur) auszeichnen und damit sowohl Ein-Personen-Wahlkreise ($m = 1$) als auch Listenwahlkreise ($m > 1$) umfassen. Die systematische Analyse der Effekte solch gemischter Wahlsysteme bildet den ersten Schwerpunkt der vorliegenden Dissertationsschrift.

Dabei ist im Rahmen einer wissenschaftlichen Betrachtung von Wahlsystemeffekten auf die Berücksichtigung individueller Präferenzen in repräsentativen Demokratien zu berücksichtigen, dass die Existenz kompetitiver und regelmäßiger Wahlen nicht nur eine Ausweitung der analytischen Perspektive von Formen der direkten Partizipation auf die Partizipation der Bürger bei Wahlen, sondern auch die Erweiterung des betrachteten *Gegenstands* von Formen der Partizipation auf jene politischer Repräsentation erfordert. Während politische Repräsentation dem Wortsinn nach zunächst das Vergegenwärtigen etwas aktuell nicht Gegenwärtigen bezeichnet, differenziert Pitkins (1967) wegweisende Studie ferner zwischen vier Bedeutungsebenen. So kann der Begriff der politischen Repräsentation auf die formale Initiierung und Terminierung von Handlungsautorität rekurrieren (formaler Repräsentationsbegriff), eine indirekte affektive Verbindung zwischen Regierenden und Regierten bezeichnen (symbolische Repräsentation), sich auf das Ausmaß der Ähnlichkeit zwischen Repräsentanten und Repräsentierten beziehen (deskriptive Repräsentation) oder in den Handlungen wirksam werden, welche Abgeordnete oder Parteien im Namen oder im Sinne der Wähler vornehmen. Diese substantielle Repräsentation ist ein „acting for others, an activity on behalf of, in the interest of, as an agent of, someone else“ (Pitkin, 1967: 113).

Vor dem Hintergrund dieser Konzeptualisierung strukturieren gemischte Wahlsysteme folglich im formalen Sinne die Initiierung und Terminierung politischer Repräsentation auf *verschiedenen* territorialen Ebenen innerhalb eines Staates. Zugleich stellen sie damit aus neo-institutionalistischer Perspektive unterschiedlich gestaltete Mechanismen der Selektion und Sanktion politischer Amtsträger (Fearon, 1999; Przeworski, Stokes, & Manin, 1999) bereit, welche das Verhalten von Wählern, Kandidaten, Abgeordneten und Parteien prägen und sich damit auf die Muster deskriptiver und substantieller Repräsentation auswirken können. Zusammengenommen erschließt sich als erste Teilfrage der vorliegenden Dissertationsschrift: *Welche Effekte haben gemischte Wahlsysteme auf die Muster deskriptiver und substantieller Repräsentation?*

Die gesellschaftliche Relevanz dieser Fragestellung gründet vorwiegend in der Tatsache, dass gemischte Systeme als attraktive Reformoption gelten. So wurden seit den 1990er Jahren in einer Reihe etablierter Demokratien gemischte Wahlsysteme etabliert (z.B. Neuseeland,

Italien), in anderen war ihre Einführung Gegenstand lebhafter Reformdebatten (Großbritannien, Kanada). Dabei wurden gemischte Wahlsysteme als Möglichkeit wahrgenommen, verschiedene Repräsentations- und Systemziele gleichzeitig verwirklichen zu können, sodass auch innerhalb der politikwissenschaftlichen Wahlsystemforschung die Frage in den Vordergrund rückte, ob und über welche Mechanismen gemischte Wahlsysteme die Vorzüge ‚reiner‘ Wahlsystemtypen kombinieren können (Shugart & Wattenberg, 2001a). Das Unterkapitel 1.2. dieser Einleitung wird in Form eines systematischen Forschungsüberblicks zu den Repräsentationseffekten verschiedener Wahlsystem(elemente) den Grundstein zur Analyse dieser Fragestellung liefern und den entsprechenden Beitrag der Dissertationsschrift verorten.

Zuvor treten vor dem Hintergrund des *dilemma of scale* jedoch neben gemischten Wahlsystemen jene institutionellen Arrangements in das Zentrum der Argumentation, die Kompetenzen der politischen Entscheidungsfindung auf unterschiedlichen territorialen Ebenen innerhalb eines räumlich ausgedehnten Nationalstaats verankern. So sind Formen föderaler Staatsorganisation eng mit dem Streben nach einem Ausgleich zwischen der Eigenständigkeit territorial begrenzter Einheiten und der Leistungsfähigkeit räumlich ausgedehnter Staaten verbunden. Dabei lässt sich die Idee des Föderalismus als Strukturprinzip politischer Organisation bis in die Zeit der Israeliten zurückverfolgen¹⁸ und bezeichnet dem Wortstamm gemäß einen Zusammenschluss souveräner Einheiten auf Grundlage eines Bündnisses oder Vertrags (lat. *foedus*). Aus ideengeschichtlicher Perspektive und auch hinsichtlich der empirischen Ausprägungen föderaler Arrangements sind dann zwei Grundtypen dieser Organisationsform zu unterscheiden (Elazar, 1968: 354).

Erstens existiert das Modell einer Konföderation (im deutschen Sprachgebrauch auch als Staatenbund bekannt), bei dem eigenständige Staaten einen Vertrag zur Regelung gemeinsamer Angelegenheiten schließen, ihre interne Souveränität aber vollständig erhalten. „In [...] confederal arrangements member states remained the locus of sovereignty and retained the bulk of their powers, assigning a minimum of powers and responsibilities to their common government“ (Hueglin & Fenna, 2006: 34). Ideengeschichtlich betrachtet ist diese Perspektive eng mit den Schriften Althusius verbunden, für den sich Föderalismus als Prozess der Verhandlung und des Ausgleichs zwischen prinzipiell Gleichen manifestiert, und damit nach Hueglin als „art of consociation, a process of community building“ (Hueglin, 2003:

¹⁸ Eine Übersicht über die Historie föderaler Arrangements bieten Riker (1975), Elazar (1968: 361f.) und Rokkan (2000: 256f.). Zur *covenant tradition* siehe ferner Moots (2009).

280).¹⁹ Dabei verstärkt die territoriale Grenzziehung zwischen den souveränen Staaten ihre Eigenständigkeit als soziale Gemeinschaften, sodass funktionale und territoriale Grenzziehungen in diesem Ideal einander entsprechen (Hueglin, 2003: 284f.).

Dem gegenüber steht, zweitens, das Modell eines Bundesstaates, bei dem ein Zusammenschluss mehrerer Staaten unter einer gemeinsamen Verfassung existiert und beide Ebenen staatliche Souveränität besitzen. Diese moderne Konzeption des Föderalismus basiert einerseits auf einer Suprematie nationalen Rechts und zugleich auf dem Bestreben, den Gliedstaaten weitgehende Autonomie zu belassen (Riker, 1975: 108f.). Sie zielt folglich auf eine Balance zwischen zwei Ebenen mit je eigenen Entscheidungskompetenzen (Elazar, 1968: 361). Seit der Entstehung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Veröffentlichung der *federalist papers*, die zweifelsohne „the very essence of the modern federal state in theory and practice“ (Hueglin, 2003: 276) enthalten, dominiert diese Perspektive. So verweisen moderne Föderalismusdefinitionen vor allem auf drei Kriterien: a) eine *territoriale* Grenzziehung zwischen den Gliedstaaten, die nicht notwendigerweise Gruppengrenzen funktionaler Natur widerspiegeln muss (Bednar, 2009: 18f.; Elazar, 1968: 357; Riker, 1964: 5f.),²⁰ b) die verfassungsgemäße Verankerung eigener Entscheidungskompetenzen beider Ebenen (Bednar, 2009: 18f.; Elazar, 1968: 357; Riker, 1964: 5f.), und c) ihre direkte demokratische Legitimation (Bednar, 2009: 18f.; Elazar, 1968: 361; Hueglin & Fenna, 2006: 32f.).

In modernen Föderalstaaten, die im Fokus der nachfolgenden Betrachtung stehen, existiert folglich eine spezifische Form der internen Reduzierung des *scale* demokratischer Entscheidungsfindung, da territorial definierte, direkt legitimierte, *subnationale* Einheiten originäre Entscheidungskompetenzen und damit ein verfassungsmäßig garantiertes *right to decide* besitzen.²¹ Damit lassen sich föderale Arrangements konzeptionell eindeutig

¹⁹ Diese Perspektive weist starke Parallelen zu einer soziologischen, prozessorientierten Föderalismusdefinition auf. Zur Abgrenzung struktureller und prozessorientierter Perspektiven der Definition föderaler Arrangements siehe Bednar (2005: 190f.), Elazar (1968: 354) und auch Birch (1966: 16f.).

²⁰ Ungeachtet der konzeptionellen Gegenüberstellung der Repräsentation sozialer und territorialer Gemeinschaften aus der Perspektive politischer Theorie existiert empirisch betrachtet Varianz zwischen Föderalstaaten, in denen substaatliche Grenzziehungen mit funktionalen weitgehend übereinstimmen (z.B. Schweiz, Kanada) und jenen, in denen sich keine solche Überlappung feststellen lässt (z.B. Deutschland, USA). Der belgische Föderalismus stellt insofern einen Sonderfall dar, als er qua Verfassung sowohl territoriale als auch funktionale Grenzziehungen der subnationalen Einheiten umfasst.

²¹ Damit ist nicht ausgeschlossen, dass auch in unitarischen Staaten subnationale Einheiten mit hoher Autonomie und Entscheidungsmacht existieren können. Dabei handelt es sich jedoch im Gegensatz zu den verfassungsmäßig garantierten Rechten der Gliedstaaten föderaler Staaten um eine „conditional diffusion of specific powers to subordinate local governments by a central government, subject to recall by unilateral decision“ (Elazar, 1968: 357). Vergleichbar argumentiert Braun: „In unitary states it is the prerogative of the central government to retain its ‚Right-to-Decide‘ and ‚Right-to-Act‘, or to embark on devolution processes granting various Rights-to-Decide and Act to the sub-national level“ (Braun, 2000b: 32).

abgrenzen von Formen territorialer Dezentralisierung, die auf Grundlage einer funktionalen Aufgabenteilung subnationalen Einheiten Handlungsspielräume bei der Allokation von Ressourcen zusprechen, also ein *right to act*²² im Rahmen der Implementation politischer Entscheidungen umfassen. Diese Differenzierung greift dabei unabhängig von der Frage, ob die mit der Implementation betrauten, dezentralen Einheiten demokratische Legitimation besitzen.

Inwiefern ist die Existenz moderner Föderalstaaten nun mit den Zielsetzungen der effektiven Repräsentation individueller Präferenzen, der Sicherheit vor äußerer Bedrohung und der staatlichen Leistungsfähigkeit verknüpft? Am wohl umfassendsten integriert Bednar (2005, 2009) die Komponenten des Dilemmas in ihre Theorie des robusten Föderalismus. Dabei basiert ihre Theorie auf der Prämisse, dass die Zielgrößen des *dilemma of scale* öffentliche Güter darstellen, deren Bereitstellung föderale Staaten über die variable Skalierung der Politikproduktion besonders gut gewährleisten können. Die Aufteilung der Entscheidungskompetenzen innerhalb des Staates erscheint in dieser Hinsicht als „recipe“ (Bednar, 2009: 10) oder auch „institutional remedy“ (Bednar, 2005: 194) für die Milderung des beschriebenen Dilemmas.²³ Ihre Prämisse begründet Bednar jedoch nicht über einen expliziten Vergleich föderaler und unitarischer oder großer und kleiner Staaten, sondern auf Basis eines Forschungsüberblicks, der sowohl auf Studien zur Entstehung föderaler Staaten verweist als auch Analysen zitiert, die sich mit den Effekten föderaler Staaten befassen. Dabei sprechen die von Bednar (2009: 44f.) referierten Argumente der Existenz kleiner souveräner Gliedstaaten innerhalb des Staates und damit der internen Reduktion des *scale* demokratischer Entscheidungsfindung insgesamt einen positiven Einfluss auf die effektive Repräsentation individueller Präferenzen zu.²⁴ Ferner argumentiert sie in enger Anlehnung an die Föderalismustheorie Rikers (1964, 1975), dass die Schaffung eines Föderalstaats das Ergebnis

²² Die Begrifflichkeiten des *right to decide* in Abgrenzung zum *right to act* sind nahezu zeitgleich von Keman (2000) und Braun (2000a) in die Debatte der Strukturen territorialer Staatsorganisation integriert worden.

²³ Zugleich birgt ein föderales Arrangement nach Bednar jedoch die Gefahr, dass ein opportunes Verhalten der einzelnen Regierungsebenen oder eine unangemessene Aufteilung der Entscheidungskompetenzen die Effizienz der Güterproduktion und damit langfristig auch die Stabilität des föderalen Arrangements selbst gefährden kann. Bednars Theorie zielt dann vor allem darauf, die Bedeutung institutioneller Vorkehrungen struktureller, politischer und verfassungsrichterlicher Natur für die Robustheit föderaler Arrangements zu analysieren. Sie integriert folglich die Perspektiven institutioneller Effekte und institutionellen Wandels und berücksichtigt sowohl Aspekte der Entstehung föderaler Staaten, ihrer Performanz und ihrer Dauerhaftigkeit. Somit kann ihre Theorie wohl am ehesten den Anspruch erheben, eine allgemeine Theorie des Föderalismus zu sein (Kaiser, im Erscheinen).

²⁴ Eine Übersicht über die normativen Argumente zum positiven Einfluss von Föderalismus auf die Effektivität politischer Partizipation und Repräsentation bieten Hueglin und Fenna (2006:40f.), eine *rational-choice* basierte Erklärung des Zusammenhangs findet sich bei Inman (2007: 527). Eine sehr kritische Auseinandersetzung mit jenen Argumenten, die einen positiven Einfluss der geringen Größe auf Partizipationsmuster und die Verantwortlichkeit lokaler Akteure konstatieren, findet sich bei Treisman (2007: 256f.).

eines Verhandlungsprozesses zwischen rationalen Akteuren ist, die angesichts einer externen²⁵ militärischen oder diplomatischen Bedrohung den Vorteil der territorialen Ausdehnung stark gewichten.²⁶ Damit erscheint die territoriale Ausdehnung des Herrschaftsgebiets als zentrale Motivation für die *Entstehung* föderaler Arrangements und wird vorwiegend mit militärischen Vorteilen in Verbindung gebracht.

Die Verknüpfung zwischen föderalen Institutionen und ökonomischer Leistungsfähigkeit ist hingegen weitaus komplexer. So ist einerseits der *systematische* Einfluss ökonomischer Motive auf die Entstehungsprozesse föderaler Staaten umstritten (McKay, 2004; Riker, 1975: 115). Andererseits gilt für die ökonomischen Effekte föderaler Institutionen in besonderem Maße die Feststellung, dass "it is not the federal system itself but the way that authority is distributed between the independent levels of government that determines how well the government achieves these goals" (Bednar, 2009: 25). Demnach erscheint es zunächst unangemessen, den im *dilemma of scale* angelegten positiven Effekt territorialer Ausdehnung eins zu eins auf die ökonomische Leistungsfähigkeit zu projizieren. Vielmehr argumentiert Bednar (2009: 28f.), dass eine partielle Verlagerung wirtschaftspolitischer Kompetenzen auf die subnationale Ebene positive Effekte zeitigt, die aus Innovationsanreizen, Informationsvorteilen subnationaler Akteure, und auch einer Wettbewerbssituation zwischen subnationalen Regierungen erwachsen. Vor dem Hintergrund einer konzeptuellen Differenzierung zwischen dem *right to decide* und dem *right to act* wird jedoch deutlich, dass ein großer Teil der von Bednar rezipierten Forschungsliteratur diese positiven Effekte als Folge einer dezentralen Ressourcenallokation sieht und sich nicht explizit der Frage widmet, welche Effekte die Dynamiken föderaler Entscheidungsprozesse auf die ökonomische Leistungsfähigkeit haben. Im Einklang mit weiten Teilen der vergleichenden Forschung differenziert ihre Abhandlung folglich in unzureichendem Maße zwischen den Effekten föderaler Arrangements und jenen einer dezentralisierten Allokation von Ressourcen (siehe ihr selbstkritischer Kommentar Bednar, 2009: 28, Fußnote 15). Vor diesem Hintergrund zielt die zweite Teilfrage der vorliegenden Dissertationsschrift auf die konsequente Differenzierung zwischen Föderalismus und Dezentralisierung und lautet: *Welche Effekte haben Föderalismus und Dezentralisierung auf die Leistungsfähigkeit politischer Systeme?*

²⁵ Birch (1966) erweitert Rikers Argument um interne Bedrohungen.

²⁶ Diese Perspektive bezieht sich somit auf Föderalstaaten, die aus einem Zusammenschluss zuvor souveräner Einheiten entstanden sind (*coming together*), und nicht auf ehemals unitarische Staaten, in denen eine Reform der territorialen Staatsorganisation das föderale Institutionenarrangement hervorbrachte (*holding together*). Zur Differenzierung dieser Perspektiven siehe Linz (1999). Für eine kritische Würdigung des Beitrags von Riker siehe McKay (2004), Kleinermann (2009) und Filippov (2005).

Im Kern sind Wahlsysteme und Föderalismus folglich Institutionen, deren Existenz eng mit der Entstehung territorial ausgedehnter Demokratien verknüpft ist und die ihrerseits Formen interner Herrschaftsorganisation entlang territorialer Grenzziehungen strukturieren – sie sind genuin *territoriale* Institutionen. Dabei schaffen sie in Form von Wahlkreisen und Gliedstaaten Arenen politischer Partizipation und Entscheidungsfindung innerhalb des Staates, die in ihrer räumlichen Ausdehnung begrenzt sind, und enthalten so grundsätzlich das Potential, den Zielkonflikt der im *dilemma of scale* angelegten Größen zu mildern. Vor diesem Hintergrund zielen die beiden Schwerpunkte der Dissertationsschrift darauf, auf Basis theoretischer wie empirischer Analysen zu erfassen, inwiefern sich die territorialen Grenzziehungen beider Institutionen tatsächlich systematisch auf die Prozesse politischer Repräsentation und Entscheidungsfindung auswirken. Damit erfassen sie gemischte Wahlsysteme und Föderalismus als zentrale *unabhängige* Variablen für eine wissenschaftliche Analyse der Muster politischer Repräsentation sowie der Leistungsfähigkeit politischer Systeme. Die folgenden beiden Unterkapitel dieser Einleitung ordnen die grundlegenden Argumentationslinien und zentralen Ergebnisse der nachfolgenden Fachaufsätze auf Grundlage eines knappen, aber systematischen Überblicks über den Stand der vergleichenden Wahlsystem- sowie Föderalismusforschung ein.

1.2 Wahlsysteme und politische Repräsentation

Gemäß der Fragestellung liegt eine Zielsetzung dieser Dissertationsschrift darin, die Repräsentationseffekte gemischter Wahlsysteme zu analysieren. Ein Blick in die Wahlsystemforschung zeigt dabei, dass gemischte Wahlsysteme zwar überwiegend²⁷ als eigenständiger Wahlsystemtyp konzeptualisiert werden (Farrell, 2001; Massicotte & Blais, 2002; Norris, 2004), ihre zentralen Charakteristika allerdings Gegenstand einer lebhaften Debatte sind (Kaiser, 2002a; Massicotte & Blais, 1999; Shugart & Wattenberg, 2001a). Im Rahmen dieser Schrift wird die Typologie Kaisers aufgrund ihrer systematischen Differenzierung zwischen der *input*- und *output*-Dimension verwendet.²⁸ So ist ein gemischtes Wahlsystem nach Kaiser jenes,

²⁷ Vergleiche dem gegenüber Nohlen, für den ausgehend von den zwei unvereinbaren Repräsentationsprinzipien der funktionalen/politischen bzw. sozialen/proportionalen Repräsentation nur zwei Wahlsystemtypen existieren: „In this conceptualization, the type of a mixed system does not exist. There are just majority/plurality systems and proportional systems which correspond *more or less* to the respective principles“ (Nohlen, 1984: 87).

²⁸ Die Versuche der Typologie gemischter Wahlsysteme integrieren die *input*-Dimension in unterschiedlichem Maße. Massicotte und Blais (1999) begreifen gemischte Systeme etwa als solche, die eine Kombination der Selektionsregeln aufweisen, und argumentieren damit allein über die *output*-Dimension. Demgegenüber zeichnet sich ein gemischtes Wahlsystem nach Shugart und Wattenberg (2001b) durch die Kombination einer personengebunden Sitzvergabe in Ein-Personenwahlkreisen mit der Sitzvergabe über Parteilisten in Wahlkreisen

„das entweder eine Mischung im Stimmgebungs- und Wahlbewerbungsverfahren mit Kandidatenstimme und Listenstimme aufweist oder eine nicht-hierarchische, gleichzeitige Anwendung von Mehrheits- und Verhältnisregel bei der Umwandlung von Stimmen in Sitze vorsieht. Im reinsten Fall ist es, bezogen auf die Wahl eines Parlamentes durch die gesamte Wählerschaft, auf beiden Seiten gemischt“ (Kaiser, 2002a: 1556).

Gemischte Wahlsysteme zeichnen sich damit durch eine erhebliche Komplexität ihres institutionellen Arrangements aus, wobei alle drei Subtypen eine Kombination der Kandidaturformen auf der *input*-Seite aufweisen und damit auch Wahlkreise unterschiedlicher Größe etablieren.

Um nun den Stand der relativ jungen Forschung zu den Repräsentationseffekten *gemischter* Wahlsysteme systematisch erfassen zu können, ist zunächst auf Basis der vergleichenden Wahlsystemforschung zu spezifizieren, welchen *input*- und *output*-Elementen besondere Bedeutung in der Erklärung deskriptiver und substantieller Repräsentationsmuster zukommt und welche Effekte ihnen zugeschrieben werden. Dabei erweist sich die Wahlkreisgröße als eine Kernvariable in der Erklärung unterschiedlicher Repräsentationsmuster sowohl auf der umfassend erforschten Ebene des Parteienwettbewerbs als auch hinsichtlich bislang weniger erforschter innerparteilicher Dynamiken der Kandidatenrekrutierung und des individuellen Repräsentationsverhaltens. Erst auf Basis dieser Erkenntnisse erschließt sich der Stand der relativ jungen Forschung zu den Effekten gemischter Wahlsysteme, auf dessen Grundlage schließlich der Beitrag der nachfolgenden Artikel (Hennl, im Begutachtungsprozess; Hennl & Kaiser, 2008) verortet werden kann.

1.2.1 Zum Forschungsstand der vergleichenden Wahlsystemforschung

Die vergleichende Wahlsystemforschung gehört wohl zu den am umfangreichsten bearbeiteten Teilgebieten der Vergleichenden Politikwissenschaft und so kann und soll im Rahmen dieser Einleitung kein umfassender Überblick über die Entwicklung des Forschungsgebiets gegeben werden.²⁹ Vielmehr werden zwei zentrale Charakteristika des Forschungsstands dargestellt, die für den Kenntnisstand der Repräsentationseffekte verschiedener Wahlsystemelemente besondere Bedeutung haben (siehe auch Shugart, 2006).

Erstens zeichnet sich der Stand der vergleichenden Wahlsystemforschung durch eine Vielzahl von Arbeiten aus, die die prägende Wirkung von Wahlsystemelementen der *output*-Seite und der Wahlkreisgröße auf die Disproportionalität zwischen den Stimmen und Sitzen einzelner

mit proportionaler Selektionsregel aus. Damit integrieren sie zwar explizit die *input*-Dimension, trennen sie allerdings nicht klar von der *output*-Dimension.

²⁹ Umfangreiche Überblicksdarstellungen finden sich bei Shugart (2006) und Taagepera (2007a).

Parteien untersuchen oder im weiteren Sinne die Anzahl politischer Parteien im Parlament als abhängige Variable betrachten (Duverger, 1954; Lijphart, 1994; Rae, 1967; Riker, 1982; Taagepera, 2007b; Taagepera & Shugart, 1989). Damit liegt analytisch betrachtet ein deutlicher Fokus auf der Analyse von Wahlsystemen als Selektionsmechanismen, deren Effekte auf der Makroebene des Parteiensystems untersucht werden. Die zentrale Erkenntnis dieser stark formal und quantitativ geprägten Forschungsrichtung ist, dass zwar jedes Wahlsystem eine begrenzende Wirkung auf die Anzahl der Parteien hat, die Stärke dieses Effekts aber invers mit der Wahlkreisgröße zusammenhängt (Cox, 1997; Rae, 1967),³⁰ die darüber hinaus mit der Anzahl der relevanten *policy*-Dimensionen interagiert (Taagepera & Shugart, 1989). Grundsätzlich rekurriert die theoretische Erklärung für diesen Effekt dabei sowohl auf die mechanische Wirkung der *output*-Elemente und der Wahlkreisgröße, welche direkt auf der Makroebene greifen, als auch auf die Antizipation dieses mechanischen Effekts durch strategisch agierende Wähler und Eliten (psychologischer Effekt, siehe Benoit, 2002; Cox, 1997; Duverger, 1954).

Mit Blick auf die Mehrdimensionalität des Konzeptes politischer Repräsentation bieten sich dann zwei Interpretationsweisen dieser Befunde. Einerseits lässt sich das Ausmaß der Proportionalität – gemessen als Disproportionalität von Stimmen und Sitzen im engeren Sinne und als Anzahl politischer Parteien im weiteren Sinne – als Indikator deskriptiver Repräsentationsmuster werten.³¹ Andererseits wirkt sich die Anzahl politischer Parteien im Parlament systematisch auf die Komplexität der Interaktionen zwischen ihnen sowie auf Muster der Regierungsbildung aus. Damit haben die betrachteten Wahlsystemeffekte auch einen indirekten Einfluss auf die Möglichkeiten der Wähler, ihre Wahlentscheidung im Sinne eines retrospektiven Sanktionsmechanismus gegenüber einzelnen Parteien zu nutzen (Przeworski, Stokes, & Manin, 1999). Letztendlich prägen sie so auch das substantielle Repräsentationsverhalten einzelner Parteien (Powell, 2000). Zusammengenommen bietet dieser von immensem Erkenntnisfortschritt gekennzeichnete „core of the core“ of electoral studies“ (Shugart, 2006: 31) umfassende Einblicke in die Muster deskriptiver und indirekt auch substantieller Repräsentation auf der Ebene des Parteiensystems.

³⁰ Dabei verallgemeinert Cox (1997) das soziologische Gesetz Duvergers auf Basis spieltheoretischer Modelle als $m + 1$ Regel, sodass die Anzahl der Parteien im Gleichgewicht jeweils um eine Partei höher ist als die im jeweiligen Wahlkreis zu vergebenen Mandate.

³¹ Mit Blick auf die Frage der Aggregation individueller Präferenzen unterliegt diese Betrachtungsweise allerdings der strikten Annahme, dass die abgegebenen Wählerstimmen als wahre, d.h. nicht strategisch geäußerte, Präferenzen gewertet werden können. Zur Diskussion siehe Powell (2007).

Zweitens sind die Effekte der *input*-Elemente verschiedener Wahlsysteme (Kandidaturform und Stimmgebung) auf innerparteiliche Dynamiken der Kandidatenrekrutierung sowie das Repräsentationsverhalten individueller Abgeordneter vergleichsweise wenig erforscht (Shugart, 2006). So zeigen zwar vergleichende Studien, dass sich die Listenkandidatur mit steigender Wahlkreisgröße *ceteris paribus* positiv auf die Repräsentationschancen von Frauen und Minderheiten auswirkt, während die Einzelkandidatur negative Effekte zeitigt (Norris, 1997; Rule & Zimmerman, 1994). Das systematische Wissen um die Wirkmechanismen dieser empirisch bestätigten Makrozusammenhänge ist vor dem Hintergrund vergleichsweise hoher methodischer Herausforderungen allerdings relativ gering.³² Ein ähnlicher Befund kennzeichnet die Studien zum substantiellen Repräsentationsverhalten einzelner Abgeordneter. Zwar beschäftigt sich auch außerhalb der US-amerikanischen Forschung (Cain, Ferejohn, & Fiorina, 1987; Fenno, 1973) eine stetig wachsende Literatur mit individuellen Repräsentationsstrategien von Abgeordneten (siehe insbesondere die Literatur nach Carey & Shugart, 1995).³³ Die Konzeptualisierung der abhängigen Variable ist in diesen Arbeiten allerdings oft unscharf (Shugart, 2006: 45f.) und sie differenzieren unzureichend zwischen Anreizen zur Verfolgung lokal ausgerichteter oder individualisierter Repräsentationsstrategien (Grofman, 2005). Ferner leiden empirische Studien unter einer erheblichen Schwäche in der Operationalisierung des individuellen Repräsentationsverhaltens, indem sie auf Aggregatdaten zurückgreifen (Edwards & Thames, 2007; Faas, 2003; Hicken & Simmons, 2008; Wright & Winters, 2010). Insgesamt besteht hinsichtlich der Effekte verschiedener *input*-Elemente auf innerparteiliche Muster deskriptiver und substantieller Repräsentation damit erheblicher Forschungsbedarf.

Damit sind die Effekte einzelner Wahlsystemelemente insbesondere auf Ebene des Parteiensystems umfassend erforscht, während die Kenntnisse ihres Einflusses auf innerparteiliche Repräsentationsdynamiken geringer sind. Zusammengenommen zeigen jedoch die Befunde beider Bereiche, dass gerade aus dem Zusammenspiel verschiedener

³² Im Vergleich zur *output*-Dimension, deren Effekte sich über die gut zugänglichen Indikatoren der Stimm- und Sitzverteilung erfassen lassen, ist die Forschung zu innerparteilichen Rekrutierungsmechanismen mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Datenerhebung etwa des Kompetitivitätsgrads parteiinterner Nominierungsverfahren konfrontiert. Zudem stellen die Charakteristika parteiinterner Nominierungsverfahren über die Kandidaturform hinausgehende Anreizstrukturen dar, deren Wirkung als eigenständiger Faktor in ein argumentatives Modell zu integrieren ist.

³³ Das theoretisch wegweisende Papier von Carey und Shugart (1995) wurde seit seinem Erscheinen 220 mal zitiert (Quelle: Social Science Citation Index, Stand: 15.02.2011). Carey und Shugart argumentieren, dass der Anreiz zur Individualisierung von Repräsentationsstrategien in Ein-Personen-Wahlkreisen mäßig ist, während er bei steigender Wahlkreisgröße im Falle geschlossener Listen abnimmt. Bei offenen Listen wird der Anreiz zur Individualisierung mit steigender Wahlkreisgröße hingegen stärker.

input- bzw. *output*-Elemente mit der Wahlkreisgröße Interaktionseffekte entstehen, welche die Muster deskriptiver und substantieller Repräsentation nachhaltig prägen. Die Wahlkreisgröße prägt folglich die strukturellen Anreize von Nominierungs- und Wahlverfahren nachhaltig und beeinflusst so die Dynamiken des politischen Wettbewerbs zwischen und auch innerhalb von Parteien und damit auch jene politischer Repräsentation. Vor dem Hintergrund dieses Befundes werden nun die zentralen Erkenntnisse der Erforschung der Effekte gemischter Wahlsysteme knapp verortet.

1.2.2 Repräsentationseffekte gemischter Wahlsysteme

Die vergleichende Analyse der Repräsentationseffekte gemischter Wahlsysteme ist ein relativ junger Forschungsbereich, der insbesondere im Zuge der Reformprozesse Ende der 1990er Jahre an Zuspruch gewonnen hat. Eine systematische Sichtung der Literatur ergibt zwei wesentliche Befunde. Erstens ist aus theoretischer Perspektive überzeugend dargelegt, dass sich die Effekte gemischter Wahlsysteme nicht einfach in additiver Weise aus den Effekten der in ihnen kombinierten Elemente ergeben. Vielmehr etablieren gemischte Systeme eine hochkomplexe institutionelle Struktur, die sich durch die Kombination verschiedener Arenen der Kandidatenaufstellung und – im Falle eines Zwei-Stimmen-Systems – auch der Wahl auszeichnet. Damit vervielfachen sie die Handlungsoptionen strategischer Akteure, sodass “relevant actors [...] make, in each tier, decisions that are to some extent shaped by the incentives generated by the entire electoral system” (Ferrara, Herron, & Nishikawa, 2005: 8). Vor diesem Hintergrund wird zur entscheidenden Frage, ob und inwiefern sich solche *Interaktionseffekte* systematisch auf Repräsentationsmuster auswirken.

Zweitens integrieren existierende Analysen der strategischen Koordination zwischen Parteien (Ferrara & Herron, 2005; Herron, 2002b; Kostadinova, 2006) sowie jene strategischer Wahlentscheidungen (Gschwend, 2007; Gschwend, Johnston, & Pattie, 2003; Hainmueller & Kern, 2008; Karp, Vowles, Banducci, & Donovan, 2002) diese theoretische Erkenntnis umfangreich und ihre empirischen Befunde bestätigen nachhaltige Interaktionseffekte. Eine solche Integration findet hingegen innerhalb existierender Studien zu innerparteilichen Repräsentationsdynamiken nicht statt. So werden die Repräsentationschancen von Minderheiten und Frauen entweder innerhalb eines gemischten Wahlsystems zwischen den Gruppen der Listen- und der Wahlkreisabgeordneten verglichen (Moser, 2001, 2008) oder über einen Vergleich von Repräsentationsraten in gemischten und ‚reinen‘ Wahlsystemen erschlossen (Kostadinova, 2007). In ähnlicher Weise fokussieren Arbeiten zum Repräsentationsverhalten einzelner Abgeordneter in gemischten Wahlsystemen (Kunicova &

Remington, 2008; Lancaster & Patterson, 1990; Stratmann & Baur, 2002; Thames, 2005) zumeist auf eine schlichte Gegenüberstellung von Listen- und Wahlkreisabgeordneten³⁴ und vernachlässigen damit potentiell die Effekte interagierender Nominierungsverfahren. Insgesamt betrachten empirische Analysen *innerparteilicher Repräsentationsdynamiken* gemischte Wahlsysteme damit mehr oder weniger explizit als Möglichkeit, im Rahmen eines quasi-experimentellen Designs die Effekte der je kombinierten Elemente getrennt voneinander zu untersuchen (Moser & Scheiner, 2004). Sie bleiben folglich hinter der theoretischen Erkenntnis komplexer und interagierender Anreizstrukturen zurück.

Die Forschung zu den Repräsentationseffekten gemischter Wahlsysteme weist damit in paralleler Weise zum Stand der vergleichenden Wahlsystemforschung ein allgemeines Ungleichgewicht im Erkenntnisstand auf: Während Analysen zum strategischen Verhalten von Parteien und Wahlen relativ weit fortgeschritten sind, zeichnet sich ein deutlicher Forschungsbedarf hinsichtlich der Erklärung innerparteilicher Repräsentationsdynamiken unter Berücksichtigung von Interaktionseffekten ab.

1.2.3 Der Beitrag der Dissertationsschrift

Vor diesem Hintergrund erschließen sich fünf gemeinsame Charakteristika der beiden in Kapitel 2 (Hennl, im Begutachtungsprozess) und 3 (Hennl & Kaiser, 2008) abgedruckten Fachaufsätze, die über den bisherigen Horizont der vergleichenden Forschung zu den Repräsentationseffekten gemischter Wahlsysteme hinausreichen.

Erstens fokussieren beide Kapitel ausschließlich auf die Frage, welche Effekte die Kombination der Kandidaturformen innerhalb gemischter Wahlsysteme auf die Muster deskriptiver sowie substantieller Repräsentation innerhalb von Parteien hat. Damit wenden sie sich den bisher eher vernachlässigten Anreizstrukturen der *input*-Dimension auf der Mikroebene zu. Zweitens konzeptualisieren sie Nominierungsverfahren in Anlehnung an Norris (1997) als eigenständigen Schritt im Prozess politischer Rekrutierung, sodass die Präferenzen und Handlungen von Selektoraten erheblichen Einfluss nicht nur auf das Kandidatenangebot einzelner Parteien (Hennl & Kaiser, 2008) sondern auch auf das Repräsentationsverhalten wiederwahlorientierter Abgeordneter (Hennl, im Begutachtungsprozess) ausüben. Dabei leisten sie die Integration eines relativ neuen Forschungszweigs zu den Strukturen und Effekten verschiedener Nominierungsverfahren (siehe etwa Hazan & Rahat, 2006; Rahat, 2007) in die gängigen Argumentationslinien der

³⁴ Eine nennenswerte Ausnahme stellt die Analyse von Herron (2002a) dar.

vergleichenden Wahlsystemforschung. Drittens betrachten sie die Kandidatennominierungsverfahren innerhalb der Ein-Personen- und der Listenwahlkreise als *eigenständige* Arenen der Selektion und Sanktion politischer Amtsträger, die auf unterschiedlichen territorialen Ebenen lagern und potentiell von unterschiedlichen Akteuren zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen genutzt werden können. Viertens gründen beide Artikel ihre theoretische Argumentation auf der Annahme, dass die Kombination der Kandidaturformen in gemischten Wahlsystemen eine komplexe Anreizstruktur etabliert, sodass die Dynamiken der Kandidatenrekrutierung im Ein-Personen-Wahlkreis durch die Existenz der Listennominierungsverfahren beeinflusst werden und umgekehrt. Sie betrachten dabei die in Form von Doppelnominierungen evidente Interaktion auf der *input*-Seite gemischter Wahlsysteme als Faktor, der Muster politischer Repräsentation beeinflusst. Fünftens greifen beide Artikel im Sinne einer am kumulativen Erkenntnisgewinn orientierten Forschung bei der Entwicklung ihrer theoretischen Annahmen hinsichtlich des Einflusses einzelner Wahlsystemelemente auf die in 1.2.1 dargestellten Befunde der vergleichenden Wahlsystemforschung zurück.

Neben diesen Gemeinsamkeiten unterscheiden sich die beiden Artikel vorwiegend in der Spezifikation der abhängigen Variable sowie ihres Forschungsdesigns. Dabei ergründet der erste Artikel (Hennl, im Begutachtungsprozess) die Effekte interagierender Nominierungsverfahren auf das Repräsentationsverhalten individueller Abgeordneter (substantielle Repräsentation) mittels eines spieltheoretischen Modells. In Anbetracht der erheblichen Komplexität der Anreizstrukturen sowie der bisherigen, als unzureichend klassifizierten Praxis, die Repräsentationseffekte primär über einen empirischen Vergleich der Handlungen von Wahlkreis- und Listenabgeordneten zu erfassen, erscheint dieses Vorgehen angemessen. So ermöglicht der deduktiv-formale Zugang die Entwicklung von Hypothesen über das Repräsentationsverhalten doppelt nominierter Abgeordneter und bietet eine solide Grundlage für zukünftige empirische Analysen. Der zweite Artikel (Hennl & Kaiser, 2008) erfasst hingegen die Effekte kombinierter Kandidaturformen auf die Repräsentationschancen von Frauen (deskriptive Repräsentation) auf Basis eines Vergleichs der Listennominierungsverfahren in reinen Verhältniswahlsystemen und jenen der personalisierten Verhältniswahl. Dabei leitet er aus einer umfassenden, aber nicht formal spezifizierten theoretischen Argumentation zwei zentrale Hypothesen ab, die dann mittels einer quantitativen Analyse getestet werden. Insgesamt werden Nominierungsverfahren damit im ersten Beitrag vorwiegend als Sanktionsmechanismus konzeptualisiert, während der zweite Beitrag auf die Selektionsfunktion der Kandidatenauswahl fokussiert. Tabelle 1 im

Anhang dieser Einleitung stellt die Charakteristika beider Artikel systematisch einander gegenüber; ihre zentralen Argumente und Befunde sind im Folgenden knapp zusammengefasst.

Gemischte Wahlsysteme und das Repräsentationsverhalten einzelner Abgeordneter

Das zweite Hauptkapitel (Hennl, im Begutachtungsprozess) argumentiert, dass der Einfluss von lokalen und regionalen (nationalen) Gliederungen der Parteiorganisation auf die Rekrutierung von Parlamentskandidaten in Wahlkreis- und Listennominierungsverfahren systematisch divergiert. In der Folge sehen sich wiederwahlorientierte Abgeordnete in gemischten Wahlsystemen sowohl einem Wahlkreis- als auch einem Listenselektorat gegenüber und damit aus Perspektive der Prinzipal-Agenten-Theorie zwei Prinzipalen. Diese Prinzipale unterscheiden sich ferner, erstens, *systematisch* hinsichtlich ihrer *policy*-Präferenzen entlang einer lokal-nationalen Dimension und, zweitens, *potentiell* hinsichtlich ihrer Sanktionskapazität, die sich vor allem aus den im jeweiligen Listen- oder Direktwahlkreis vorherrschenden Mustern des Parteienwettbewerbs ergibt. Demnach bewerten Abgeordnete die Nominierung in einem Wahlkreis oder auf einem bestimmten Listenplatz umso positiver, je wahrscheinlicher diese auch ihre Wahl bewirkt. Insgesamt etablieren gemischte Wahlsysteme folglich eine komplexe Interaktionssituation zwischen drei Akteuren mit divergierenden Interessen und Handlungsoptionen.

Vor dem Hintergrund dieser Komplexität analysiert der Artikel mithilfe eines spieltheoretischen Modells die Dynamiken substantieller Repräsentation. Dabei wird angenommen, dass Abgeordnete primär wiederwahlorientiert sind und dass *policy*-orientierte Selektorate ihre Nominierungsentscheidung ausschließlich als Sanktionsinstrument nutzen. Die Lösung des sequentiellen Spiels zeigt dann, dass das Repräsentationsverhalten doppelt nominiertes Abgeordneter systematisch von der relativen Sanktionskapazität beider Selektorate beeinflusst wird. Weist eines der beiden Selektorate eine relativ höhere Sanktionskapazität auf, so kann es die Repräsentation der eigenen *policy*-Präferenz erfolgreich einfordern. In diesem Fall wird ein doppelt nominiertes Abgeordneter ausschließlich die lokal geprägten Interessen des Wahlkreisselektorats *oder* jene des Listenselektorats vertreten. Das Abgeordnetenverhalten unterscheidet sich dann nicht sichtbar von jenem reiner Wahlkreis- oder Listenabgeordneter. Weisen beide Selektorate jedoch eine vergleichbar hohe (oder niedrige) Sanktionskapazität auf, befinden sie sich in der Situation eines Gefangenendilemmas. So ist für beide die Forderung nach einer exklusiven Repräsentation ihrer lokalen bzw. nationalen Interessen zwar die individuell rationale

Strategie, angesichts einer erheblichen Unsicherheit über das Abgeordnetenverhalten führt diese jedoch nicht zu einem pareto-optimalen Gesamtergebnis. So wären sie besser gestellt, wenn sie gemeinsam ein eher moderates Repräsentationsverhalten des Abgeordneten einfordern. Der Gewinn einer solchen Kooperation ist dabei für beide Selektorate umso größer, je stärker ihre *policy*-Präferenzen divergieren. Unter der Annahme wiederkehrender Verhandlungssituationen zwischen den Selektoraten ist folglich zu erwarten, dass ihre Kooperationsbereitschaft systematisch mit der Distanz ihrer Interessen steigt. Die Wahrscheinlichkeit, dass einzelne Abgeordnete moderat agieren und sowohl partikulare lokale Interessen repräsentieren als auch eine Integration dieser im Rahmen nationaler Politiken anstreben, steigt in gemischten Wahlsystemen folglich mit der Heterogenität der Interessen innerhalb von Parteiorganisationen.

Insgesamt erfasst der Aufsatz damit die Komplexität interagierender Nominierungsverfahren über eine klare theoretische Argumentation, die explizit die aktive Rolle von Wahlkreis- und Listenselektoraten berücksichtigt und über die formale Explikation der Repräsentationsdynamiken ein Set an überprüfbaren Hypothesen entwickelt. Demnach hängt das Ausmaß, indem gemischte Wahlsysteme *einzelne* Abgeordnete dazu anregen, zwischen lokalen und nationalen Interessen zu vermitteln, zunächst von der relativen Stärke ihrer Selektorate im lokalen und regional-nationalen Parteienwettbewerb ab und wird ferner durch den Grad innerparteilicher Interessensheterogenität beeinflusst. Ob und inwiefern gemischte Wahlsysteme dann im Aggregat die Vorteile von Einzelkandidatur und Listenwahl kombinieren können, hängt damit zum einen von der relativen Stärke einzelner Parteien innerhalb der beiden Stränge ab und wird zum anderen durch die den Subtypen eigenen Mechanismen der Umwandlung von Stimmen in Mandate beeinflusst. So ist es etwa in Systemen der personalisierten Verhältniswahl angesichts der interdependenten Mandatsvergabe zwischen Wahlkreisen und Listen schwieriger, die Sicherheit einzelner Listenplätze einzuschätzen. Diese abschließenden Überlegungen verdeutlichen, dass das im Aufsatz entwickelte Basismodell nicht nur eine solide Grundlage für eine empirische Analyse individuellen Abgeordnetenverhaltens in gemischten Wahlsystemen darstellt, sondern darüber hinaus als Basis einer weiterführenden theoretischen Betrachtung der Interaktionsdynamiken zwischen *input*- und *output*-Elementen dienen kann.

Gemischte Wahlsysteme und die Repräsentationschancen von Frauen

Das Ziel des dritten Hauptkapitels (Hennl & Kaiser, 2008) ist es, den partiellen Effekt kombinierter Kandidaturformen auf die Repräsentationschancen von Frauen über einen

Vergleich von Listenominierungsverfahren in Systemen der personalisierten Verhältniswahl mit jenen in reinen Verhältniswahlsystemen zu erfassen. Dabei argumentiert der Artikel zunächst auf Basis bestehender Erkenntnisse über die Wirkung einzelner Wahlsystemelemente (siehe 1.2.1), dass Listenselektorate einen Anreiz zur Nominierung eines – auch mit Blick auf das Geschlecht – ausgewogenen Kandidatensets haben, während Wahlkreisselektorate angesichts des Null-Summen-Spiels bei der Nominierung eines einzelnen Kandidaten häufig männlichen Aspiranten den Vorzug geben. Darüber hinaus haben Listenselektorate in Systemen der personalisierten Verhältniswahl jedoch die Option, über die Nominierung von Wahlkreiskandidaten auf sicheren Listenplätzen ihre Kontrolle über die Fraktionszusammensetzung zu erhöhen. Die Kombination beider Kandidaturformen konfrontiert Listenselektorate in Systemen der personalisierten Verhältniswahl folglich mit den zwei widersprüchlichen Anreizen, einerseits über eine Nominierung von (zumeist männlichen) Wahlkreiskandidaten die Planung der personellen Zusammensetzung der Parlamentsfraktion zu optimieren und andererseits über die Nominierung von Frauen breitere Wählerschichten anzusprechen sowie parteiinternen Forderungen gerecht zu werden. Im Falle parteiinterner Quotenregelungen verstärkt sich dieser Zielkonflikt.

Auf Basis dieser Überlegungen entwickelt der Aufsatz zwei hypothetische Szenarien: Einerseits könnte die systematische Nominierung von Wahlkreiskandidaten den Anteil der Frauen auf sicheren Listenplätzen verringern. Die Chancen weiblicher Aspiranten auf einen sicheren Listenplatz wären dann in personalisierten Verhältniswahlsystemen geringer als in solchen der reinen Verhältniswahl. Andererseits könnte ein strategisch handelndes Listenselektorat angesichts parteiinterner Quotenziele bevorzugt weibliche Direktkandidaten auf sicheren Listenplätzen nominieren. In diesem Fall würde sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Frauenanteilen auf sicheren Listenplätzen in Systemen der reinen und der personalisierten Verhältniswahl zeigen.

Die Annahmen und Hypothesen testet der Artikel dann mittels einer multivariaten Querschnittsanalyse parteispezifischer Listenominierungsverfahren im Vorfeld deutscher Landtagswahlen. Dabei zeigt sich, dass der Anteil sicher nommierter Frauen nicht signifikant durch den Anteil doppelt nommierter Kandidaten beeinflusst wird, sondern vielmehr eine Folge der Anzahl sicherer Listenplätze pro Verrechnungswahlkreis sowie der spezifischen Quotenregelung ist. Damit bestätigt die Analyse einerseits die hohe Bedeutung der Wahlkreisgröße für die Muster deskriptiver Repräsentation innerhalb von Parteien. Andererseits könnte dieses Ergebnis auf eine partielle Abhängigkeit der

Untersuchungseinheiten voneinander verweisen, die durch eine innerparteiliche top-down-Diffusion spezifischer Quotenregelungen sicherlich verstärkt worden ist. Darüber hinaus findet sich jedoch auch die zweite Hypothese bestätigt. So werden Wahlkreiskandidatinnen systematisch häufiger auf sicheren Listenplätzen nominiert als männliche Direktwahlbewerber. Damit scheint das strategische Verhalten des Selektorats in einem System mit kombinierten Kandidaturformen *und* Quotenregelung einen Ausgleich des Zielkonflikts zu erreichen, sodass trotz regelmäßiger Doppelnominierungen im Aggregat kein negativer Effekt der Interaktion auf die Repräsentationschancen von Frauen festzustellen ist.

Repräsentationseffekte kombinierter Kandidaturformen

Zusammengenommen zeigen beide Analysen, erstens, dass die in Form von Doppelnominierungen evidente Interaktion zwischen Wahlkreis- und Listennominierungsverfahren einen systematischen Effekt auf die Dynamiken der Selektion und Sanktion politischer Amtsträger und damit auch auf die Muster politischer Repräsentation hat. Damit zeigt die vorliegende Dissertationsschrift, dass die theoretische Erkenntnis der Komplexität institutioneller Anreize gemischter Wahlsysteme auch systematisch in die Betrachtung ihrer Mikroeffekte auf der *input*-Seite integriert werden sollte. Zweitens zeigen jedoch beide Artikel, dass die Effekte gemischter Wahlsysteme durch die Anreizstrukturen des institutionellen Gesamtarrangements beeinflusst werden können. So zeigt sich, dass sich die Muster des Wettbewerbs zwischen Parteien, strukturelle Charakteristika von Parteiorganisationen oder auch die Existenz unterschiedlich ausgestalteter Quotenregelungen systematisch auf das Nominierungsverhalten von Selektoraten auswirken. Ob und in welchem Maße die Kombination von Kandidaturformen und damit unterschiedlicher Wahlkreisgrößen einen sichtbar moderierenden Effekt auf das individuelle Repräsentationsverhalten oder die Repräsentationschancen von Gruppen hat, ist folglich hochgradig kontextabhängig.

1.3 Föderalismus und die Performanz politischer Systeme

„It is difficult to escape the conclusion that the accidents of federalism (i.e., the constitutional and administrative detail) do not make any difference at all. They simply provide a standard of style for federal countries that differs somewhat from the standard for unitary ones” (Riker, 1975: 144f.). Die Frage, ob föderale Institutionenarrangements sich auf die Muster und Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse auswirken, ist seit dieser provokativen Feststellung Rikers ein fester Bestandteil der vergleichenden Föderalismusforschung. Dabei weist das Forschungsfeld neben der Tatsache, dass empirische Analysen zum Zusammenhang von Föderalismus und staatlicher Leistungsfähigkeit nach wie vor zu stark divergierenden

Ergebnissen kommen (umfangreiche Überblicksdarstellungen finden sich bei Braun, 2000a; Ehlert, 2006; Keman, 2000), zwei Besonderheiten auf: Zum einen ist die vergleichende Föderalismusforschung mit ausgeprägten methodischen Herausforderungen konfrontiert und zum anderen weisen bisherige Studien große Unterschiede hinsichtlich der theoretischen Begründung eines möglichen Zusammenhangs auf. Beide Charakteristika haben für eine systematische Darstellung des Forschungsstands hohe Bedeutung.

1.3.1 Zur Methodik der vergleichenden Föderalismusforschung

So ist die vergleichende Föderalismusforschung aus *methodischer* Perspektive mit gleich drei ineinander greifenden Herausforderungen konfrontiert (Braun, 2002). Erstens weisen föderale Arrangements eine hohe Varianz ihrer institutionellen Ausgestaltung auf und unterscheiden sich etwa mit Blick auf das Ausmaß subnationaler Entscheidungskompetenzen (*self rule*) und die Mitwirkungsrechte und Einflusschancen subnationaler Akteure in nationalen Entscheidungsprozessen (*shared rule*), welche von der Stärke zweiter Kammern oder auch der Einbindung subnationaler Akteure in vorparlamentarische Verfahren abhängen (Hueglin & Fenna, 2006; Keman, 2000; Sharman, 1987; Watts, 1999). Zudem lassen sich mit Blick auf die Ausprägung getrennter oder verbundener Kompetenzen und Ressourcen sowie den Charakter intergouvernementaler Beziehungen verschiedene ideale Föderalmustypen voneinander abgrenzen (Braun, 2000b: 30f.; Schultze, 2010; Wachendorfer-Schmidt, 2000b: 6f.). Zweitens sind föderale Arrangements ihrerseits in hochgradig variierende institutionelle Kontexte eingebunden und existieren etwa in parlamentarischen und präsidentiellen Systemen sowie in mehrheits- oder verhandlungsdemokratisch geprägten Regimen (Braun, 2002: 104; Keman, 2000: 214f.; Lijphart, 1999). Die Anreizstruktur föderaler Institutionenarrangements ist folglich hochkomplex und variiert innerhalb der Gruppe föderaler Staaten. Drittens ist die Anzahl etablierter Demokratien mit einer föderalen Staatsorganisation relativ gering.³⁵ Zusammengenommen bewirken diese Faktoren, dass vergleichende Studien zum Einfluss föderaler Institutionenarrangements in besonderem Maße von der *small-N* Problematik betroffen sind und Aussagen über generelle Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge in der Folge deutlich erschwert werden.

³⁵ Wenngleich viele einführende Werke zum Föderalismus zu Recht darauf verweisen, dass ca. 40% der Weltbevölkerung in föderalen Staaten leben, fallen besonders bevölkerungsreiche unter ihnen wie etwa Indien oder die Russische Föderation nicht in die Gruppe demokratischer *und* wirtschaftlich entwickelter Staaten. Da die nachfolgenden theoretischen Ausführungen auf der Annahme stabiler demokratischer und marktwirtschaftlicher Verhältnisse beruhen, ist es plausibel, die Fallauswahl auf die Gruppe der OECD-Staaten zu beschränken. Innerhalb dieser Gruppe sind dann lediglich Australien, Österreich, Kanada, Deutschland, Mexiko, Schweiz, Belgien und die USA föderal organisiert.

Vor diesem Hintergrund erscheint es plausibel, dass die Mehrzahl der politikwissenschaftlichen Arbeiten die Effekte föderaler Arrangements über zwei unterschiedliche methodische Zugänge zu ergründen sucht. So finden sich einerseits eine Vielzahl von Studien, welche die Dynamiken, Mechanismen und Ergebnisse der Politikformulierung und Implementation in *einzelnen* Föderalstaaten (und Politikfeldern) oder im Vergleich zweier Länder mittels qualitativer Analysen nachvollziehen (siehe etwa Painter, 2000; Scharpf, 1976; Wachendorfer-Schmidt, 2000a). Andererseits existieren quantitative Analysen der Zusammenhänge zwischen Föderalismus und makroökonomischen Performanzindikatoren, die zwar für den Einfluss alternativer Erklärungsansätze kontrollieren, aber zumeist auf einer zumeist dichotomen Gegenüberstellung von föderalen und unitarischen Staaten basieren und einen relativ a-theoretischen Charakter aufweisen (Keman, 2000; Lancaster & Hicks, 2000; Lane & Ersson, 1997).³⁶ Mit Blick auf die eingangs benannten methodischen Herausforderungen weisen beide Zugänge spezifische Stärken und Schwächen auf. So können Einzelfallstudien zwar die Komplexität der Anreize föderaler Institutionen detailliert erfassen und somit wertvolle Erkenntnisse über die *Wirkungsweise* föderaler Institutionen liefern (siehe Kapitel 1.3.2); hinsichtlich der Generalisierbarkeit ihrer Ergebnisse sind sie allerdings stark beschränkt. Im Gegensatz dazu erlauben die quantitativen Analysen Einblicke in den *systematischen* Zusammenhang zwischen Föderalismus und Performanz, sind aber hinsichtlich der Operationalisierung institutioneller Anreize zumeist stark unterspezifiziert³⁷ und erlauben keinen Einblick in die Kausalität des beobachteten Makrozusammenhangs. Zusammengenommen erscheinen die vielfach zitierten Vor- und Nachteile sowohl qualitativer als auch quantitativer Zugänge im Bereich der Föderalismusforschung besonders prononciert.

1.3.2 Zur Theorie der vergleichenden Föderalismusforschung

Als zweite Besonderheit der Föderalismusforschung gilt, dass die Frage nach der Leistungsfähigkeit föderaler Systeme aus zwei ganz unterschiedlichen *theoretischen*

³⁶ Neben den hier zitierten qualitativen Einzelfallstudien und quantitativen Analysen existiert ein Forschungszweig, der anhand von spieltheoretischen Überlegungen die Leistungsfähigkeit und Dauerhaftigkeit fiskalischer Dezentralisierung unter anderem unter Rückgriff auf ihre föderale Struktur zu ergründen sucht (Inman, 2003; Weingast, 1995). Dabei ist diese Literatur jedoch als Weiterentwicklung der finanzwissenschaftliche Forschung zu Dezentralisierungseffekten (Oates, 2005; Weingast, 2009) zu verstehen, die politischen Föderalismus lediglich als Rahmenbedingung betrachtet, ihm aber keine eigene Erklärungskraft für die Leistungsfähigkeit von Staaten zukommen lässt.

³⁷ Die nachfolgende Argumentation kritisiert insbesondere die mangelnde Differenzierung zwischen Föderalismus und Dezentralisierung als zwei voneinander unabhängigen Dimensionen territorialer Staatsorganisation mit eigenständigen und interdependenten Wirkungen auf die Leistungsfähigkeit von Entscheidungs- und Implementationsprozessen.

Perspektiven analysiert worden ist und sowohl ein Bestandteil des politikwissenschaftlichen als auch des finanzwissenschaftlichen Forschungsprogramms ist (Ehlert, 2006).³⁸ Eine systematische Betrachtung des Stands der vergleichenden Forschung bedarf folglich einer Differenzierung und Integration beider Zugänge unter Berücksichtigung ihrer konzeptionell divergierenden Grundlagen. Ein Blick in die Genese der Föderalismusforschung zeigt dabei, dass Rikers eingangs zitierte „*no effect*“-These zunächst von Ostrom (1973) kritisiert wurde, der unter Rückgriff auf das argumentative Fundament der finanzwissenschaftlichen Forschung zum Fiskalföderalismus einen positiven Einfluss einer dezentralisierten Erbringung und Bereitstellung öffentlicher Güter konstatiert.³⁹

So beschäftigt sich ein Teilbereich der finanzwissenschaftlichen Forschung unter dem – aus politikwissenschaftlicher Sicht – missverständlichen Titel der ‚ökonomischen Theorie des Föderalismus‘ oder auch des ‚Fiskalföderalismus‘ mit der Frage, ob eine dezentrale oder zentrale Bereitstellung öffentlicher Güter effizienter ist.⁴⁰ Im Mittelpunkt dieser Betrachtungsweise stehen folglich die Effekte einer funktionalen Aufgabenverteilung, wobei die Frage der Dezentralisierung öffentlicher Aufgaben vorwiegend mit Blick auf die Allokationsfunktion öffentlicher Einrichtungen diskutiert wird. Dabei legt die klassische, stark normativ orientierte Variante der Fiskalföderalismustheorie den analytischen Ausführungen die Annahme zugrunde, dass sowohl dezentrale als auch zentrale staatliche Akteure wohlfahrtsorientiert handeln⁴¹ und die von ihnen bereit gestellten öffentlichen Güter möglichst genau an die individuellen Präferenzen der Bürger anpassen wollen. Da ein Erkennen individueller Präferenzen jedoch im Falle öffentlicher Güter nicht über einen

³⁸ Der Teilbereich der vorliegenden Dissertationsschrift, der sich auf den Zusammenhang von Föderalismus, Dezentralisierung und Performanz bezieht, ist als Weiterentwicklung der Dissertationsschrift von Ehlert (2006) zu verstehen, welche die Genese der finanzwissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen Föderalismusforschung ausführlich nachzeichnet und darauf aufbauend ein theoretisches Modell entwickelt und quantitativ testet, das Argumente beider Literaturstränge integriert. Das Kapitel 4 ist in Zusammenarbeit mit Niels Ehlert und André Kaiser entstanden und nah an die Dissertationsschrift Ehlerts angelehnt.

³⁹ Dabei stützt sich Ostroms Argumentation vor allem auf die Ineffizienzen großer Verwaltungsapparate bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und favorisiert die Einrichtung flexibler, einander überlappender Einheiten, die sich in ihrer territorialen Ausdehnung jener der zu bereitstellenden Güter anpassen (Ostrom, 1973: 207f.).

⁴⁰ Einen umfangreichen Überblick über die Genese des finanzwissenschaftlichen Forschungsprogramms zur Frage der Effizienz des Fiskalföderalismus bieten Rodden (2002), Oates (2005), Ehlert (2006) und Majocchi (2009).

⁴¹ Diese Annahme wird in der neueren Forschung zum Fiskalföderalismus aufgegeben, welche im Sinne einer neo-institutionalistischen Betrachtung stärker die Anreizstrukturen fiskalischer Transfersysteme und politischer Institutionen als Erklärungsfaktoren in den Vordergrund stellt. Einen exzellenten systematischen Vergleich der klassischen und modernen Perspektive der finanzwissenschaftlichen Forschung zum Fiskalföderalismus bieten Oates (2005) und Weingast (2009). Die aus einem opportunistischen Verhalten subnationaler Regierungen erwachsene Gefahr einer Überschuldung öffentlicher Haushalte ist umfangreich in die Modellbildung des vierten Kapitels dieser Dissertationsschrift integriert und wird daher im Rahmen dieses Literaturüberblicks nicht ausführlicher spezifiziert.

Preisbildungsmechanismus am Markt zu erreichen ist (Samuelson, 1954), gewinnen in den Argumentationssträngen der ökonomischen Föderalismustheorie alternative Mechanismen der Präferenzäußerung – etwa Wahlen (Musgrave, 1959; Ostrom, 1973) und damit *voice* nach Hirschman (1974b) oder (im Falle einer dezentralen Bereitstellung) auch die interregionale Mobilität und damit *exit* nach Hirschman (1974b) – an Gewicht. Dabei wird insbesondere die interregionale Mobilität von Personen und Kapital als Faktor betrachtet, der einen effizienzsteigernden Wettbewerb zwischen subnationalen Einheiten induziert (Tiebout, 1956).

Das grundlegende theoretische Argument der klassischen finanzwissenschaftlichen Föderalismusforschung formulierte jedoch Oates (1972, 2005) in Form seines Dezentralisierungstheorems, nach dem eine dezentrale Bereitstellung öffentlicher Güter mit einem lokalen Wirkungskreis grundsätzlich effizienter ist als eine zentrale Bereitstellung. Oates begründet diese Aussage mithilfe von zwei Argumenten. Einerseits besäßen lokale Akteure ein höheres Informationsniveau über die Bedürfnisse und Beschaffenheit ihrer Region als zentrale Akteure. Andererseits könnten nationale Exekutiven aus politischen Gründen dem Druck unterliegen, in allen Regionen ein uniformes Niveau an öffentlichen Gütern bereitzustellen. Der Effizienzgewinn dezentraler Bereitstellung hängt damit explizit von der territorialen Ausdehnung des betroffenen öffentlichen Gutes ab. Somit plädiert die klassische Perspektive des Fiskalföderalismus dafür, dass „governments at different levels provide [...] efficient levels of outputs of public goods whose spatial patterns of benefits [are] encompassed by the geographical scope of their jurisdictions“ (Oates, 2005: 351).

Die ökonomische Theorie des Föderalismus nimmt folglich an, dass eine Reduktion des *scale* der für die Ressourcenallokation zuständigen Einheiten unter bestimmten (recht restriktiven) Bedingungen eine aus ökonomischer Perspektive effizienzsteigernde Wirkung hat. Dabei kommt eine effiziente Allokation von Ressourcen vor dem Hintergrund einer Differenzierung zwischen dem *right to decide* und dem *right to act* subnationaler Einheiten (Braun, 2000a; Keman, 2000) vorwiegend dann zum Tragen, wenn spezifische Ausgabenprofile an die variierenden Gegebenheiten lokaler oder regionaler Gemeinschaften angepasst werden. Sie findet folglich in der Phase der Implementation politischer Entscheidungen statt und kann unter den Bedingungen fiskalischer und administrativer Dezentralisierung erwachsen, ohne dass subnationale Einheiten notwendigerweise auch Entscheidungskompetenzen besitzen.

Demgegenüber hat sich die institutionell-vergleichende *Policy*-Forschung der vergangenen Jahre verstärkt der Frage zugewandt, inwiefern sich die Existenz föderaler Institutionen systematisch auf die Dynamiken und Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse auswirkt

(Braun, 2000c; Chandler, 1987: 155f.; Wachendorfer-Schmidt, 2000c).⁴² Dabei kristallisieren sich aus der Vielzahl qualitativer Einzelfallstudien sowie auf Grundlage systematischer Darstellungen des Forschungsstands (siehe vor allem Braun, 2000a: 6f.) im Rahmen einer neo-institutionalistisch geprägten Betrachtungsweise vor allem vier Erkenntnisse heraus. Erstens etablieren föderale Institutionen über die mit Entscheidungsmacht ausgestatteten Parlamente und Regierungen der Gliedstaaten *und* über ihre Mitwirkungsrechte in nationalen Entscheidungsprozessen sowohl auf subnationaler als auch auf nationaler Ebene territorial geprägte Arenen der Entscheidungsfindung (Chandler, 1987: 151). Diese können politischen Akteuren wie Parteien oder auch Interessengruppen (W. D. Coleman, 1987: 172) die Möglichkeit bieten, Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, selbst Entscheidungen zu treffen oder Entscheidungen zu blockieren.⁴³ Zweitens wirken sich föderale Arrangements auf die Akteurskonstellation selbst aus, indem sie mit den Regierungen und Parlamenten subnationaler Einheiten neue Akteure territorialer Natur schaffen, die ein spezifisches Interesse am Erhalt subnationaler Ressourcen und Autonomie besitzen (Braun, 2000a: 9). Diese genuin föderalen Entscheidungsarenen und Akteure wirken sich, drittens, auf die Performanz politischer Entscheidungsprozesse aus, indem sie einen erhöhten Koordinationsbedarf bewirken. Dabei kann politische Performanz in Anlehnung an Wachendorfer-Schmidt als Ausmaß verstanden werden „to which the political system generates appropriate solutions to problems of political guidance“ (Wachendorfer-Schmidt, 2000b: 16, Fußnote 2), wobei die politischen Lösungsansätze mit Blick auf ihre Effizienz (gemessen als Dauer und Konfliktrichtigkeit des Entscheidungsprozesses) und ihre Effektivität bewertet werden können. Der Koordinationsbedarf föderaler Prozesse der nationalen Entscheidungsfindung steigt dann einerseits, wenn eine Vetomacht subnationaler Regierungen gegeben ist (Scharpf, 1976; Tsebelis, 2002). Andererseits kann eine koordinierte *policy*-Veränderung auch dann scheitern, wenn im Rahmen eines eher dual geprägten Föderalismus ein erhöhter Koordinationsbedarf zwischen subnationalen Entscheidungen besteht (Painter, 2000). Föderale Institutionen können folglich Prozesse der Entscheidungsfindung verlangsamen, Entscheidungskosten erhöhen und bei stark divergierenden Präferenzen der Akteure sogar eine Blockade von *policy*-Veränderung

⁴² Einen umfangreichen Überblick über die Genese des politikwissenschaftlichen Forschungsprogramms zu den Effekten föderaler Staatsorganisation bieten Ehlert (2006) und Braun (2000a).

⁴³ Damit lassen sie sich als Einfluss-, Entscheidungs- oder Vetopunkte konzeptualisieren (Kaiser, 1998; 2002b: 92f.). So kann Föderalismus einerseits über subnationale Einheiten mit verfassungsmäßig garantierten Entscheidungskompetenzen direkt Einfluss- oder Entscheidungspunkte der Delegation induzieren. Andererseits zeigt etwa Braun (2000b: 49), dass föderale Staaten im Vergleich zu unitarischen Staaten eine stärkere Ausprägung an legislativen Veto- und Einflusspunkten auf der nationalen Ebene besitzen.

bewirken (Treisman, 2007: 201f.). Damit erweisen sich die Effekte föderaler Institutionen, viertens, als stark kontextabhängig und werden vor allem von den Präferenzen der an den Entscheidungen beteiligten Akteure beeinflusst, die ihrerseits durch die Charakteristika des involvierten Politikfelds geprägt sein können.⁴⁴ Zudem können sich die selektiven Anreize des institutionellen Gesamtarrangements darauf auswirken, welchen Wert eine Blockade politischer Veränderung für einzelne Akteure hat.⁴⁵

Zusammengenommen zeigt die politikwissenschaftliche Föderalismusforschung, dass die aus der Reduktion des *scale* politischer Entscheidungskompetenzen erwachsende Komplexität sich tendenziell negativ auf die Geschwindigkeit der Entscheidungsfindung und zudem eher positiv auf die Stabilität bestehender *policies* auswirkt. Ob eine solche relativ betrachtet höhere *policy*-Stabilität föderaler Staaten jedoch die Effektivität und damit die Problemangemessenheit politischer Entscheidungen negativ oder positiv beeinflusst, ist nicht *a priori* festzulegen (Treisman, 2007: 207; Volden, 2004: 106). Eine theoretische Modellierung der Leistungsfähigkeit föderaler Staaten sollte daher auf einer zusätzlichen Spezifikation der Effekte hoher *policy*-Stabilität beruhen.

Vergleicht man nun abschließend die hier nur knapp skizzierten finanz- und politikwissenschaftlichen Zugänge zur Föderalismusforschung systematisch, so wird deutlich, dass sie sowohl auf einer unterschiedlichen Konzeption der unabhängigen Variablen (Dezentralisierung bzw. Föderalismus) als auch der abhängigen Variablen (staatliche Leistungsfähigkeit als ökonomische Effizienz bzw. Performanz politischer Entscheidungsprozesse) gründen. Auf ersteren Umstand weisen vergleichende Studien erst in jüngerer Zeit zunehmend hin und stellen Föderalismus und Dezentralisierung dabei als zwei sowohl konzeptionell als auch empirisch voneinander weitgehend unabhängige Dimensionen

⁴⁴ Braun differenziert diesbezüglich “two groups of policies: The space – and identity – related policies in which immediate interests of sub-governments and other regional players are involved; and welfare policies along with non-space related policies that have no inherent territorial logic, yet may nevertheless cause conflict with regional players because of implications for the governmental power of those parties concerned” (Braun, 2000a: 16).

⁴⁵ Besondere Bedeutung kommt hier den Anreizen des Parteiensystems sowie parteiinterner Organisationsstrukturen zu (Chandler, 1987: 149). So variiert das Ausmaß der territorialen Integration von Parteiensystemen stark zwischen föderalen Staaten (Thorlakson, 2009), wobei stark dezentralisierte Parteiensysteme einen Anreiz für regionale politische Akteure darstellen können, sich den Elektoraten der Gliedstaaten gegenüber auch dann responsiv zu verhalten, wenn dies zu einer konfrontativen Verhandlungssituation auf nationaler Ebene beiträgt. Stark integrierte Parteien können hingegen über die Vergabe von parteiinternen Ämtern oder über Nominierungsentscheidungen selektive Anreize für ein geschlossenes Verhalten verschiedener Parteigliederungen setzen (Rodden & Wibbels, 2002). Damit kommt grundsätzlich der Frage große Bedeutung zu, in welchem Maße die spezifischen Handlungslogiken föderaler Arrangements (eher kompetitiv im dualen Typ oder eher verhandlungsintensiv im kooperativen oder Verbundföderalismus) jenen des Parteiensystems entsprechen (für den deutschen Fall siehe Lehbruch, 1976).

territorialer Staatsorganisation dar (Biela & Hennl, 2010; Blume & Voigt, im Erscheinen; Braun, 2000b; Castles, 2000; Ehlert, 2006; Inman, 2007: 530f.).

Dabei können beide Dimensionen unter Rückgriff auf die Heuristik des *policy*-Zyklus klar voneinander abgegrenzt werden: Während subnationale Einheiten in Föderalstaaten *per definitionem* über originäre Entscheidungskompetenzen verfügen und darüber hinaus in hohem Maße an der Entscheidungsfindung nationaler Politiken beteiligt sind, verfügen sie in dezentralisierten Staaten über einen ausgeprägten Handlungsspielraum (*right to act*) bei der Implementation allgemein verbindlicher Politiken. Dieser konzeptionelle Unterschied kristallisiert sich auch in einem Vergleich der gängigen Indikatoren zur Messung beider Konzepte heraus: Föderalismusindikatoren fokussieren auf die Entscheidungskompetenzen subnationaler Einheiten (Elazar, 1987; Maddex, 1998), erfassen ihre Veto- und Mitspracherechte (Gerring & Thacker, 2004) oder berücksichtigen beide Aspekte (Keman, 2000), während sich die in der Finanzwissenschaft gängigen Dezentralisierungsindikatoren darum bemühen, den Handlungsspielraum subnationaler Akteure über ihre (frei verfügbaren) Anteile an den Steuereinnahmen sowie Staatsausgaben zu erfassen (Rodden, 2004). Eine Korrelationsanalyse zwischen sechs Dezentralisierungs- und sechs Föderalismusindikatoren, wie sie bei Ehlert (2006) dokumentiert ist, zeigt dann schließlich, dass die beiden Dimensionen auch empirisch betrachtet keineswegs in einem eindeutig positiven Zusammenhang stehen.

Föderalismus und Dezentralisierung sind damit voneinander weitgehend unabhängige Dimensionen territorialer Staatsorganisation, deren Effekte auf die Leistungsfähigkeit politischer Systeme sowohl theoretisch als auch empirisch differenziert betrachtet werden sollten. Diese Erkenntnis bietet den Ausgangspunkt des auf die Föderalismusforschung zielenden Beitrags der vorliegenden Dissertationsschrift, der im Folgenden in theoretischer und methodischer Hinsicht als auch mit Blick auf die generierten Erkenntnisse zusammengefasst wird.

1.3.3 Der Beitrag der Dissertationsschrift

In Form zweier Fachaufsätze (Biela, Hennl, & Kaiser, im Erscheinen; Ehlert, Hennl, & Kaiser, 2007) entwickelt die vorliegende Dissertationsschrift auf der argumentativen Grundlage sowohl der finanzwissenschaftlichen als auch der politikwissenschaftlichen Föderalismusforschung ein *einheitliches* theoretisches Modell der Wirkungsweisen von

Föderalismus und Dezentralisierung auf die staatliche Leistungsfähigkeit.⁴⁶ Demnach führt eine Dezentralisierung politischer Implementationsprozesse zu einer erhöhten Performanz, während Föderalismus sich dann tendenziell negativ auf die politische Performanz auswirkt, wenn ein extern generierter Anpassungsdruck existiert. Ferner lässt die neo-institutionalistisch geprägte Analyse der Anreizstrukturen *fiskalischer* Dezentralisierung (Ehlert, Hennl, & Kaiser, 2007: 245f.) erwarten, dass die positiven Effekte dezentraler Implementation in verbundföderalen Staaten durch ein ausuferndes Ausgabeverhalten von subnationalen Einheiten geschmälert werden, welches in unitarischen und dual-föderalen Staaten über hierarchische Kontrolle bzw. Marktmechanismen begrenzt werden kann. Damit entwickelt die vorliegende Schrift ein theoretisches Modell, welches sowohl Aussagen über die unabhängigen Effekte beider Dimensionen als auch über ihre Interdependenz enthält.

Zudem leistet das Modell eine Integration der in der finanz- und politikwissenschaftlichen Forschung divergierenden Konzepte der Leistungsfähigkeit unter dem umfassenden Begriff der Performanz politischer Systeme. So wird einerseits das Kriterium der ökonomischen Effizienz von Allokationsprozessen auf die Ergebnisse institutioneller Implementationsprozesse übertragen, die in unterschiedlichem Maße auf der Handlungsfähigkeit und dem Handlungsspielraum subnationaler Akteure basieren (Dezentralisierungsdimension); andererseits wird die Performanz politischer Entscheidungsprozesse (Föderalismusdimension) in die beiden Bestandteile der Effizienz (Entscheidungskosten) und der Effektivität (Problemangemessenheit der Entscheidung) unterteilt. Während die Gesamtpromanz politischer Systeme im Rahmen der quantitativen Analyse (Ehlert, Hennl, & Kaiser, 2007) dann über makro-ökonomische Indikatoren (etwa das Wirtschaftswachstum oder die Inflationsrate) operationalisiert wird, um eine *parallele* Analyse der Effekte beider Dimensionen zu gewährleisten, ermöglicht diese Konzeptualisierung eine differenziertere Betrachtung der Bestandteile politischer Promanz im Rahmen der qualitativen Analysen (Biela, Hennl, & Kaiser, im Erscheinen: 10).

In methodischer Hinsicht sind die beiden Aufsätze als Teile eines umfassenden *mixed-method* Forschungsdesigns (Lieberman, 2005; Rohlfing, 2008) zu begreifen, welches quantitative und

⁴⁶ Erste Versuche einer Integration beider Dimensionen in ein einheitliches theoretisches Modell finden sich bei Weingast (1995) sowie bei Inman (1997). So integriert Weingasts (1995) Konzept eines *market preserving federalism* politischen Föderalismus als eine Bedingung zur Erklärung der wirtschaftlichen Prosperität und Stabilität dezentralisierter Staaten. Inmans (1997) Betrachtung verschiedener ‚Föderalistentypen‘ ist letztendlich auf zwei mögliche Kombinationen der beiden Dimensionen beschränkt und betrachtet mit dem *economic federalism* ein unitarisch-dezentralisiertes Arrangement und in Form des *democratic federalism* in föderal-dezentralisiertes Arrangement. Der dritte Typus – *cooperative federalism* – ist dann gemäß der o.g. Definition eine Föderation.

qualitative Methoden kombiniert. So wird zunächst über eine umfassende statistische Analysestrategie, die sowohl Querschnitts- als auch Paneldaten der OECD Staaten nutzt, der systematische Zusammenhang zwischen den drei Makrophänomenen (Föderalismus, Dezentralisierung und Performanz) untersucht (Ehlert, Hennl, & Kaiser, 2007: 250f.). Dabei werden die beiden zentralen Hypothesen weitestgehend bestätigt, während der postulierte Interaktionseffekt im Rahmen der Analyse wirtschaftlich stabiler Staaten nicht deutlich zum Tragen kommt. Hinsichtlich der qualitativ vergleichenden Analyse (Biela, Hennl, & Kaiser, im Erscheinen: 7f.) ermöglicht das kombinierte Design dann eine Fallauswahl, die vor dem Hintergrund der in 1.3.1 konstatierten methodischen Herausforderungen der *ceteris paribus*-Bedingung weitestgehend gerecht wird. Dabei erlauben die statistischen Analysen zum einen eine Auswahl von vier Untersuchungsländern (Schweiz, Irland, Österreich, Dänemark), welche eindeutig den vier Typen territorialer Staatsorganisation (föderal-dezentralisiert, unitarisch-zentralisiert, föderal-zentralisiert und unitarisch-zentralisiert) zuzuordnen sind und die zugleich hinsichtlich einflussreicher Kontrollvariablen durchschnittliche Fälle darstellen. Zum anderen ermöglichen sie die Auswahl eines raumwirksamen Politikfelds (siehe ausführlich Biela & Hennl, 2010), innerhalb dessen beide Dimensionen typische Effekte auf der Makroebene zeigen (Regionale Wirtschaftspolitik, zur Definition siehe Biela, Hennl und Kaiser (im Erscheinen: 8)).

Vor diesem Hintergrund können die auf Experteninterviews und Dokumentenanalysen basierenden Fallstudien dann ihren Fokus darauf legen, das Verhalten subnationaler und nationaler Akteure in territorial geprägten Entscheidungs- und Implementationsprozessen vergleichend zu analysieren, um die den quantitativ bestätigten Zusammenhängen zugrunde liegenden kausalen Mechanismen zu ergründen. Dabei fokussieren sie dem theoretischen Modell entsprechend auf zwei institutionelle Logiken: So vergleichen sie zum einen systematisch die Dynamiken politischer Entscheidungsprozesse in föderalen (Schweiz, Österreich) und unitarischen (Dänemark, Irland) Staaten und zum anderen das Implementationsverhalten subnationaler und nationaler Akteure in dezentralisierten (Schweiz, Dänemark) und zentralisierten (Österreich, Irland) Staaten.

Tabelle 2 im Anhang dieser Einleitung stellt die Charakteristika beider Aufsätze systematisch dar; ihre zentralen Ergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst.

Föderalismus und Performanz

Die quantitative Analyse des vierten Hauptkapitels (Ehlert, Hennl, & Kaiser, 2007) zeigt, dass auf der Makroebene der theoretischen Erwartung gemäß ein tendenziell negativer Effekt

föderaler Staatsorganisation auf die über makro-ökonomische Indikatoren operationalisierte Performanz politischer Systeme existiert. So bestehen ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen Föderalismus und dem Wirtschaftswachstum sowie den Sozialausgaben und ein positiver Effekt föderaler Staatsorganisation auf die Inflationsrate. Mit Blick auf die Arbeitslosigkeit, den Haushaltssaldo und die Staatsquote zeigen sich jedoch keine überzufälligen Zusammenhänge (Ehlert, Hennl, & Kaiser, 2007: 257). Dieses Ergebnis steht im Einklang mit dem entwickelten Argument, das eine hohe Kontextabhängigkeit der Effekte föderaler Staatsorganisation postuliert (Ehlert, Hennl, & Kaiser, 2007: 249f., und Kapitel 1.3.2).

Die Ergebnisse der vergleichenden Fallstudien (Biela, Hennl, & Kaiser, im Erscheinen) führen dann zu drei zentralen Ergebnissen: Erstens bestätigt sich, dass sich die Dynamiken der Entscheidungsprozesse systematisch zwischen föderalen (Schweiz, Österreich) und unitarischen (Dänemark, Irland) Staaten unterscheiden. So konnten die nationalen Regierungen Dänemarks und Irlands weitgehend unbeschränkt und zügig *policy*-Reformen im Bereich regionaler Entwicklungspolitik beschließen, während vergleichbare Prozesse in der Schweiz und auch Österreich durch umfangreiche Aushandlungsprozesse zwischen territorialen Akteuren gekennzeichnet waren.

Zweitens zeigen die vergleichenden Fallstudien wie erwartet eine hohe Varianz im Verhalten politischer Akteure innerhalb der Gruppe föderaler Staaten. So nutzen die schweizerischen Kantone als genuin territoriale Akteure ihre Einflusschancen im vorparlamentarischen Prozess effektiv zur Verhinderung einer umfangreichen Reform der regionalpolitischen Instrumente. Dabei erhält ihre Mitsprache als *voice* durch das Potential einer Anfechtung getroffener Entscheidungen über direktdemokratische Instrumente oder einer Obstruktion ihrer Implementation den Charakter eines Vetopunktes. Die Muster der regionalpolitischen Entscheidungsfindung in Österreich erweisen sich hingegen insgesamt als flexibler, da das Politikfeld einerseits keiner festen Kompetenzzuschreibung unterliegt und andererseits der Charakter der Verhandlungen stark durch die Existenz der regionalpolitischen Instrumente der Europäischen Union verändert wird. Damit sind sowohl die Ausgestaltung der föderalen Institutionen als auch ihre Einbettung in ein umfassenderes Gesamtarrangement ausschlaggebend für die tatsächlich zu beobachtende Reaktionsfähigkeit einzelner Föderalstaaten.

Darüber hinaus birgt ein detaillierter Vergleich der Reformprozesse innerhalb der Gruppe unitarischer Staaten, drittens, ein interessantes und insbesondere mit Blick auf die

übergreifende Fragestellung dieser Schrift bedeutsames Ergebnis. Denn während die dänische Regierung regelmäßig auch institutionelle Reformen der Dezentralisierung und Rezentralisierung als Instrument der regionalen Förderung nutzt, ist eine Dezentralisierung in Irland ungeachtet einer als sehr hoch eingeschätzten Notwendigkeit nicht erfolgt. Dabei lässt sich die Verhinderung einer institutionellen Reform territorialer Staatsorganisation im irischen Fall über das obstruktive Verhalten zweier auf einander bezogener Akteursgruppen erklären: der am Erhalt der eigenen Ressourcen interessierten nationalen Ministerien einerseits und der über das irische Wahlsystem der übertragbaren Einzelstimmgebung stark an lokale Wählerschaften gebundenen Abgeordneten des irischen Parlaments andererseits. Die institutionellen Anreize kleiner Wahlkreise (3-5 Mandate) in Kombination mit dem Mechanismus des innerparteilichen Wettbewerbs um Wählerstimmen bewirken in diesem Fall ein Blockadeverhalten von Abgeordneten, die im Falle einer Dezentralisierung um ihren exklusiven Zugang zu jenen Mitteln fürchten, die eine lokal orientierte *vote-maximizing* Strategie ermöglichen. Damit ähnelt das Verhalten der am eigenen Machterhalt orientierten individuellen Abgeordneten jenem, das föderalismustheoretische Schriften von subnationalen Regierungen erwarten. Die über territoriale Institutionen induzierte Untergliederung des Staatsgebiets in kleinere Einheiten der Interessenartikulation und Entscheidungsfindung kann also im Falle von Wahlsystemen und Föderalismus in vergleichbarer Weise die Reaktionsfähigkeit nationaler Entscheidungsprozesse sowie die Fähigkeit zu institutionellen Reformen begrenzen und damit auch die Performanz des politischen Systems negativ beeinflussen.

Dezentralisierung und Performanz

Auf der Makroebene besteht ein systematisch positiver Zusammenhang zwischen fiskalischen und personellen Dezentralisierungsindikatoren einerseits und einer über makro-ökonomische Indikatoren (Wirtschaftswachstum, Sozialausgaben, Haushaltssaldo) operationalisierten politischen Performanz. Zudem weisen dezentralisierte Staaten eine geringere Inflationsrate als zentralisierte Staaten auf (Ehlert, Hennl, & Kaiser, 2007: 256 und 258).

Die vergleichenden Fallstudien bestätigen dann zunächst zwei zentrale Annahmen des theoretischen Modells. Zum einen verfügen die subnationalen Akteure der dezentralisierten Staaten Schweiz und Dänemark über deutlich umfangreichere Handlungsspielräume bei der Implementation regionalpolitischer Programme als dies in Irland oder Österreich der Fall ist. Zum anderen nutzen die mit der Implementation betrauten Akteure in der Schweiz und Dänemark ihren Spielraum zur Entwicklung regional spezifischer und weitgehend als

effizient eingestufte Lösungen, wenngleich die finanziellen und personellen Handlungsspielräume einzelner Schweizer Kantone relativ begrenzt sind. Demgegenüber scheitern insbesondere die nationalen Ministerien in Irland daran, eine regional selektive Strategie zu implementieren und erreichen zudem nur eine mangelhafte Koordination der verschiedenen Entwicklungsprogramme innerhalb einzelner Regionen. Die Muster der Implementation regionalpolitischer Programme in Österreich zeichnen sich hingegen durch eine ungewöhnliche Kombination aus. So verfügen die Bundesländer im Bereich der Regionalpolitik über ein vergleichsweise hohes Maß an Handlungsspielraum und etablieren sowohl in organisatorischer als auch inhaltlicher Hinsicht variierende Formen des Regional-Managements. Zugleich verhindert jedoch der hohe Wettbewerb um nationale Fördermittel eine länderübergreifende Kooperation zwischen den Initiativen und konterkariert so partiell die Effizienzgewinne. Zusammengefasst bestätigen die regionalpolitischen Studien grundsätzlich, dass eine Dezentralisierung von Implementationszuständigkeiten regional variierende und oftmals als angemessen beurteilte Lösungen hervorbringt während zentralisierte Implementationsstrukturen über mangelnde horizontale Koordination zwischen Ministerien hohe Kosten verursachen und zugleich selektive Förderstrategien behindern.

Darüber hinaus generiert ein Vergleich der Implementationsmuster innerhalb der Gruppe dezentralisierter Staaten Erkenntnisse, die über die theoretischen Erwartungen hinausgehen. So reagieren dänische und schweizerische Akteure sehr unterschiedlich auf die Erfordernisse horizontaler Kooperation. Während die dänische Regierung einfach ihren großen Entscheidungsspielraum nutzt, um über eine Rezentralisierung von Implementationsstrukturen horizontale Koordination effektiv zu etablieren, verbleibt die Aufgabe der Programmkoordination in der föderalen Schweiz auf Ebene der Kantone und erweist sich vielfach als hochkomplex und kostenintensiv. Die handlungsfähige Regierung eines unitarischen Staates scheint folglich angemessener auf sich wandelnde Notwendigkeiten horizontaler Kooperation in dezentralisierten Staaten reagieren zu können.

Territoriale Staatsorganisation und die Leistungsfähigkeit politischer Systeme

Insgesamt zeigen die beiden Aufsätze damit, dass beide Dimensionen territorialer Staatsorganisation voneinander unabhängige und systematisch divergierende Effekte auf die Performanz politischer Systeme haben, welche aus einem je nach territorialer Gesamtkonfiguration variierenden Verhalten politischer Akteure in den subnationalen und nationalen Arenen der Entscheidungsfindung und Implementation erwachsen. So birgt einerseits die starke Position subnationaler Akteure in nationalen Entscheidungsprozessen

föderaler Staaten die Gefahr, Reformprozesse auch im Angesicht eines hohen externen Anpassungsdrucks zu verlangsamen oder sogar ganz zu blockieren. In diesem Falle kann sowohl eine verringerte Effizienz des Entscheidungsprozesses als auch eine verringerte Effektivität des *outputs* einer allgemein verringerten Leistungsfähigkeit föderaler Staaten zugrunde liegen. Andererseits scheinen nationale und subnationale Akteure in systematisch unterschiedlichem Maße in der Lage, Implementationsspielräume angesichts regional variierender Anforderungen effizient zu nutzen. Die konzeptionelle und empirische Differenzierung zwischen Föderalismus und Dezentralisierung erweist sich folglich insgesamt als tragfähig und hinsichtlich ihrer Effekte bedeutsam und sollte fortan systematisch in die Analyse territorialer Staatsorganisation integriert werden.

1.4 Kritische Würdigung der Ergebnisse und Ausblick

Die vorliegende Dissertationsschrift zeigt, dass Wahlsysteme und Föderalismus als territoriale Institutionen eigenständige Anreizstrukturen etablieren, die sich systematisch auf die Dynamiken politischer Repräsentation und Performanz auswirken. So bieten sie einerseits räumlich begrenzte Arenen der politischen Rekrutierung und Entscheidungsfindung und damit verschiedenen politischen Akteuren – Parteien, unterschiedlichen Gliederungen innerhalb von Parteiorganisationen oder auch Interessengruppen – spezifische Einflusschancen. Dabei setzen sie auch Anreize zur Organisation politischer Kräfte entlang dieser Grenzziehungen. Andererseits erschaffen sie mit Wahlkreis- und Listenkandidaten (-abgeordneten) sowie subnationalen Regierungen und Parlamenten Akteure, die explizit an territorial begrenzte Selektorate und Elektorate gebunden sind. Die Effekte dieser institutionellen Anreizstrukturen erweisen sich dann als vielfältiger als es das klassische *dilemma of scale* in seiner Fokussierung auf die Muster politischer *Partizipation* und *ökonomischer* Leistungsfähigkeit erwarten lässt.

So zeigen die vorliegenden Analysen, erstens, dass eine starke interne Reduktion des *scale* unterschiedliche Effekte auf die deskriptiven und substantiellen Dimensionen politischer Repräsentation haben kann. Demnach vergrößern etwa Ein-Personen-Wahlkreise potentiell die Einflusschancen lokaler Parteigliederungen innerhalb der Prozesse der Kandidatennominierung und können über responsive Abgeordnete die Integration lokaler Interessen in nationale Prozesse der Politikformulierung bewirken, zugleich reduzieren sie jedoch die Repräsentationschancen von Minderheiten und Frauen, indem sie die Dynamiken einer an der Maximierung von Wählerstimmen orientierten Kandidatenselektion nachhaltig prägen. Zweitens zeigen die Analysen zur Wirkung föderaler Institutionenarrangements, dass

sich die Existenz von Akteuren mit genuin territorialen Interessen und Entscheidungsmacht systematisch auf die Performanz nationaler Entscheidungsprozesse auswirken kann. Erweitert man den im klassischen Dilemma angelegten Begriff ökonomischer Leistungsfähigkeit um eine politische Komponente, bewirkt die interne Reduktion politischer Entscheidungsarenen folglich eine Veränderung der Leistungsfähigkeit des extern ausgedehnten Zentralstaats.

Darüber hinaus weist das Ausbleiben einer Reform territorialer Staatsorganisation im irischen Fall interessanterweise darauf hin, dass eine besonders hohe Responsivität einzelner Abgeordneter gegenüber lokal definierten Interessen einen vergleichbaren Effekt auf die Performanz nationaler Entscheidungsfindung haben kann. Damit bergen beide im Rahmen dieser Arbeit analysierte territoriale Institutionen das Potential, die Dynamiken nationaler Entscheidungsfindung in ähnlicher Weise zu beeinflussen. Diese aus der empirischen Analyse gewonnene Erkenntnis findet ihre theoretische Entsprechung in der erstaunlichen Parallelität, welche formale Modelle der Verhandlungsdynamiken in föderalen Staaten (Inman & Rubinfeld, 1997) und im stark durch lokal orientierte Abgeordnete geprägten US-Kongress (Weingast, 1979: 254; Weingast, Shepsle, & Johnsen, 1981: 662) aufweisen. So führt in beiden als Gefangenendilemma strukturierten Modellen die Integration vieler lokal gebundener Akteure zu übergroßen und ineffizienten Distributionskoalitionen.

Zusammengenommen betont die vorliegende Dissertationsschrift damit die systematische Bedeutung interner territorialer Grenzziehungen für die Dynamiken politischer Repräsentation sowie die Leistungsfähigkeit politischer Systeme. Dabei verdeutlicht sie, dass auch die *innerstaatliche* Reduktion der territorialen Ausdehnung verschiedener Arenen der Interessenartikulation und Entscheidungsfindung in einem interdependenten Verhältnis zu der Performanz politischer Systeme steht. Unter Berücksichtigung der Dynamiken politischer Entscheidungsfindung bewirkt die territoriale Untergliederung moderner Staaten damit gewissermaßen eine Internalisierung des *dilemma of scale*.

Mit der Analyse gemischter Wahlsysteme sowie beider Dimensionen territorialer Staatsorganisation trägt die vorliegende Arbeit aber auch über den Horizont der übergreifenden Fragestellung hinaus zum Kenntnisstand der vergleichenden Wahlsystem- und Föderalismusforschung bei. Ausgehend von den in 1.2.3. und 1.3.3. dargestellten Kernbefunden soll daher zum Abschluss dieser Einleitung betrachtet werden, inwiefern diese Schrift eine fruchtbare Grundlage für die zukünftige Weiterentwicklung beider Teilbereiche sein könnte.

So demonstrieren die Kapitel 2 und 3 deutlich, dass die gleichzeitige Anwendung der Einzel- und Listenkandidatur in gemischten Wahlsystemen die strategischen Handlungsspielräume beider Selektorate und auch der Kandidaten und Abgeordneten systematisch erhöht. In der Folge lassen sich die Effekte der *input*-Elemente gemischter Wahlsysteme nicht einfach über eine Addition der Effekte ihrer Einzelteile erfassen. Ob und inwiefern gemischte Wahlsysteme also verschiedene, von einem normativen Standpunkt aus erwünschte Effekte zeitigen, hängt fundamental von dem strategischen Verhalten jener Akteure ab, die in ihren komplexen Anreizstrukturen interagieren. Diese Erkenntnis sollte umfassender als bisher in zukünftige Analysen der Repräsentationseffekte gemischter Wahlsysteme integriert werden und im Folgenden werden zwei Wege aufgezeigt, wie dies zu leisten sein könnte.

Einerseits könnten Analysen des individuellen Abgeordnetenverhaltens systematisch den Nominierungsstatus von Abgeordneten in ihre Erklärungsmodelle integrieren und damit über die bisherige Praxis einer reinen Betrachtung des „mandate divide“ (Thames, 2005) hinausgehen. Dabei erscheint allerdings die Unterscheidung zwischen doppelt und einfach nominierten Abgeordneten, die etwa Ferrara, Herron und Nishikawa (2005) vornehmen, nur als erster Schritt in die richtige Richtung. Vielmehr wäre es angesichts der starken Interaktion aus zwischenparteilichen Wettbewerbsanreizen und innerparteilichen Rekrutierungsdynamiken angebracht, die relativen Wertigkeiten der einzelnen Nominierungen zu berücksichtigen. Mit Blick auf die Operationalisierung der abhängigen Variable sollten dann ferner methodische Anstrengungen unternommen werden, über die gängige Betrachtung von Abstimmungsmustern hinaus valide Indikatoren individuellen Abgeordnetenverhaltens zu entwickeln, welche eine differenziertere Betrachtung des substantiellen Gehalts von Repräsentationshandlungen innerhalb der parlamentarischen Arena ermöglichen. Die Auswertung parlamentarischer Anfragen (Martin, Im Erscheinen), individueller Erklärungen zum Abstimmungsverhalten (Becher & Sieberer, 2008) oder auch jene von Ausschussmitgliedschaften (Stratmann & Baur, 2002) erscheinen diesbezüglich als innovative Ansätze.

Andererseits sollte das Verhalten von Listen- und Wahlkreisselektoraten in Prozessen der Kandidatennominierung systematischer als bisher sowohl in die theoretische Modellierung als auch – trotz der erheblichen Schwierigkeiten in der Datenerhebung – in empirische Analysen der Dynamiken politischer Repräsentation integriert werden. So wäre in einem nächsten Schritt empirisch zu ergründen, ob Nominierungsverfahren tatsächlich als wirksame Sanktionsmechanismen genutzt werden. Damit kommt der Frage erhebliche Bedeutung zu,

inwiefern sich die in Kapitel 2 getroffene Annahme einer primären *policy*-Orientierung von Selektoraten auch angesichts variierender Anreize in der Arena des Parteienwettbewerbs als tragfähig erweist. Ferner erscheint es aus theoretischer Perspektive ratsam, auch das Ausmaß innerparteilichen Wettbewerbs umfangreicher in die Modellierung interagierender Nominierungsverfahren zu integrieren als dies im Rahmen des in Kapitel 2 entwickelten Basismodells möglich war.

Hinsichtlich der vergleichenden Föderalismusforschung ist der entscheidende Beitrag dieser Schrift, die konzeptionelle und empirische Unterscheidung zwischen Föderalismus und Dezentralisierung mittels eines *mixed-method* Forschungsdesigns als tragfähige und mit Blick auf ihre kausalen Effekte bedeutsame Differenzierung zu etablieren. Dabei ermöglicht die komplexe quantitative Analysestrategie belastbare Befunde des Zusammenhangs der Makrophänomene und eine Fallauswahl für die anschließende qualitativ-vergleichende Studie, welche den umfassenden methodischen Herausforderungen der vergleichenden Föderalismusforschung soweit als möglich gerecht wird. Der Einfluss föderaler Strukturen auf nationale Entscheidungsdynamiken erweist sich jedoch in der vorliegenden Analyse als hochgradig kontextabhängig und zudem finden sich in den Fallstudien Hinweise auf Interaktionseffekte zwischen beiden Dimensionen. So ermöglicht der umfassende Entscheidungsspielraum der dänischen Regierung eine Re- und auch Dezentralisierung von Implementationskompetenzen, welche angesichts über Zeit wechselnder Koordinationsanforderungen innerhalb des betrachteten Politikfeldes als effizienzsteigernd gilt. Zugleich haben die umfangreichen Implementationskompetenzen der Schweizer Kantone ihre Verhandlungsposition im Prozess der Reform der Regionalpolitik nachhaltig gestärkt. Vor diesem Hintergrund erscheint die systematische Erforschung von Interaktionseffekten zwischen den beiden Dimensionen territorialer Staatsorganisation als lohnenswertes Unterfangen für eine Weiterentwicklung des Forschungsbereichs, wobei die bestehenden quantitativen Analysen erneut als Basis einer angemessenen Fallauswahl fungieren könnten. Zudem hat sich die qualitative Studie dieser Arbeit lediglich der systematischen Betrachtung der Entscheidungs- und Implementationsdynamiken innerhalb eines Politikfeldes gewidmet, welches im Rahmen der quantitativen Analyse die theoretisch zu erwartenden Effekte zeitigte. Ehlerts (2007) Analyse weist jedoch darauf hin, dass sich selbst innerhalb der Gruppe raumwirksamer Politikfelder solche finden, in denen sich die erwarteten Makroeffekte beider Dimensionen territorialer Staatsorganisation *nicht* zeigen (etwa im Bereich der Infrastrukturpolitik). Insofern stellen vergleichende Fallstudien der Entscheidungs- und Implementationsmuster innerhalb dieser abweichenden Politikfelder eine zweite

vielversprechende Analysestrategie im Sinne einer Modifikation und Weiterentwicklung der hier vorgestellten theoretischen Basis dar.

Insgesamt bietet die vorliegende Schrift damit neben einer systematischen Betrachtung der Effekte territorialer Grenzziehungen einen eigenständigen Beitrag zum Kenntnisstand der vergleichenden Wahlsystem- und Föderalismusforschung, der eine solide Grundlage für eine empirisch wie theoretisch gelagerte Weiterentwicklung zweier Kernbereiche der Vergleichenden Politikwissenschaft bietet.

1.5 Literaturverzeichnis

- Bartolini, S. (2005). *Restructuring Europe: centre formation, system building and political structuring between the nation-state and the European Union*. Oxford: Oxford University Press.
- Becher, M., & Sieberer, U. (2008). Discipline, Electoral Rules and Defection in the Bundestag, 1983-94. *German Politics*, 17(3), 293 - 304.
- Bednar, J. (2005). Federalism as a public good. *Constitutional Political Economy*, 16(2), 189-205.
- Bednar, J. (2009). *The Robust Federation. Principles of Design*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Benoit, K. (2002). The endogeneity problem in electoral studies: a critical re-examination of Duverger's mechanical effect. *Electoral Studies*, 21(1), 35-46.
- Biela, J., & Hennl, A. (2010). The Distinct Effects of Federalism and Decentralisation on Performance In J. Erk & W. Swenden (Eds.), *New Directions in Federalism Studies* (pp. 157-171). London: Routledge.
- Biela, J., Hennl, A., & Kaiser, A. (im Erscheinen). Combining Federalism and Decentralization. Comparative Case Studies on Regional Development Policies in Switzerland, Austria, Denmark, and Ireland. *Comparative Political Studies*.
- Birch, A. H. (1966). Approaches to Study of Federalism. *Political Studies*, 14(1), 15-33.
- Blume, L., & Voigt, S. (im Erscheinen). The economic effects of federalism and decentralization. *Public Choice*.
- Braun, D. (2000a). Territorial Division of Power and Public Policy-Making: An Overview. In D. Braun (Ed.), *Public Policy and Federalism* (pp. 1-26). Aldershot: Ashgate.
- Braun, D. (2000b). The Territorial Division of Power in Comparative Public Policy Research. In D. Braun (Ed.), *Public Policy and Federalism* (pp. 27-56). Aldershot: Ashgate.
- Braun, D. (2002). Hat die vergleichende Föderalismusforschung eine Zukunft? In EZFF-Tübingen (Ed.), *Jahrbuch des Föderalismus 2002* (pp. 97-116). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Braun, D. (Ed.). (2000c). *Public Policy and Federalism*. Aldershot: Ashgate.
- Cain, B. E., Ferejohn, J. A., & Fiorina, M. P. (1987). *The Personal Vote: Constituency Service and Electoral Independence*. Cambridge: Harvard University Press.
- Caramani, D. (2004). *The Nationalization of Politics. The formation of national electorates and party systems in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Carey, J. M., & Shugart, M. S. (1995). Incentives to Cultivate a Personal Vote: a rank Ordering of Electoral Formulas. *Electoral Studies*, 14, 417-439.
- Castles, F. G. (2000). Federalism, fiscal decentralization and economic performance. In U. Wachendorfer-Schmidt (Ed.), *Federalism and Political Performance* (pp. 177-195). London, New York: Routledge.
- Chandler, W. M. (1987). Federalism and Political Parties. In H. Bakvis & W. M. Chandler (Eds.), *Federalism and the role of the state* (pp. 149-170). Toronto: University of Toronto Press.
- Coleman, J. S. (1990). *Foundations of Social Theory*. Cambridge, Mass: Belknap Press of Harvard Univ. Press.
- Coleman, W. D. (1987). Federalism and Interest Group Organization. In H. Bakvis & W. M. Chandler (Eds.), *Federalism and the role of the state* (pp. 171-187). Toronto: University of Toronto Press.
- Cox, G. W. (1997). *Making votes count: Strategic coordination in the World's Electoral Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dahl, R. A. (1989). *Democracy and its critics*. New Haven and London: Yale University Press.

- Dahl, R. A. (2004). Democracy. In N. J. Smelser & P. B. Baltes (Eds.), *International Encyclopedia of Social and Behavioral Sciences* (pp. 3405-3408): ScienceDirect: ebook.
- Dahl, R. A., & Tufte, E. R. (1973). *Size and Democracy*. Stanford: Stanford University Press.
- Dowding, K. (1994). The Compatibility of Behaviouralism, Rational Choice and New Institutionalism. *Journal of Theoretical Politics*, 6(1), 105-117.
- Dowding, K., John, P., Mergoupis, T., & Van Vugt, M. (2000). Exit, voice and loyalty: Analytic and empirical developments. *European Journal of Political Research*, 37(4), 469-495.
- Duchacek, I. (1970). *Comparative federalism: the territorial dimension of politics*. New York: Holt, Rinehart, and Winston.
- Duverger, M. (1954). *Political Parties. Their Organization and Activity in the Modern State*. London: Methuen.
- Edwards, M. S., & Thames, F. C. (2007). District magnitude, personal votes, and government expenditures. *Electoral Studies*, 26(2), 338-345.
- Ehlert, N. (2006). *Die Organisation territorialer Herrschaft und makroökonomische Performanz in den OECD-Ländern*. Köln: Universität zu Köln.
- Ehlert, N., Hennl, A., & Kaiser, A. (2007). Föderalismus, Dezentralisierung und Performanz. Eine makroquantitative Analyse der Leistungsfähigkeit territorialer Politikorganisation in entwickelten Demokratien. *Politische Vierteljahresschrift*, 48(2), 243-268.
- Elazar, D. J. (1968). Federalism. In D. L. Sills (Ed.), *International Encyclopedia of the Social Sciences* (Vol. 5, pp. 353-366). New York: Macmillan.
- Elazar, D. J. (1987). *Exploring Federalism*. Tuscaloosa: University of Alabama Press.
- Elster, J. (2007). *Explaining Social Behavior. More Nuts and Bolts for the Social Sciences*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Faas, T. (2003). To defect or not to defect? National, institutional and party group pressures on MEPs and their consequences for party group cohesion in the European Parliament. *European Journal of Political Research*, 42(6), 841-866.
- Farrell, D. M. (2001). *Electoral systems: a comparative introduction*. Basingstoke: Palgrave.
- Fearon, J. D. (1999). Electoral Accountability and the Control of Politicians: Selecting Good Types versus Sanctioning Poor Performance. In A. Przeworski, S. C. Stokes & B. Manin (Eds.), *Democracy, accountability, and representation* (pp. 55-98). Cambridge: Cambridge University Press.
- Fenno, R. F. J. (1973). *Congressmen in Committees*. Boston: Little Brown.
- Ferrara, F., & Herron, E. S. (2005). Going it Alone? Strategic Entry under Mixed Electoral Rules. *American Journal of Political Science*, 49(1), 16-31.
- Ferrara, F., Herron, E. S., & Nishikawa, M. (2005). *Mixed Electoral Systems. Contamination and its Consequences*. New York: Palgrave.
- Filippov, M. (2005). Riker and Federalism. *Constitutional Political Economy*, 16 (2), 93-111.
- Fuchs, D. (2004). Modelle der Demokratie: Partizipatorische, Liberale und Elektronische Demokratie. In A. Kaiser & T. Zittel (Eds.), *Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg* (pp. 19-53). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gallagher, M., & Mitchell, P. (2006). Introduction. Electoral Systems and Electoral Systems Research. In M. Gallagher & P. Mitchell (Eds.), *The Politics of Electoral Systems* (pp. 3-23). Oxford: Oxford University Press.
- Gerring, J., & Thacker, S. C. (2004). Political Institutions and Corruption: The Role of Unitarism and Parliamentarism. *British Journal of Political Science*, 34, 295-330.
- Gottman, J. (1973). *The significance of territory*. Charlottesville: University Press of Virginia.
- Greif, A., & Laitin, D. D. (2004). A theory of endogenous institutional change. *American Political Science Review*, 98(4), 633-652.

- Grofman, B. (2005). Comparisons among electoral systems: Distinguishing between localism and candidate-centered politics. *Electoral Studies*, 24(4), 735-740.
- Gschwend, T. (2007). Ticket-splitting and strategic voting under mixed electoral rules: Evidence from Germany. *European Journal of Political Research*, 46(1), 1-23.
- Gschwend, T., Johnston, R., & Pattie, C. (2003). Split-ticket patterns in mixed-member proportional election systems: Estimates and analyses of their spatial variation at the German Federal Election, 1998. *British Journal of Political Science*, 33, 109-127.
- Hainmueller, J., & Kern, H. L. (2008). Incumbency as a source of spillover effects in mixed electoral systems: Evidence from a regression-discontinuity design. *Electoral Studies*, 27(2), 213-227.
- Hall, P. A., & Taylor, R. C. R. (1996). Political science and the three new institutionalisms. *Political Studies*, 44(5), 936-957.
- Hazan, R. Y., & Rahat, G. (2006). Candidate Selection. Methods and Consequences. In R. S. Katz & W. Crotty (Eds.), *Handbook of Party Politics* (pp. 109-121). London, Thousand Oaks, New Dehli: Sage.
- Hennl, A. (im Begutachtungsprozess). Intra-party dynamics in mixed-member electoral systems: how strategies of candidate selection impact parliamentary behavior. *Journal of Theoretical Politics*.
- Hennl, A., & Kaiser, A. (2008). Ticket-balancing in mixed-member proportional systems. Comparing sub-national elections in Germany. *Electoral Studies*, 27(2), 321-336.
- Herron, E. S. (2002a). Electoral influences on legislative behavior in mixed-member systems: Evidence from Ukraine's Verkhovna Rada. *Legislative Studies Quarterly*, 27(3), 361-382.
- Herron, E. S. (2002b). Mixed electoral rules and party strategies - Responses to incentives by Ukraine's Rukh and Russia's Yabloko. *Party Politics*, 8(6), 719-733.
- Hicken, A., & Simmons, J. W. (2008). The personal vote and the efficacy of education spending. *American Journal of Political Science*, 52(1), 109-124.
- Hirschman, A. O. (1974a). *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Hirschman, A. O. (1974b). Exit, Voice, and Loyalty - Further Reflections and a Survey of Recent Contributions. *Social Science Information Sur Les Sciences Sociales*, 13(1), 7-26.
- Hueglin, T. (2003). Federalism at the crossroads: Old meanings, new significance. *Canadian Journal of Political Science-Revue Canadienne De Science Politique*, 36(2), 275-294.
- Hueglin, T., & Fenna, A. (2006). *Comparative Federalism. A systematic Inquiry*. Peterborough: Broadview Press.
- Inman, R. (2003). Transfers and Bailouts: Enforcing Local Fiscal Discipline with Lessons from U.S. Federalism. In J. A. Rodden, G. S. Eskeland & J. Litvack (Eds.), *Fiscal Decentralization and the Challenge of Hard Budget Constraints* (pp. 35-84). Cambridge, London: MIT Press.
- Inman, R. (2007). Federalism's values and the value of federalism. *Cesifo Economic Studies*, 53(4), 522-560.
- Inman, R., & Rubinfeld, D. (1997). Rethinking federalism. *Journal of Economic Perspectives*, 11(4), 43-64.
- Kaiser, A. (1997). Types of democracy - From classical to new institutionalism. *Journal of Theoretical Politics*, 9(4), 419-444.
- Kaiser, A. (1998). Vetopunkte der Demokratie. Eine Kritik neuerer Ansätze der Demokratietypologie und ein Alternativvorschlag. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 29, 525-541.
- Kaiser, A. (2002a). Gemischte Wahlsysteme. Ein Vorschlag zur typologischen Einordnung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 12(4), 1545-1569.

- Kaiser, A. (2002b). *Mehrheitsdemokratie und Institutionenreform. Verfassungspolitischer Wandel in Australien, Großbritannien, Kanada und Neuseeland im Vergleich*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Kaiser, A. (2006). Die politische Theorie des Neo-Institutionalismus: James March und Johan Olsen. In A. Brodocz & G. S. Schaal (Eds.), *Politische Theorien der Gegenwart II. Eine Einführung* (2., erweiterte und aktualisierte Auflage ed., pp. 311-342). Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Kaiser, A. (im Erscheinen). Theoretische Zugänge zum Föderalismus. In I. Härtel (Ed.), *Handbuch Föderalismus 1: Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland* (pp. 15). Berlin: Springer.
- Karp, J. A., Vowles, J., Banducci, S. A., & Donovan, T. (2002). Strategic voting, party activity, and candidate effects: testing explanations for split voting in New Zealand's new mixed system. *Electoral Studies*, 21(1), 1-22.
- Keman, H. (2000). Federalism and Policy Performance: A Conceptual and Empirical Inquiry. In U. Wachendorfer-Schmidt (Ed.), *Federalism and Political Performance* (pp. 196-227). London: Routledge.
- Kleineremann, B. (2009). William Riker's 'Rationalist' Federalism. In A. Ward & L. Ward (Eds.), *The Ashgate research companion to federalism* (pp. 413-424). Farnham: Ashgate.
- Koelble, T. A. (1995). The New Institutionalism in Political Science and Sociology. *Comparative Politics*, 27(2), 231-243.
- Kostadinova, T. (2006). Party strategies and voter behavior in the East European mixed election systems. *Party Politics*, 12(1), 121-143.
- Kostadinova, T. (2007). Ethnic and women's representation under mixed election systems. *Electoral Studies*, 26(2), 418-431.
- Kunicova, J., & Remington, T. F. (2008). Mandates, parties and dissent - Effect of electoral rules on parliamentary party cohesion in the Russian State Duma, 1994-2003. *Party Politics*, 14(5), 555-574.
- Lancaster, T. D., & Hicks, A. M. (2000). The Impact of Federalism and Neo-Corporatism on Economic Performance. An Analysis of Eighteen OECD Countries. In U. Wachendorfer-Schmidt (Ed.), *Federalism and Political Performance* (pp. 228-242). London: Routledge.
- Lancaster, T. D., & Patterson, W. D. (1990). Comparative Pork Barrel Politics. Perceptions from the West German Bundestag. *Comparative Political Studies*, 22(4), 458-477.
- Lane, J. E., & Ersson, S. (1997). Is Federalism Superior? In B. Steunenberg & F. van Vught (Eds.), *Political Institutions and Public Policy* (pp. 85-113). Dordrecht: Kluwer.
- Lehmbruch, G. (1976). *Parteienwettbewerb im Bundesstaat*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer.
- Lieberman, E. S. (2005). Nested Analysis as a Mixed-Method Strategy for Comparative Research. *American Political Science Review*, 99(3), 435-452.
- Lijphart, A. (1994). *Electoral Systems and Party Systems*. Oxford: Oxford University Press.
- Lijphart, A. (1999). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven: Yale University Press.
- Linz, J. L. (1999). Democracy, Multinationalism and Federalism. In W. Merkel & A. Busch (Eds.), *Demokratie in Ost und West. Für Klaus Beyme* (pp. 382-402). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Maddex, R. L. (1998). *Constitutions of the World*. Washington, DC: Congressional Quarterly.
- Madison, J. (1787). The Federalist No. 10 (November 22, 1787). In G. Wills (Ed.), *The Federalist Papers. Alexander Hamilton, James Madison, and John Jay* (pp. 50-58). New York: Bantam Dell.

- Majocchi, A. (2009). Theories of Fiscal Federalism and the European Experience. In A. Ward & L. Ward (Eds.), *The Ashgate research companion to federalism* (pp. 425-440). Farnham: Ashgate.
- Martin, S. (Im Erscheinen). Using Parliamentary Questions to Measure Constituency Focus: An Application to the Irish Case. *Political Studies*.
- Massicotte, L., & Blais, A. (1999). Mixed electoral systems: a conceptual and empirical survey. *Electoral Studies*, 18(3), 341-366.
- Massicotte, L., & Blais, A. (2002). Electoral Systems. In L. LeDuc, R. G. Niemi & P. Norris (Eds.), *Comparing Democracies 2. New Challenges in the Study of Elections and Voting* (pp. 40-69). London: Sage.
- McKay, D. (2004). William Riker on federalism: sometimes wrong but more right than anyone else? *Regional and Federal Studies*, 14(2), 167-186.
- Mill, J. S. (1960). Representative government. In A. D. Lindsay (Ed.), *John Stuart Mill. Utilitarianism - Liberty - Representative Government* (pp. 175-393). London, New York: Dent & Sons.
- Moots, G. A. (2009). The Covenant Tradition of Federalism: The Pioneering Studies of Daniel J. Elazar. In A. Ward & L. Ward (Eds.), *The Ashgate Research Companion to Federalism* (pp. 391-412). Farnham: Ashgate.
- Moser, R. G. (2001). The effects of electoral systems on women's representation in post-communist states. *Electoral Studies*, 20(3), 353-369.
- Moser, R. G. (2008). Electoral systems and the representation of ethnic minorities - Evidence from Russia. *Comparative Politics*, 40(3), 273-292.
- Moser, R. G., & Scheiner, E. (2004). Mixed Electoral Systems and Electoral System Effects: Controlled Comparison and Cross-national Analysis. *Electoral Studies*, 23(4), 575-599.
- Musgrave, R. A. (1959). *The Theory of Public Finance. A Study in Public Economy*. New York, Toronto, London: McGraw-Hill.
- Nohlen, D. (1984). Two incompatible principles of representation. In A. Lijphart & B. Grofman (Eds.), *Choosing an Electoral System. Issues and Alternatives* (pp. 83-89). New York.
- Norris, P. (1997). *Passages to Power. Legislative recruitment in advanced democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, P. (2004). *Electoral Engineering. Voting Rules and Political Behaviour*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oates, W. E. (1972). *Fiscal Federalism*. London: Harcourt Brace Jovanovich.
- Oates, W. E. (2005). Toward a second-generation theory of fiscal federalism. *International Tax and Public Finance*, 12(4), 349-373.
- Ostrom, V. (1973). Can Federalism Make a Difference. *Publius-the Journal of Federalism*, 3(2), 197-237.
- Painter, M. (2000). When adversaries collaborate: conditional co-operation in Australia's arm's length federal polity. In U. Wachendorfer-Schmidt (Ed.), *Federalism and political performance* (pp. 130-145). London, New York: Routledge.
- Pitkin, H. F. (1967). *The Concept of Representation*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Powell, B. G. (2000). *Elections as instruments of democracy: Majoritarian and proportional visions*. New Haven: Yale University Press.
- Powell, B. G. (2007). Aggregating and Representing Political Preferences. In C. Boix & S. C. Stokes (Eds.), *The Oxford Handbook of Comparative Politics* (pp. 653-678). Oxford: Oxford University Press.
- Przeworski, A., Stokes, S. C., & Manin, B. (Eds.). (1999). *Democracy, accountability, and representation*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Rae, D. W. (1967). *The political consequences of electoral laws*. New Haven: Yale University Press.
- Rahat, G. (2007). Candidate selection: The choice before the choice. *Journal of Democracy*, 18(1), 157-170.
- Riker, W. H. (1964). *Federalism: Origin, operation, significance*. Boston: Little.
- Riker, W. H. (1975). Federalism. In F. Greenstein & N. Polsby (Eds.), *Handbook of Political Science* (Vol. 5, pp. 93-172). Reading/Mass: Addison-Wesley.
- Riker, W. H. (1982). The Two-Party System and Duverger's Law: An Essay on the History of Political Science. *American Political Science Review*(76), 753-766.
- Rodden, J. (2004). Comparative Federalism and Decentralization. On Meaning and Measurement. *Comparative Politics*(37), 481-499.
- Rodden, J., & Wibbels, E. (2002). Beyond the fiction of federalism - Macroeconomic management in multitiered systems. *World Politics*, 54(4), 494-531.
- Rohlfing, I. (2008). What You See and What You Get. Pitfalls and Principles of Nested Analysis in Comparative Research. *Comparative Political Studies*, 41(11), 1492-1514.
- Rokkan, S. (1974a). Entries, Voices, Exits - Towards a Possible Generalization of the Hirschman Model. *Social Science Information Sur Les Sciences Sociales*, 13(1), 39-53.
- Rokkan, S. (1974b). Politics between Economy and Culture - International Seminar on A.O. Hirschman's Exit-Voice-and-Loyalty. *Social Science Information Sur Les Sciences Sociales*, 13(1), 27-38.
- Rokkan, S. (2000). *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Rule, W., & Zimmerman, J. F. (1994). *Electoral Systems in Comparative Perspective. Their Impact on Women and Minorities*. Westport: Greenwood Press.
- Samuelson, P. A. (1954). The Pure Theory of Public Expenditure. *The Review of Economics and Statistics*, 36(4), 387-389.
- Sartori, G. (1992). *Demokratietheorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Sauermann, J. (2010). *Soziale Präferenzen in demokratischen Entscheidungen*. Köln: Universität zu Köln.
- Scharpf, F. W. (1976). *Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik*. Kronberg/Taunus: Scriptor Verlag.
- Schmidt, M. G. (2000). *Demokratietheorien*. Opladen: Leske+Budrich.
- Schultze, R.-O. (2010). Föderalismus. In D. Nohlen & R.-O. Schultze (Eds.), *Lexikon der Politikwissenschaft Band 1: A-M: Theorien, Methoden, Begriffe* (4 ed., pp. 266-268). München: Beck.
- Sharman, C. (1987). Second chambers. In H. Bakvis & W. M. Chandler (Eds.), *Federalism and the role of the state* (pp. 82-100). Toronto: University of Toronto Press.
- Shepsle, K. A., & Bonchek, M. S. (1997). *Analyzing Politics: rationality, behavior, and institutions*. New York: Norton.
- Shugart, M. S. (2006). Comparative Electoral Systems Research: The Maturation of a Field and New Challenges Ahead. In M. Gallagher & P. Mitchell (Eds.), *The Politics of Electoral Systems* (pp. 25-55). Oxford: Oxford University Press.
- Shugart, M. S., & Wattenberg, M. P. (2001a). *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?* Oxford: Oxford University Press.
- Shugart, M. S., & Wattenberg, M. P. (2001b). Mixed-Member Electoral Systems: A Definition and Typology. In M. S. Shugart & M. P. Wattenberg (Eds.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?* (pp. 9-24). Oxford: Oxford University Press.

- Stratmann, T., & Baur, M. (2002). Plurality rule, proportional representation, and the German Bundestag: How incentives to pork-barrel differ across electoral systems. *American Journal of Political Science*, 46(3), 506-514.
- Taagepera, R. (2007a). Electoral Systems. In C. Boix & S. C. Stokes (Eds.), *The Oxford Handbook of Comparative Politics* (pp. 678-702). Oxford: Oxford University Press.
- Taagepera, R. (2007b). *Predicting Party Sizes: The Logic of Simple Electoral Systems*. Oxford: Oxford University Press.
- Taagepera, R., & Shugart, M. S. (1989). *Seats and Votes: The Effects and Determinants of Electoral Systems*. New Haven: Yale University Press.
- Thames, F. C. (2005). A house divided - Party strength and the mandate divide in Hungary, Russia, and Ukraine. *Comparative Political Studies*, 38(3), 282-303.
- Thompson, D. F. (2004). Political Representation. In N. J. Smelser & P. B. Baltes (Eds.), *International Encyclopedia of Social and Behavioral Sciences* (pp. 11696-11698): ScienceDirect: ebook.
- Thorlakson, L. (2009). Patterns of Party Integration, Influence and Autonomy in Seven Federations. *Party Politics*, 15(2), 157-177.
- Tiebout, C. M. (1956). A Pure Theory of Local Expenditures. *Journal of Political Economy*(64), 416-424.
- Treisman, D. (2007). *The architecture of government. Rethinking political decentralization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tsebelis, G. (2002). *Veto players. How political institutions work*. New York: Russell Sage Foundation.
- Volden, C. (2004). Origin, operation, and significance: The federalism of William H. Riker. *Publius-the Journal of Federalism*, 34(4), 89-107.
- Wachendorfer-Schmidt, U. (2000a). Collaborative federalism in Germany: keeping the system in the eye of the storm. In U. Wachendorfer-Schmidt (Ed.), *Federalism and Political Performance* (pp. 81-111). London, New York: Routledge.
- Wachendorfer-Schmidt, U. (2000b). Introduction. In U. Wachendorfer-Schmidt (Ed.), *Federalism and Political Performance* (pp. 1-20). London, New York: Routledge.
- Wachendorfer-Schmidt, U. (Ed.). (2000c). *Federalism and Political Performance*. London, New York: Routledge.
- Watts, R. L. (1999). *Comparing Federal Systems. Second Edition*. Montreal&Kingston, London, Ithaca: McGill-Queen's University Press.
- Weber, M. (1922). *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr.
- Weingast, B. R. (1979). Rational Choice Perspective on Congressional Norms. *American Journal of Political Science*, 23(2), 245-262.
- Weingast, B. R. (1995). The Economic Role of Political Institutions. Market-Preserving Federalism and Economic Development. *Journal of Law Economics & Organization*, 11(1), 1-31.
- Weingast, B. R. (2009). Second generation fiscal federalism: The implications of fiscal incentives. *Journal of Urban Economics*, 65(3), 279-293.
- Weingast, B. R., Shepsle, K. A., & Johnsen, C. (1981). The Political Economy of Benefits and Costs - a Neoclassical Approach to Distributive Politics. *Journal of Political Economy*, 89(4), 642-664.
- Wills, G. (1982). Introduction. In G. Wills (Ed.), *The Federalist Papers. Alexander Hamilton, James Madison, and John Jay* (pp. vii-xxxix). New York: Bantam Dell.
- Wright, J., & Winters, M. (2010). The Politics of Effective Foreign Aid. *Annual Review of Political Science*, Vol 13, 13, 61-80.

Anhang Kapitel 1

Liste der veröffentlichten und eingereichten Publikationen

Hennl, A. (im Begutachtungsprozess). Intra-party dynamics in mixed-member electoral systems: how strategies of candidate selection impact parliamentary behavior. *Journal of Theoretical Politics*.

Hennl, A., & Kaiser, A. (2008). Ticket-balancing in mixed-member proportional systems. Comparing sub-national elections in Germany. *Electoral Studies*, 27(2), 321-336.

Ehlert, N., Hennl, A., & Kaiser, A. (2007). Föderalismus, Dezentralisierung und Performanz. Eine makroquantitative Analyse der Leistungsfähigkeit territorialer Politikorganisation in entwickelten Demokratien. *Politische Vierteljahresschrift*, 48(2), 243-268.

Biela, J., Hennl, A., & Kaiser, A. (im Erscheinen). Combining Federalism and Decentralization. Comparative Case Studies on Regional Development Policies in Switzerland, Austria, Denmark, and Ireland. *Comparative Political Studies*.

Anhang Kapitel 1

Tabelle 1: Systematische Übersicht über die Kapitel 2 und 3

Territoriale Institution als unabhängige Variable	Gemischte Wahlsysteme	
Fragestellung	Welche Effekte haben gemischte Wahlsysteme auf die Muster politischer Repräsentation?	
Zentrale Argumente	Listen- und Wahlkreisnominierungsverfahren sind eigenständige Arenen der Selektion und Sanktion politischer Amtsträger. Die Nominierung ist ein entscheidender Schritt politischer Rekrutierung. Interaktion zwischen Nominierungsverfahren beeinflusst deskriptive Repräsentationsmuster und substantielles Repräsentationsverhalten wiederwahlorientierter Abgeordneter.	
Aufsatz	Kapitel 2 (Hennl, im Begutachtungsprozess)	Kapitel 3 (Hennl & Kaiser, 2008)
Abhängige Variable	Substanzielle Repräsentation auf Ebene individueller Abgeordneter	Deskriptive Repräsentation als <i>output</i> von Nominierungsverfahren
Indikator für institutionellen Anreiz	Akteurskonstellation in interagierenden Nominierungsverfahren Lokale Wahlkreiselektorate und regionale Listenselektorate mit divergierenden Präferenzen	Interaktionsintensität zwischen Wahlkreis- und Listennominierungsverfahren operationalisiert als Anteil der Doppelnominierungen auf sicheren Listenplätzen
Indikator für Repräsentationsmuster	Substantielle Repräsentation lokaler oder nationaler Interessen (territoriale <i>policy</i> -Dimension)	Deskriptive Repräsentation als Anteil der Frauen auf sicheren Listenplätzen
Akteure	Wahlkreiselektorate, Listenselektorate, Abgeordnete	Listenselektorate in Systemen der reinen und personalisierten Verhältniswahl
Präferenzannahmen	Selektorate: <i>policy</i> ; Abgeordnete(r): <i>reelection</i>	Listenselektorate: <i>vote</i> und Kontrolle der Parlamentszusammensetzung
Analyseebene	Mikro	Mikro
Methode	Spieltheoretische Modellierung	Quantitative Analyse: Querschnittsdesign, subnationaler Vergleich
Fälle	[nicht im theoretischen Modell]	14 Bundesländer
Beobachtungseinheiten	[nicht im theoretischen Modell]	58 Listennominierungsverfahren von 2000-2004

Anhang Kapitel 1

Tabelle 2: Systematische Übersicht über die Kapitel 4 und 5

Territoriale Institution als unabhängige Variable	Föderalismus und Dezentralisierung	
Fragestellung	Welchen Einfluss übt die territoriale Staatsorganisation auf die Performanz eines politischen Systems aus?	
Zentrale Argumente	Territoriale Staatsorganisation ist zweidimensional. Beide Dimensionen üben eigenständigen Einfluss auf die Performanz politischer Prozesse aus. Föderalismus wirkt tendenziell negativ auf die Performanz des Entscheidungsprozesses. Dezentralisierung wirkt positiv auf die Performanz von Implementationsprozessen.	
Aufsatz	Kapitel 4 (Ehlert, Hennl & Kaiser, 2007)	Kapitel 5 (Biela, Hennl & Kaiser, im Erscheinen)
Abhängige Variable	<i>outcome</i>	<i>output</i> und <i>outcome</i>
Forschungsdesign	Kombination aus quantitativer und qualitativer Analyse	
Indikator für institutionellen Anreiz	Territoriale Staatsorganisation als Makrophänomen: 7 Föderalismus- und 6 Dezentralisierungsindikatoren	Ausmaß und Intensität der Beteiligung subnationaler Akteure an nationalen Entscheidungs- und Implementationsprozessen
Indikatoren für politische Performanz	Makroökonomische Performanzindikatoren	Effizienz und Effektivität der Entscheidungsfindung und Effizienz der Implementation im Bereich regionaler Wirtschaftspolitik
Akteure	[nicht in empirischer Analyse]	Nationale und subnationale Regierungen, Ministerien, Parteien, Verbände
Präferenzannahmen	[nicht in empirischer Analyse]	Nationale Regierungen: <i>policy</i> -Reform Subnationale Akteure: Maximierung der eigenen Ressourcen und Handlungsspielräume
Analyseebene	Makro	Mikro
Methode	Quantitative Analyse: Kombination aus Querschnitts- und Paneldesign	Qualitative Analyse: vergleichende Fallstudien, Datenbasis: Experteninterviews, Triangulation mit Dokumentenanalyse und Sekundärliteratur
Fälle	OECD-Länder	Schweiz, Österreich, Dänemark, Irland
Beobachtungseinheiten	Jahre*Länder Durchschnitt 1994-2003	Ausgesuchte Reform- und Implementationsprozesse

Kapitel 2

Intra-party dynamics in mixed-member electoral systems: how strategies of candidate selection impact parliamentary behavior

Annika Hennl*

Abstract

This paper contributes to our understanding of legislative behavior in mixed-member electoral (MM) systems through a simple game-theoretic model. It argues that legislators seeking re-election in mixed-member electoral systems need to take into account the interests of two distinct selectorates rather than an electorate in order to maximize the probability of regaining a legislative mandate. Assuming that the policy interests of list and district selectorates systematically differ, legislators may face diverging demands from two principals whose relative capability to sanction incumbents crucially hinges upon the reward they may offer. Such reward, I argue, is best understood as the strength of the nomination, which refers to the probability of subsequent election. A simple game-theoretic model then shows how variation in the relative strength of both selectorates induces three different scenarios with distinct equilibrium outcomes and thus effectively impacts patterns of representation.

* Annika Hennl is a doctoral student and research associate in Comparative Politics, Department of Political Science, University of Cologne, P.O. Box 411020, 50870 Cologne, Germany, e-mail: annika.hennl@uni-koeln.de, <http://www.vergl-polwiss.uni-koeln.de>.

1. Introduction

Since mixed-member (MM) electoral systems spread around the globe in the 1990s, their potential to combine the merits of pure types lies at the heart of a scientific debate. Regarding their impact upon the behavior of elected representatives, the simultaneous existence of both a list and a nominal tier, which is common to all subtypes of MM systems,¹ brings about a hope to balance “local accountability of legislators with national parties that stand for a basket of collective goods” (Shugart, 2001: 174). However, we lack a thorough understanding of the circumstances that allow or hinder such balancing and the causal mechanisms underlying it. Do list and district legislators act the way they would under a pure system, or do legislators face an individual incentive to “split the difference” (Bawn and Thies, 2003: 5) and simultaneously nurse local constituencies *and* take care of the common fate of the party? What drives a legislator’s decision to put relative emphasis on either local or party interests? Is it affected most by the interests of voters or party actors? In a wider sense, these questions touch upon the prominent debate of whether mixed systems create an institutional setting that is laboratory-like (Moser and Scheiner, 2004) or are subject to processes of interaction between both tiers (Ferrara et al., 2005). Though studies show that the latter is the case for dynamics of party competition and strategic entry (Cox and Schoppa, 2002, Ferrara and Herron, 2005, Herron, 2002b), we lack comprehensive knowledge whether interaction also impacts behavioral strategies of elected representatives. In this regard, research analyzing the behavioral effects of MM systems is still in its infancy. Two arguments justify this assessment.

First, empirical studies on legislative behavior in MM systems (Kunicova and Remington, 2008, Stratmann and Baur, 2002, Thames, 2007) implicitly deny interaction as they compare legislators on basis of their mandate type – being either *elected* at the list or district level. Given that nearly all MM systems allow candidates to simultaneously stand for election in both tiers² and that such double listing is empirically common (Manow, 2007), this distinction

is severely oversimplified. The possibility to nominate candidates (and as such to reselect incumbents) in both races multiplies, on the one hand, parties' potential to strategically use their recruitment power. On the other hand, it sets incentives for legislators to include the "two-lane route" (Roberts, 1988: 94) to their assessment of strategies aimed at career advancement. Though some empirical studies identify contamination as they point at the importance of dual candidacy and seat safety for party loyalty (Herron, 2002a, Ferrara et al., 2005), these findings have not yet been incorporated thoroughly into theoretical reasoning about the representational effects of MM systems.

Secondly, the alleged lack of knowledge is thus even more pressing in theoretical terms. Current studies on legislative behavior either rely on inductively based assessments in order to rank order mixed systems (Shugart, 2001: 187) or approach their incentive structure from a decision-theoretic perspective (Bawn and Thies, 2003). The latter study by Bawn and Thies is seminal regarding its treatment of candidate nomination as a distinct step of political recruitment and emphasizes how nomination decisions of political parties induce legislators to specialize or split representational efforts. It subsumes that "[b]etween electoral rules and election-seeking behavior by individual candidates lies the conditional realm of party *behavior*" (Bawn and Thies, 2003: 25, italics added). However, the incentives and mechanisms that impact how party selectorates *interact* with their legislators necessarily remain underexposed in a decision-theoretic model.

The central aim of this paper is thus to contribute to our understanding of legislative behavior in MM systems through a simple game-theoretic model. The most basic argument underlying the model is that MM electoral systems provide a complex institutional setting in which legislators seeking re-election need to take into account the interests of two distinct selectorates rather than an electorate in order to maximize the probability of regaining a legislative mandate. Assuming that the policy interests of list and district selectorates systematically diverge with regard to the promotion of either nationally or locally defined

issues, legislators may face diverging demands from two principals whose relative capability to sanction incumbents crucially hinges upon the reward they may offer. The latter, I argue, is best understood as the strength of the nomination which refers to the probability of subsequent election and systematically influences the strategic interaction between legislators and party selectorates that finally determines patterns of parliamentary representation.

The remaining part of the paper is structured as follows. Section two links literature on MM systems, parliamentary behavior, and party organization and develops my argument about the dynamics of representative behavior in MM electoral systems in more detail. It justifies the main assumptions underlying the baseline model that is displayed in section three. Section four solves for the games' equilibria which can be classified into three theoretically as well as empirically distinguishable scenarios. Section five concludes and discusses some thoughts about testing the model in different subtypes of MM systems.

2. Theoretical argument

“In order to understand representative democracy, we need to develop analytical tools by which we can make sense of the behaviour of the elected representatives of the people” (Strom, 1997: 171). Any effort to come up to this challenge from a rational-choice perspective³ needs to specify the actors involved, their preferences, informational acquirements and strategic options given a specific institutional setting that structures the interaction between them. The upcoming paragraphs develop my assumptions in more detail.

Legislators' preferences and their principals

In line with a long tradition of research (Mayhew, 1974), I assume that legislators seek re-election and value each behavioral strategy according to the expected likelihood of achieving this aim. Though they might also pursue policy and office goals (Fenno, 1973), the former objective necessarily precedes the latter (Strom, 1997: 161) so that legislators first and foremost display a static career ambition (Schlesinger, 1966). The crucial question then is

whose interests elected representatives shall nurse in order to achieve this goal. From the perspective of political recruitment, legislators need to overcome two critical steps: selection as a candidate and subsequently election (Norris, 1997). But which step is more important and who is capable of granting the desired outcome at the respective step? To put it in terms of delegation theory we need to specify whether the selectorate or electorate is a legislator's prime principal.⁴ Let me present two arguments in favor of the former. First, being selected as a candidate constitutes a necessary condition for being elected and is thus the more important step of parliamentary recruitment (Norris, 2006: 94f., Strom, 1997: 161). Data on legislative turnover affirm this assessment as legislators who drop out of parliament most often fail to be renominated (Katz, 1986: 99, Manow, 2007: 202). Secondly, selectorates are plausibly far better informed about legislative behavior in the parliamentary arena than the average voter. They constitute a subset of a district's population with an above-average interest in politics and are in constant touch with their representatives (Müller, 2000: 328). Formal theory of pure sanctioning models tells us that the ability to sanction an incumbent increases systematically with a principal's monitoring capability (Fearon, 1999). Selectorates thus possess a comparative advantage vis-à-vis voters. Merging both arguments, I assume that legislators' behavior in the parliamentary arena is mostly geared to gaining re-selection and, consequently, that a game-theoretic model designed to explain such behavior should display the strategic interaction of legislators and selectorates rather than electorates.⁵

Notwithstanding, the model developed below does not deny voters' impact. It rather takes patterns of inter-party competition and voting behavior as exogenously given and assigns a strength to each nomination which is defined as the probability of subsequent election.⁶ I assume such nomination strength to be commonly known by both legislators and selectorates and to reflect the extent to which legislators value being nominated. Consequently, the nomination strength also influences the relative standing of list and district selectorates in intra-party conflicts over nomination decisions.

Selectorates and intra-party dynamics in MM systems

But what can we infer about selectorates' characteristics and preferences in MM systems? In a comparative perspective, processes of candidate selection vary along two independent dimensions: their degree of inclusiveness and their degree of decentralization (Rahat and Hazan, 2001, Norris, 2006). The former physically defines the selectorate and ranges from party leaders to the electorate in case of open primaries. The latter refers to the geographically defined location at which candidate selection takes place and may be depicted as local, regional, or national. Throughout the last years, many parties in Western European democracies have "democratized" their candidate selection processes (Bille, 2001, Pennings and Hazan, 2001). However, it is important to note that these processes in no case led to the establishment of open primaries. Rather, selected party agencies, activists or ordinary members have been granted a larger say than before. As such, this trend is best understood as reflecting or reinforcing changes in intra-party dynamics (Katz, 2001) and it is safe to assume that the relevant actors are *party selectorates*, though we cannot generalize further about the exact degree of exclusiveness. If nomination decisions are made by a party selectorate, it is, however, an oversimplification to assume that legislators are simply accountable to 'their party'. Next to empowering either members, activists or leaders, candidate nomination strongly impacts the locus of power inside parties as it assigns such competence to a territorially defined organizational unit. If candidate nomination is decentralized in a territorial sense,⁷ local or regional actors may be considered the decisive principal from a legislator's perspective (Narud et al., 2002, Poguntke, 1997: 208) and systematically gain strength in intra-party conflicts over policy choice (Thorlakson, 2009, Deschouwer, 2003: 218, Hopkin, 2003: 230). And this is exactly where electoral systems take effect.

Certainly, electoral systems do not strictly determine the degree of decentralization, as candidate selection takes place inside political parties (Gallagher and Marsh, 1988) and is hardly regulated by the legal system.⁸ However, they *constrain* a party's set of publicly as

well as internally acceptable selection strategies. In particular, the type of candidature (single-member or multi-member district) sets strong incentives for political parties to adjust the selectorate's degree of decentralization to the respective electoral constituency.⁹ As Hazan and Voermann put it, "in SMD plurality systems, candidate selection tends to be decentralized. Multi-member districts, on the other hand, seem to have more centralized candidate selection methods" (Hazan and Voerman, 2006: 154). Based on this reasoning, I assume that MM electoral systems induce political parties to establish two distinct selectorates for the nomination of list and district candidates that differ with regard to their degree of decentralization. A brief review of selection practices in MM systems backs my assumption, as list selectorates frequently display higher degrees of centralization than district selectorates. This relationship is in no case reversed, though some parties display equal degrees of centralization for both tiers.¹⁰ Legislators who seek to maximize their chance of re-election thus have an incentive to nurse the interests of two distinct selectorates, whose preferences and strategy options are still in need of specification.

Preferences of list and district selectorates

The preferences of selectorates may be understood best with reference to the classical *trias* of "policy, office, or votes" (Müller and Strom, 1999). While I assume office aspirations (which are passed on to legislators in case of selectorates) to rank behind vote considerations, it is necessary to discuss the relative importance of vote and policy considerations for nominating behavior. From a general perspective, both may equally encroach upon strategy decisions as nominating bodies search for candidates that, individually or collectively, display a high ability to pull votes and simultaneously share the selectorate's policy preferences. Processes of candidate nomination are then primarily seen as a means for the selection of promising and like-minded candidates, a perspective that is doubtlessly relevant if one is interested in quite general patterns of political recruitment (such as, for example, Norris, 1997). However, if one aims to understand how selection processes impact the behavior of legislators seeking re-

election, things look different. In this case, selectorates may use their nominating power as a selecting *or* a sanctioning device,¹¹ and I argue that the latter prevails for one simple reason — all incumbents have been selected as candidates before. As such, they doubtlessly belong to the subset of selectable aspirants and are not expected to exhibit any characteristics that alienate voters. Quite the contrary, incumbents have already proven their ability to attract voters at least once (either as part of a party team or individually) and even possess additional resources to appeal to voters due to their incumbency.¹² When selectorates judge whether or not to reselect an incumbent at the nomination stage, policy considerations thus plausibly preponderate and the power to nominate primarily constitutes a means to sanction (or reward) representative behavior on an *ex post* basis. In this view, candidate selection processes provide a contract design and function as mechanisms of accountability (Przeworski et al., 1999).

Substantially, I assume that the policy preferences of selectorates differ on a single dimension, which covers the trade-off between local and national representation and as such “a fundamental matter for democracy” (Shugart et al., 2005: 437). Though processes of nationalization have brought about a supremacy of the left-right cleavage for patterns of inter-party competition in Western Europe,¹³ I doubt that this necessarily implies a strict control of national party organizations over their local branches as Caramani (2004: 299) states. Rather, I argue that such nationalization¹⁴ has shifted territorial conflicts more or less to the intra-party arena and that “one of the first areas in which centre–periphery tensions can be played out is in the process of political recruitment in general, and candidate selection in particular” (Hopkin, 2003: 230).¹⁵

3. The model

Based on the above discussion, a baseline model designed to illuminate strategic incentives underlying legislator's behavior in MM electoral systems that allow for double-listing builds upon the following simplifying assumptions.

Representative behavior evolves from the dynamic interaction of a legislator (A), a district selectorate (DS), and a list selectorate (LS). A seeks to be re-elected to parliament. DS and LS possess ideal points ($x_{DS} \in \mathbb{R}$, and $x_{LS} \in \mathbb{R}$ respectively) in a unidimensional policy space such $0 < x_{DS} < x_{LS}$ [i].

Both selectorates are risk-averse and interested in minimizing the distance between the policies enacted by the legislator (r_A) and their ideal points. The former might fall anywhere between the selectorates' ideal points so that $r_A \in \mathbb{R}_A = [x_{DS}, x_{LS}]$. Legislator's representative behavior can thus be expressed as $r_A(p) = px_{DS} + (1 - p)x_{LS}$ with $p \in [0,1]$. Before a legislator acts in parliament (stage 2), both selectorates simultaneously determine the circumstances that would lead them to reselect the incumbent (stage 1). In doing so, they define a cut rule $k_{DS} \in [0,1]$ and $k_{LS} \in [0,1]$ respectively that spans the range of values of r_A which induce reselection. The district selectorate's decision at the stage of candidate nomination (stage 3) thus reads as

$$b_{DS}(p, k_{DS}) \in B_{DS} = \{0,1\}$$

with

$$b_{DS}(p, k_{DS}) = \begin{cases} 0 & , \text{if } p \in [0, k_{DS}) \\ 1 & , \text{if } p \in [k_{DS}, 1] =: I_{DS} \end{cases} \quad [ii].$$

Likewise, the list selectorate's decision at the stage of candidate nomination (stage 3) is defined as

$$b_{LS}(p, k_{LS}) \in B_{LS} = \{0,1\}$$

with

$$b_{LS}(p, k_{LS}) = \begin{cases} 0 & , \text{if } p \in (k_{LS}, 1] \\ 1 & , \text{if } p \in [0, k_{LS}] \end{cases} =: I_{LS} \quad [iii].$$

I_{LS} and I_{DS} constitute renomination intervals. The strategic choices in stages 1 and 2 thus completely determine selectorates' behavior in stage 3, and the cut rules set in stage 1 qualify as credible because selectorates are solely interested in policy.

From a legislator's perspective, the value of a nomination is defined by its strength, which is exogenously given¹⁶ and commonly known as $n_{DS} \in (0,1)$ [iv], and $n_{LS} \in (0,1)$ [v] respectively. I therefore assume that any nomination increases the probability of being elected to parliament but that no nomination can guarantee election.

In sum, my model describes a sequential game with three stages in which both list and district selectorates simultaneously choose cut rules $k_{DS} \in [0,1]$ and $k_{LS} \in [0,1]$ in stage 1, a legislator represents ($r_A(p)$) in stage 2, and selectorates either reselect or sanction incumbents in stage 3. I assume perfect and complete information, and the utility functions which reflect the extent to which actors value the possible outcomes of this game are

$$U_A(p) = b_{DS}(p, k_{DS})n_{DS} + (1 - b_{DS}(p, k_{DS})n_{DS}) \times b_{LS}(p, k_{LS})n_{LS} \quad [vi]$$

$$U_{DS}(k_{DS}) = -(x_{DS} - (p(k_{DS})x_{DS} + (1 - p(k_{DS}))x_{LS}))^2 \quad [vii]$$

$$U_{LS}(k_{LS}) = -(x_{LS} - (p(k_{LS})x_{DS} + (1 - p(k_{LS}))x_{LS}))^2 \quad [viii].$$

For reasons of simplicity, I initially assume that the game is played only once. I discuss possible effects of relaxing this assumption and allowing for repeated interaction at the end of section four.

Before I solve the game for equilibria, let me clearly state the purpose and limits of my model. Assuming complete and perfect information, the model is fundamentally different from the vast majority of principal-agent settings which analyze how informational asymmetries provoke agency loss (Bendor et al., 2001, Bendor and Meirowitz, 2004). As such, it does not claim to contribute to the field of quite complex formal models that assess situations of common agency in the tradition of Bernheim and Whinston (1985). Rather, my model is

severely simplified in order to shed light on *basic intra-party dynamics* underlying representative behavior in a setting that is characterized by the existence of two separate selectorates which possess different degrees of competitive strength at the inter-party, and subsequently intra-party, level. Solving the game via backwards induction yields that such variation in the relative strength of both selectorates induces three different scenarios with distinct equilibrium outcomes and thus effectively impacts patterns of representation.

4. Backwards Induction, Equilibria, and Hypotheses

Because the strategic choices in stages 1 and 2 completely determine selectorates' behavior in stage 3, backwards induction starts at stage 2.

Stage 2: Legislative behavior

In stage 2, a legislator may face two fundamentally different situations: (I) disjoint renomination intervals $I_{DS} \cap I_{LS} = \emptyset$ (*cut rules* $k_{DS} > k_{LS}$) or (II) conjoint (overlapping) renomination intervals $I_{DS} \cap I_{LS} \neq \emptyset$ (*cut rules* $k'_{DS} \leq k'_{LS}$).¹⁷ How can a legislator maximize his or her re-election probability in each of these cases?

For disjoint renomination intervals $I_{DS} \cap I_{LS} = \emptyset$ (*cut rules* $k_{DS} > k_{LS}$), a legislator's utility function is

$$U_A^I(p) = \begin{cases} n_{DS} & , \text{if } p \in I_{DS} \\ 0 & , \text{if } p \in (k_{LS}, k_{DS}) \\ n_{LS} & , \text{if } p \in I_{LS} \end{cases} .$$

Consequently, a legislator maximizes his or her re-election prospects in dependence of the relative values of n_{DS} and n_{LS} . Given $[iv]$ and $[v]$

$$\text{Max}(U_A^I(p)) = \begin{cases} n_{DS} & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} > 1 \\ n_{LS} & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} < 1 \\ n_{DS} = n_{LS} & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} = 1 \end{cases}$$

so that a legislator yields a maximum utility if he or she chooses

$$r_A^{*I}(p) \text{ with } p \in \begin{cases} I_{DS} & ,\text{if } n_{DS}/n_{LS} > 1 \\ I_{LS} & ,\text{if } n_{DS}/n_{LS} < 1 \\ I_{DS} \vee I_{LS} & ,\text{if } n_{DS}/n_{LS} = 1. \end{cases}$$

As the exact value of $p \in I_{DS}$ and $p \in I_{LS}$ is irrelevant for a legislator's outcome I assume that

$$p = \begin{cases} k_{DS} & ,\text{if } p \in I_{DS} \\ k_{LS} & ,\text{if } p \in I_{LS} \end{cases} \quad [ix].$$

It follows that a legislator reaches the best outcome in case of disjoint renomination intervals if he or she adopts the following strategy

$$r_A^{*I}(p) \text{ with } \begin{cases} p = k_{DS} & ,\text{if } n_{DS}/n_{LS} > 1 \\ p = k_{LS} & ,\text{if } n_{DS}/n_{LS} < 1 \\ p \in P = \{k_{DS}, k_{LS}\} & ,\text{if } n_{DS}/n_{LS} = 1 \end{cases} \quad (1).$$

For conjoint renomination intervals, a legislator's utility function is different with

$$U_A^{II}(p) = \begin{cases} n_{DS} + (1 - n_{DS})n_{LS} & ,\text{if } p \in I_{DS} \cap I_{LS} \\ n_{LS} & ,\text{if } p \in [0, k'_{DS}) \\ n_{DS} & ,\text{if } p \in (k'_{LS}, 1]. \end{cases}$$

Given [iv] and [v], it follows that $\text{Max}(U_A^{II}(p)) = n_{DS} + (1 - n_{DS})n_{LS}$, so that a legislator maximizes his or her re-election probability by means of $r_A^{*II}(p)$ with $p \in I_{DS} \cap I_{LS}$. According to [ix], his or her maximization strategy is

$$r_A^{*II}(p) \text{ with } p \in P' = \{k'_{DS}, k'_{LS}\} \quad (2).$$

Stage 1: Choosing cut rules as a normal form game

In stage 1, both selectorates anticipate the legislator's behavior according to (1) and (2) and compare the utility that conjoint or disjoint sets of cut rules would give them. However, in order to put such comparison on solid grounds, it is reasonable to evaluate first which specific cut rule out of the range of cut rules that fulfill $k_{DS} > k_{LS}$ (or $k'_{DS} \leq k'_{LS}$) yields the highest utility.

If $k_{DS} > k_{LS}$ holds, the selectorates anticipate according to $r_A^{*I}(p)$ that a legislator chooses $p \in P = \{k_{DS}, k_{LS}\}$ in case $n_{DS}/n_{LS} = 1$ so that the legislator's behavior follows a discrete random distribution from the selectorates' perspective.¹⁸ Therefore, their utility functions may be rewritten as

$$U_{DS}^I(k_{DS}, q_{DS}) := \begin{cases} U_{DS}(k_{DS}) & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} > 1 \\ U_{DS}(k_{LS}) & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} < 1 \\ q_{DS}U_{DS}(k_{DS}) + (1 - q_{DS})U_{DS}(k_{LS}) & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} = 1 \end{cases}$$

and

$$U_{LS}^I(k_{LS}, q_{LS}) := \begin{cases} U_{LS}(k_{DS}) & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} > 1 \\ U_{LS}(k_{LS}) & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} < 1 \\ q_{LS}U_{LS}(k_{DS}) + (1 - q_{LS})U_{LS}(k_{LS}) & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} = 1. \end{cases}$$

$q_{DS} \in (0,1)$ (and $(1 - q_{LS}) \in (0,1)$) thus denote the expected probability of having an 'obedient' legislator from the perspective of the district (and list) selectorate.

Derivating¹⁹ $U_{DS}^I(k_{DS}, q_{DS})$ with respect to k_{DS} and derivating $U_{LS}^I(k_{LS}, q_{LS})$ with respect to k_{LS} yields:

$$\text{Max}(U_{DS}^I(k_{DS}, q_{DS})) \text{ is at } \begin{cases} k_{DS} = 1 & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} \geq 1 \\ k_{DS} \in [0,1] & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} < 1 \end{cases} \quad (3)$$

and

$$\text{Max}(U_{LS}^I(k_{LS}, q_{LS})) \text{ is at } \begin{cases} k_{LS} \in [0,1] & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} > 1 \\ k_{LS} = 0 & , \text{if } n_{DS}/n_{LS} \leq 1 \end{cases} \quad (4).$$

The strategy of claiming exclusive representation thus is weakly dominant for both selectorates as soon as they assume that $k_{DS} > k_{LS}$ will hold.

If $k'_{DS} \leq k'_{LS}$ holds, which means the selectorates anticipate to induce conjoint renomination intervals such that $r_A^{*II}(p)$ with $p \in P' = \{k'_{DS}, k'_{LS}\}$, it can be shown²⁰ that imposing an identical cut rule is a strictly dominant strategy as

$$\text{Max}(U_{DS}^H(k'_{DS}, q_{DS})) \text{ is at } k'_{DS} = k'_{LS} \text{ for all values of } n_{DS}/n_{LS} \quad (5)$$

and

$$\text{Max}(U_{LS}^H(k'_{LS}, q_{LS})) \text{ is at } k'_{LS} = k'_{DS} \text{ for all values of } n_{DS}/n_{LS} \quad (6).$$

In sum, both selectorates simultaneously choose a cut rule in stage 1. If they anticipate that the resulting renomination intervals are disjoint, claiming exclusive representation of their respective ideal point in policy space as a prerequisite for renomination (equations 3 and 4) is a weakly dominant strategy. If they aspire to establish a conjoint renomination interval, they should impose an identical cut rule (equations 5 and 6). If we assume [x] that both selectorates deviate from extreme positions in case of the latter, that is cooperate by establishing $k'_{DS} \in K'_{DS} = [0,1)$ and $k'_{LS} \in K'_{LS} = (0,1]$, choosing cut rules in stage 1 may be represented as a normal form game in which selectorates seek to induce cooperation in $K'_{DS} \cap K'_{LS} = (0,1)$ such that $k'_{DS} \in (0,1)$ and $k'_{LS} \in (0,1)$ [xi].²¹

Both selectorates then simultaneously choose a) to demand exclusive representation ($k_{DS} = 1$, and $k_{LS} = 0$ respectively) as a necessary and sufficient condition for renomination or b) to cooperate by choosing $k'_{DS} = k'_{LS}$ with $k'_{DS} \in (0,1)$ and $k'_{LS} \in (0,1)$ respectively. The cut rule game thus generates 4 outcomes, and according to (1) and (2) the game's payoff matrix varies in dependence on the relative nomination strength of both selectorates. Consequently, I differentiate three scenarios ($n_{DS}/n_{LS} > 1$, $n_{DS}/n_{LS} < 1$, and $n_{DS}/n_{LS} = 1$) and solve for the respective equilibria.

***** Figure 1. Scenario 1: Cut rule game for $n_{DS}/n_{LS} > 1$ *****

***** about here [siehe Anhang Kapitel 2] *****

Figure 1 displays the cut-rule game's payoff structure given $n_{DS}/n_{LS} > 1$. It is easily seen that defection is a strictly dominant strategy for the district selectorate as $Max(U_{DS}(k_{DS})) = 0$ is reached for $k_{DS} = 1$ given both $k'_{LS} \in (0,1)$ and $k_{LS} = 0$. The list selectorate is, on the contrary, unable to influence its own payoff as $Max(U_{LS}(k_{LS}))$ is reached for $k_{LS} \in [0,1)$ given both $k'_{DS} \in (0,1)$ and $k_{DS} = 1$. Defection and cooperation are thus effectively equivalent strategies for the list selectorate. Consequently, the cut-rule game has two weak nash equilibria in case of $n_{DS}/n_{LS} > 1$: $S(k_{DS} = 1; k'_{LS} \in (0,1))$, and $S(k_{DS} = 1; k_{LS} = 0)$. According to (1), the entire game thus yields a unique equilibrium for $n_{DS}/n_{LS} > 1$ and the respective strategy profile reads

$$S\left(p = 1; b_{DS}(p, k_{DS}) = \begin{cases} 1 & , \text{if } p=1 \\ 0 & , \text{if } p \in [0,1) \end{cases}; b_{LS}(p, k_{LS}) = \begin{cases} 1 & , \text{if } p \in [0,1) \\ 0 & , \text{if } p = 1 \end{cases}\right).$$

Hypotheses scenario 1. If the nomination strength of the district selectorate exceeds the nomination strength of the list selectorate,

- 1a) the legislator (type 1) exclusively represents the interests of the district selectorate,
- 1b) the district selectorate renominates the legislator,
- 1c) the list selectorate refrains from renominating the legislator.

By symmetry, the second scenario $n_{DS}/n_{LS} < 1$ yields a unique equilibrium at

$$S\left(p = 0; b_{DS}(p, k_{DS}) = \begin{cases} 1 & , \text{if } p \in (0,1] \\ 0 & , \text{if } p = 0 \end{cases}; b_{LS}(p, k_{LS}) = \begin{cases} 1 & , \text{if } p=0 \\ 0 & , \text{if } p \in (0,1] \end{cases}\right).$$

Hypotheses scenario 2. If the nomination strength of the list selectorate exceeds the nomination strength of the district selectorate,

- 2a) the legislator (type 2) exclusively represents the interests of the list selectorate,
- 2b) the district selectorate refrains from renominating the legislator,
- 2c) the list selectorate renominates the legislator.

The first two scenarios thus resemble a situation which we would expect in case of a single agency where a legislator nurses the interests of one selectorate (or electorate) in order to

maximize his or her probability of re-election. Under perfect information, the results are trivial.

A more interesting result, and one unique to MM electoral systems, emanates from the third scenario in which both selectorates display equal nomination strength, that is $n_{DS}/n_{LS} = 1$.

Figure 2 displays the respective payoff matrix.

***** Figure 2. Scenario 3: Cut rule game for $n_{DS}/n_{LS} = 1$ *****

***** about here [siehe Anhang Kapitel 2] *****

How do these payoffs relate to each other? Under the assumption that both selectorates share a common expectation q_C of legislative behavior in case of disjoint cut rules, that is $q_C = q_{DS} = q_{LS}$, the upcoming paragraphs show that a q_C exists which induces the following relation: (3a) mutual cooperation yields an outcome that is pareto-optimal vis-à-vis mutual defection, (3b) each selectorate gains utility by defecting in case the other selectorate cooperates, (3c) each selectorate loses utility by cooperating in case the other selectorate defects. If conditions (3a), (3b), and (3c) simultaneously apply for a given $q_C \in (0,1)$, the selectorates' choice of cut rules is comparable to a prisoner's dilemma.

For mutual cooperation to be pareto-optimal vis-à-vis mutual defection, both selectorates need to be better or at least well off in case of the former. Given $k_{DS} = 1, k_{LS} = 0, k'_{DS} \in (0,1), k'_{LS} \in (0,1)$, and $k'_{DS} = k'_{LS}$, the following proposition needs to hold for condition (3a) to apply:

There exists a $q_C \in (0,1)$:

$$-(x_{DS} - (k'_{DS}x_{DS} + (1 - k'_{DS})x_{LS}))^2 \geq -(1 - q_C)(x_{DS} - x_{LS})^2$$

and

$$-(x_{LS} - (k'_{LS}x_{DS} + (1 - k'_{LS})x_{LS}))^2 \geq -q_C(x_{LS} - x_{DS})^2.$$

Solving the proposition's equations for q_C results in

$$1 - (1 - k'_{DS})^2 \geq q_C$$

and

$$k'_{LS} \leq q_C.$$

Given (5) and (6): $\Leftrightarrow k'_{DS} \leq q_C \leq 2k'_{DS} - k'_{DS}^2.$

Given $[xi]$: *qed*

Condition (3a) is thus fulfilled for any $q_C \in I_C$ with $I_C := [k'_{DS}^2, 2k'_{DS} - k'_{DS}^2]$.

In the case of equal nomination strength, both selectorates are therefore better off if they cooperate in stage 1 and establish a common cut rule. The unpredictability of legislative behavior in case of disjoint cut rules makes this option less desirable as selectorates have satiable policy preferences so that “more risk means that outcomes are farther from the ideal point” (Bendor and Meirowitz, 2004: 294). Overall, mutual cooperation instead of defection increases the selectorates' utility by $2(k'_{DS} - k'_{DS}^2)(x_{DS} - x_{LS})^2$ so that each selectorate gains $(k'_{DS} - k'_{DS}^2)(x_{DS} - x_{LS})^2$ in case both selectorates would settle on a cut rule that lies at the center of I_C . Each selectorate's benefit of cooperation thus negatively correlates with the policy distance between them (and the location of the chosen cut rule), which leads to the following **auxiliary hypothesis**:

The higher the policy distance between list and district selectorates, the more they would *ceteris paribus* gain from cooperating at the stage of candidate selection.

Condition (3b) states that each selectorate gains utility by defecting in case the other selectorate cooperates, which reads formally as given k'_{LS} : There exists a $q_C \in (0,1)$ so that $U_{DS}(k_{DS}) > U_{DS}(k'_{DS})$, and, given k'_{DS} , there exists a $q_C \in (0,1)$ so that $U_{LS}(k_{LS}) > U_{LS}(k'_{LS})$. Both subconditions are fulfilled for any $q_C \in (0,1)$. Given (3) and (4) it follows that in case of $n_{DS}/n_{LS} = 1$, one-sided defection strictly dominates mutual cooperation for

any $q_C \in (0,1)$, and mutual defection strictly dominates one-sided cooperation for any $q_C \in (0,1)$. Condition (3c) is thus fulfilled as well.

Taken together, the applicability of conditions (3a), (3b), and (3c) shows us that the cut rule game for $n_{DS}/n_{LS} = 1$ has a single nash equilibrium at mutual defection, that is $S(k_{DS} = 1; k_{LS} = 0)$. Moreover, the subsequent representational game yields an equilibrium that leaves the legislator's behavior unspecified given the following strategy profile:

$$S\left(p \in P = \{0,1\}; b_{DS}(p, k_{DS}) = \begin{cases} 1 & ,\text{if } p = 1 \\ 0 & ,\text{if } p \in [0,1) \end{cases}; b_{LS}(p, k_{LS}) = \begin{cases} 1 & ,\text{if } p = 0 \\ 0 & ,\text{if } p \in (0,1] \end{cases}\right).$$

However, it would be misleading to rest upon this finding as a basis for the deduction of a third set of hypotheses because condition (3a) displays that this outcome is pareto inferior as soon as a legislator credibly asserts to represent the district selectorate's interests according to $q_C \in I_C$. In this case, selectorates face a dilemma when they decide on their rules for renomination. Though each feels an incentive to demand exclusive representation of its interests, they would be better off to jointly ask 'their' legislator to split his or her representational effort. If they did, the respective legislator would display a balanced representational record and be subsequently renominated to run in both races.

It is important to note that the range induced by I_C is quite wide. Assuming an equal distribution of $p \in P = \{0,1\}$, that is $q_C = 1/2$, cooperation would be beneficial for the district selectorate as soon as a common cut rule would exceed about $k'_{DS} > .29$. By symmetry, a list selectorate would benefit from cooperation if $k'_{DS} < .71$. Both selectorates thus benefit from cooperation as long as they settle on an arrangement in which the legislator spends at least approximately 30% of his or her effort for representing the interests of each.

The crucial question is therefore whether selectorates are able to overcome the depicted dilemma. Research on the prisoner's dilemma tells us that easing the assumption of non-repeatedness crucially impacts the range of possible equilibrium outcomes. Axelrod's seminal study on the "evolution of cooperation" (1984), for example, has proven that mutual

cooperation can be sustained as a Nash equilibrium in an iterated two-person prisoner's dilemma if future benefits from cooperation are high enough and players opt for a tit-for-tat strategy (that is, cooperate in period one and stick with cooperation thereafter if the other player did so in the previous period). Future benefits from cooperation, in turn, depend on two characteristics: the relative value of future compared to present payoffs (that is, the discount value δ) and the relative gain in utility induced by mutual cooperation rather than defection. Assuming that the discount value of both selectorates is sufficiently high and with reference to the auxiliary hypothesis, an informal relaxation of the 'one-shot' assumption for the cut rule game thus allows for a third set of hypotheses:

Hypotheses 3 (repeated cut rule game). If both selectorates display equal nomination strength, the following relation holds: the stronger the policy positions of both selectorates diverge, the higher the probability that

3a) both selectorates settle on an identical cut rule,

3b) the legislator (type 3) represents the interests of both the list and the district selectorate,

3c) both selectorates renominate the incumbent legislator.

But how plausible is it to assume repeated and even infinite interaction? Do we face a 'last period problem' regarding selectorates who negotiate their representational demand? Wittman (1995: 20f) argues that political parties are long-lived and interested in upholding a party's reputation that is based on its particular ideological stance as well as representational record. And so are organizational units of any political party. Both list and district selectorates are interested in preserving a parliamentary activity that represents its interests. Consequently, they feel an incentive to keep up a relationship (to each other and to the legislator) that assures at least a minimum amount of representation for one's specific policy interest, though their direct influence upon it may diminish over time. Playing it risky may be less tempting in this case, and assuming a sufficiently high valuation of future benefits seems justified.

Additionally, the personal composition of selectorates that are modeled as unitary actors here shifts only gradually over time, which reduces the scope of the problem's application. Repeated interaction between list and district selectorates that value future benefits thus constitutes a solid assumption.

In sum, working out my argument in formal terms leads to the following result. Parliamentary activity of individual legislators in MM electoral systems crucially hinges upon the relative strength of the nominations that the district and list selectorate may offer. If the nomination strength of either the district or the list selectorate exceeds its counterpart, the respective selectorate will successfully claim exclusive representation. Legislators then represent the interests of *either* district *or* list selectorates. However, if risk-averse selectorates display equal nomination strength, uncertainty about legislator's behavior brings about a dilemma. Each selectorate faces an incentive to individually claim exclusive representation, but cooperation on a common demand for parliamentary behavior would make both better off. Assuming that selectorates repeatedly interact, cooperation is possible and the more likely the stronger the policy positions of the selectorates diverge. In this case, legislators split the difference and represent the interests of district *and* list selectorates.

5. Conclusion

My findings show *how* variance in nomination strength and thus patterns of inter-party competition shape intra-party politics and especially the adaptation of parties' nomination decisions to electoral rules. The policy positions and relative nomination strength of list and district selectorates have an effect on the demands submitted to individual legislators, and the distribution of electoral support across tiers and space consequently shapes the *aggregate* pattern of representation a party displays. For example, if a party's electoral support is highly concentrated regionally, its district selectorates may systematically outweigh the list selectorates in number and strength so that elected legislators will far more often represent

local interests (type 1) than split their efforts (type 3) or even stick with the representation of nationally defined issues (type 2). If, on the contrary, a party's support is evenly distributed geographically but is too low to enable high nomination strength in district races, its elected representatives will concentrate on list-level topics. Most importantly, big parties that face varying levels of support across districts and rightly expect to win at least a few district races display the most complex pattern of intra-party dynamic and parliamentary behavior. It is here that scenario 3 takes effect so that the policy distance between list and district selectorates clearly influences the behavior of elected representatives. By means of nomination strength and policy distance between selectorates, my model thus emphasizes central mechanisms underlying party selectorates' decisions to encourage or discourage specialization as referred to by Bawn and Thies (2003).

But how can we test for the model's predictions on the level of *individual* parliamentary behavior? First, given different equilibria for three empirically distinguishable scenarios, any study designed to test its predictions faces a need to classify these and as such to conceptualize and operationalize nomination strength of selectorates. While the former is best done by constructing a categorical variable that takes on the values 'safe', 'competitive', and 'hopeless', approaches for the latter vary strongly and refer to previous election results as well as survey data. However, we face a special necessity of precision regarding the ascription of safety in different subtypes of MM systems. Subtypes differ primarily with regard to the ways in which they connect the conversion of votes into seats to list and district candidates (Kaiser, 2002). In parallel systems, the vote-seat conversion is conducted for both tiers independently. As such, once we set aside the debate on interactive voting behavior, the list selectorate's nomination strength is left untouched by the district selectorate's success. This independence is to various extents curtailed in compensatory systems and systems of personalized proportional representation (PR). The former transfer surplus votes from district to list races so that the nomination strength of list places is partially influenced by results of district races.

This effect is, however, minor in comparison to the one emanating under personalized PR. Striving to reach high degrees of inter-party proportionality, these systems opt for a hierarchical use of electoral rules. As such, a party's overall seat share is determined by its success in the list tier and every district race won by a party reduces the number of mandates assigned to its list candidates by one. The intra-party allocation of seats to district and list candidates is thus strongly interdependent and a party that does extremely well on election day may even be left without a single list mandate. Though this interdependence shall not modify a legislator's assessment of the nomination strength of district selectorates, it brings about difficulties for the assessment of safe list places. Research on the safety of list nominations in Germany points to this difficulty and provides preliminary approaches to solve it (Schmitt and Wüst, 2004, Arnim, 2003, Manow and Nistor, 2009). However, the complexity of intra-party seat allocation is more than a mere technical challenge, as it may also impact the legislator's and selectorates' ability to correctly assess nomination strength. As such, introducing uncertainty about the nomination strength of list places may be a promising avenue for the refinement of the baseline model presented here.

Second, any empirical test of my model needs to conceptualize the dependent variable in behavioral terms. Existing studies of parliamentary behavior display a shortcoming with regard to their methods of empirical inquiry, as they often collect empirical data at the aggregate level and analyze patterns of party unity as it is visible in roll-call votes (Carey and Reynolds, 2007, Kunicova and Remington, 2008). The observable implications of my model are, however, at the level of individual behavior. As such, it would be promising to move beyond the roll-call in analyzing legislative behavior and employ innovative indicators like parliamentary questions (Martin, 2011, forthcoming), the initiation of private member bills (Crisp et al., 2004), or committee memberships (Stratmann and Baur, 2002) in order to assess strategies of representation.

Empirical analyses of legislative behavior in MM systems may therefore be even more challenging in conceptual and methodological terms than analyses of representational efforts in pure systems. However, precisely because this is the case, such analyses need to emanate from solid theoretical reasoning. This paper has provided such a basis.

References

- Arnim, Hans Herbert von (2003) 'Wahl ohne Auswahl. Die Parteien und nicht die Bürger bestimmen die Abgeordneten'. In A. M. Wüst (ed) *Politbarometer*. Opladen: Leske und Budrich, 125-42.
- Axelrod, Robert (1984) *The Evolution of Cooperation*. New York: Basic Books.
- Bawn, Kathleen and Thies, Michael F. (2003) 'A comparative theory of electoral incentives - Representing the unorganized under PR, plurality and mixed-member electoral systems', *Journal of Theoretical Politics* 15(1): 5-32.
- Bendor, Jonathan, Glazer, Ami and Hammond, Thomas H. (2001) 'Theories of delegation', *Annual Review of Political Science* 4: 235-69.
- Bendor, Jonathan and Meirowitz, Adam (2004) 'Spatial models of delegation', *American Political Science Review* 98(2): 293-310.
- Bernheim, Douglas B. and Whinston, Michael D. (1985) 'Common Marketing Agency as a Device for Facilitating Collusion', *The RAND Journal of Economics* 16(2): 269-81.
- Bille, Lars (2001) 'Democratizing a democratic procedure: Myth or reality? Candidate selection in Western European parties, 1960-1990', *Party Politics* 7(3): 363-80.
- Cain, Bruce E., Ferejohn, John A. and Fiorina, Morris P. (1987) *The Personal Vote: Constituency Service and Electoral Independence*. Cambridge: Harvard University Press.

- Caramani, Daniele (2004) *The Nationalization of Politics. The formation of national electorates and party systems in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Carey, John M. and Reynolds, Andrew (2007) 'Parties and accountable government in new democracies', *Party Politics* 13(2): 255-74.
- Carey, John M. and Shugart, Matthew Soberg (1995) 'Incentives to Cultivate a Personal Vote: a rank Ordering of Electoral Formulas', *Electoral Studies* 14: 417-39.
- Chhibber, Pradeep and Kollman, Ken (2004) *The formation of national party systems. Federalism and party competition in Canada, Great Britain, India, and the United States*. Princeton: Princeton University Press.
- Cox, Karen E. and Schoppa, Leonard J. (2002) 'Interaction Effects in Mixed-Member Electoral Systems. Theory and Evidence from Germany, Japan and Italy', *Comparative Political Studies* 35(9): 1027-53.
- Crisp, Brian F., Escobar-Lemmon, Maria C., Jones, Bradford S., Jones, Mark P. and Taylor-Robinson, Michelle M. (2004) 'Vote-Seeking Incentives and Legislative Representation in Six Presidential Democracies', *The Journal of Politics* 66(3): 823-46.
- Crisp, Brian F. and Kulisheck, Michael R. (2001) 'The Legislative Consequences of MMP Electoral Rules in Venezuela'. In M. S. Shugart and M. P. Wattenberg (eds) *Mixed-member Electoral Systems: The Best of Both Worlds?* Oxford: Oxford University Press, 404-31.
- Deschouwer, Kris (2003) 'Political parties in multi-layered systems', *European Urban and Regional Studies* 10(3): 213-26.
- Fearon, James D. (1999) 'Electoral Accountability and the Control of Politicians: Selecting Good Types versus Sanctioning Poor Performance'. In A. Przeworski, S. C. Stokes

- and B. Manin (eds) *Democracy, accountability, and representation*. Cambridge: Cambridge University Press, 55-98.
- Fenno, Richard F. Jr. (1973) *Congressmen in Committees*. Boston: Little Brown.
- Ferrara, Federico and Herron, Eric S. (2005) 'Going it Alone? Strategic Entry under Mixed Electoral Rules', *American Journal of Political Science* 49(1): 16-31.
- Ferrara, Federico, Herron, Erik S. and Nishikawa, Misa (2005) *Mixed Electoral Systems. Contamination and its Consequences*. New York: Palgrave.
- Gallagher, Michael and Marsh, Michael (eds) (1988) *Candidate Selection in Comparative Perspective. The Secret Garden of Politics*, London: Sage.
- Hazan, Reuven Y. and Voerman, Gerrit (2006) 'Electoral Systems and Candidate Selection', *Acta Politica* 41(2): 146-62.
- Hazan, Reuven Y. and Rahat, Gideon (2006) 'Candidate Selection. Methods and Consequences'. In R. S. Katz and W. Crotty (eds) *Handbook of Party Politics*. London, Thousand Oaks, New Dehli: Sage, 109-21.
- Herron, Eric S. (2002a) 'Electoral influences on legislative behavior in mixed-member systems: Evidence from Ukraine's Verkhovna Rada', *Legislative Studies Quarterly* 27(3): 361-82.
- Herron, Eric S. (2002b) 'Mixed electoral rules and party strategies - Responses to incentives by Ukraine's Rukh and Russia's Yabloko', *Party Politics* 8(6): 719-33.
- Hopkin, Jonathan (2003) 'Political decentralization, electoral change and party organizational adaptation - A framework for analysis', *European Urban and Regional Studies* 10(3): 227-37.
- Ishiyama, John (2000) 'Candidate recruitment, party organisation and the communist successor parties: The cases of the MSzP, the KPRF and the LDDP', *Europe-Asia Studies* 52(5): 875-96.

- Johnson, Joel W. and Wallack, Jessica S. (2006) The New Electoral Systems Dataset: Electoral Systems and The Personal Vote. <http://dss.ucsd.edu/~jwjohno/espv.html>
- Kaiser, André (2002) 'Gemischte Wahlsysteme. Ein Vorschlag zur typologischen Einordnung', *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 12(4): 1545-69.
- Katz, Richard S. (1986) 'Intraparty Preference Voting'. In B. Grofman and A. Lijphart (eds) *Electoral Laws and Their Political Consequences*. New York: Agathon Press, 85-103.
- Katz, Richard S. (2001) 'The Problem of Candidate Selection and Models of Party Democracy', *Party Politics* 7(3): 277-96.
- Katz, Richard S. and Crotty, William (eds) (2006) *Handbook of Party Politics*, London, Thousand Oaks, New Dehli: Sage.
- Kitschelt, Herbert, Hawkins, Kirk A., Luna, Juan Pablo, Rosas, Guillermo and Zechmeister, Elizabeth J. (2010) *Latin American Party Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kunicova, Jana and Remington, Thomas F. (2008) 'Mandates, parties and dissent - Effect of electoral rules on parliamentary party cohesion in the Russian State Duma, 1994-2003', *Party Politics* 14(5): 555-74.
- Lundell, Krister (2004) 'Determinants of Candidate Selection. The Degree of Centralization in Comparative Perspective', *Party Politics* 10(1): 25-47.
- Mair, Peter (1994) 'Party Organizations: From civil society to the state'. In P. Mair and R. S. Katz (eds) *How parties organize. Change and adaptation in party organizations in Western Democracies*. London: Sage, 1-22.
- Manow, Philip (2007) 'Electoral rules and legislative turnover: Evidence from Germany's mixed electoral system', *West European Politics* 30(1): 195-207.
- Manow, Philip and Nistor, Martina (2009) 'Wann ist ein Listenplatz sicher? Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953-2002', *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40(3): 588-605.

- Martin, Shane (2011, forthcoming) 'Using Parliamentary Questions to Measure Constituency Focus: An Application to the Irish Case', *Political Studies*.
- Massicotte, Louis and Blais, André (1999) 'Mixed electoral systems: a conceptual and empirical survey', *Electoral Studies* 18(3): 341-66.
- Massicotte, Louis and Blais, André (2002) 'Electoral Systems'. In L. LeDuc, R. G. Niemi and P. Norris (eds) *Comparing Democracies 2. New Challenges in the Study of Elections and Voting*. London: Sage, 40-69.
- Mayhew, David R. (1974) *Congress: The Electoral Connection*. New Haven: Yale University Press.
- Moser, Richard G. and Scheiner, Ethan (2004) 'Mixed Electoral Systems and Electoral System Effects: Controlled Comparison and Cross-national Analysis', *Electoral Studies* 23(4): 575-99.
- Müller, Wolfgang C. (2000) 'Political Parties in parliamentary democracies: Making delegation and accountability work', *European Journal of Political Research* 37: 309-33.
- Müller, Wolfgang C. and Strom, Kaare (1999) *Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Narud, Hanne Marthe, Pedersen, Mogens N. and Valen, Henry (eds) (2002) *Party sovereignty and citizen control: selecting candidates for parliamentary elections in Denmark, Finland, Iceland and Norway*, Odense University Press of Southern Denmark.
- Norris, Pippa (1997) *Passages to Power. Legislative recruitment in advanced democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa (2006) 'Recruitment'. In R. S. Katz and W. Crotty (eds) *Handbook of Party Politics*. London, Thousand Oaks, New Dehli: Sage, 89-108.
- Pennings, Paul and Hazan, Reuven Y. (2001) 'Democratizing Candidate Selection. Causes and Consequences', *Party Politics* 7(3): 267-75.

- Poguntke, Thomas (1997) 'Parties in a legalistic culture: The case of Germany'. In P. Mair and R. S. Katz (eds) *How parties organize. Change and adaptation in party organizations in Western Democracies*. London: Sage, 185-215.
- Przeworski, Adam, Stokes, Susan C. and Manin, Bernard (eds) (1999) *Democracy, accountability, and representation*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rahat, Gideon and Hazan, Reuven Y. (2001) 'Candidate selection methods - An analytical framework', *Party Politics* 7(3): 297-322.
- Reed, Stephan R. and Thies, Michael F. (2001) 'The Consequences of Electoral Reform in Japan'. In M. S. Shugart and M. P. Wattenberg (eds) *Mixed-Member Electoral Systems*. Oxford: Oxford University Press, 380-403.
- Roberts, Geoffrey (1988) 'The German Federal Republic: The Two-Lane Route to Bonn'. In M. Gallagher and M. Marsh (eds) *The secret garden of politics. Candidate Selection in Comparative Perspective*. London: Sage, 94-118.
- Schlesinger, Joseph A. (1966) *Ambition and politics: Political careers in the United States*. Chicago: Rand McNally.
- Schmitt, Hermann and Wüst, Andreas M. (2004) 'Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2002: Politische Agenda und Links-Rechts-Selbsteinstufung im Vergleich zu den Wählern'. In F. Brettschneider, J. van Deth and E. Roller (eds) *Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 303-25.
- Shugart, Matthew Soberg (2001) 'Electoral "efficiency" and the move to mixed-member systems', *Electoral Studies* 20: 173-93.
- Shugart, Matthew Soberg, Valdini, Melody Ellis and Suominen, Kati (2005) 'Looking for Locals: Voter Information Demands and Personal Vote-Earning Attributes of Legislators under Proportional Representation', *American Journal of Political Science* 49(2): 437-49.

- Shugart, Matthew Soberg and Wattenberg, Martin P. (2001) *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?* New York: Oxford University Press.
- Stratmann, Thomas and Baur, Martin (2002) 'Plurality rule, proportional representation, and the German Bundestag: How incentives to pork-barrel differ across electoral systems', *American Journal of Political Science* 46(3): 506-14.
- Strom, Kaare (1997) 'Rules, Reasons, And Routines: Legislative Roles in Parliamentary Democracies'. In W. C. Müller and T. Saalfeld (eds) *Members of Parliament in Western Europe: Roles and Behaviour*. London: Frank Cass, 155-74.
- Thames, Frank C. (2007) 'Searching for the electoral connection: Parliamentary party switching in the Ukrainian rada, 1998-2002', *Legislative Studies Quarterly* 32(2): 223-56.
- Thorlakson, Lori (2009) 'Patterns of Party Integration, Influence and Autonomy in Seven Federations', *Party Politics* 15(2): 157-77.
- Weyland, Kurt G. (2002) 'Limitations of rational-choice institutionalism for the study of Latin American politics', *Studies in Comparative International Development* 37(1): 57-85.
- Wittman, Donald (1995) *The myth of democratic failure. Why political institutions are efficient*. Chicago: University of Chicago Press.

¹ In accordance with Kaiser (2002), this paper defines electoral systems as mixed if they include either a combination of a nominal and a list tier (a mixed input dimension), a non-hierarchical use of proportional alongside majoritarian rules (a mixed output dimension), or both. I chose this definition as it allows for a systematic discussion of whether variance on the output dimension impacts the incentives operating at the input dimension (see conclusion). For different approaches see Massicotte and Blais (1999, 2002) or Shugart and Wattenberg (2001).

² Exceptions are Thailand, Mexico (Shugart and Wattenberg, 2001), and Ukraine (Ferrara et al., 2005).

³ This paper evaluates the effects of MM electoral systems from a rational-choice perspective and justifies its assumptions on grounds of theoretical and empirical knowledge gathered in studies of electoral politics in developed democracies. I selectively discuss the applicability of my assumptions for the Latin American and Eastern European cases in the footnotes. For a general account on limitations of rational choice institutionalism for the study of Latin American Politics see Weyland (2002).

⁴ Note that this approach differs from Carey and Shugart's (1995) prominent account to rank order electoral systems according to the incentives they set for cultivating a personal or a party reputation.

⁵ As a matter of course, the relative importance of selectorates and electorates may shift in case electoral systems allow for preferential voting. However, almost all MM electoral systems currently applied provide closed party lists (see Johnson's and Wallack's (2006) comprehensive database for details), so that this hardly impacts the model's explanatory reach. Exceptions include Japan, where more than one candidate may be ranked on a single list position and the 'best SMD loser' wins (Reed and Thies, 2001: 383) and subnational elections in Bavaria which include flexible lists.

⁶ Such nomination strength is conceptually related to marginality of districts or list positions that has been widely studied with regard to its impact on party discipline (see, for example, Ferrara et al., 2005: 99) or constituency work (Cain et al., 1987).

⁷ Non-territorial forms of decentralization may assure functional representation (Rahat and Hazan, 2001).

⁸ Legal criteria for the selection of candidates are found in Germany, Finland, and Norway (Hazan and Rahat, 2006).

⁹ This plausibly holds though cross-country variation of selectorates' decentralization is also related to territorial state organization (Gallagher and Marsh, 1988) and regional patterns (Lundell, 2004).

¹⁰ For data on Germany see Katz (2006), for parties in 'younger' mixed systems see Lundell (2004) on New Zealand, Crisp and Kulishek (2001) on Venezuela, and Ishiyama (2000) for the Communist successor parties in Hungary, the Russian Federation and Lithuania, where candidate selection in the Democratic Labor Party is controlled by functional rather than territorially delineable forces.

¹¹ Fearon (1999) assesses in formal terms what happens if selectorates seek both means simultaneously. Though such reasoning may be especially applicable to empirical reality, I present a clear argument in favor of the sanctioning perspective and develop my model accordingly for reasons of simplicity.

¹² Such incumbency advantage may be formally represented by increased scores on a valence dimension, which is commonly modeled as being independent of the policy dimension. I refrain from including such a term in my model for two reasons. First, I do not compare career opportunities of legislators and challengers, but focus on the subset of elected representatives who all have access to those resources underlying the incumbency advantage. Second, though the importance of valence may systematically differ for list and district candidates, any study designed to test my model's predictions could easily control for a potential bias empirically, for example, by including mandate type. In fact, this indicator reflects not only vote-maximizing preferences of selectorates but, more directly, voters' impact on representative behavior. Including it would thus assess directly whether my model yields additional explanatory power in comparison to classic ones.

¹³ On the dominance of the functional dimension in Latin American party systems see Kitschelt et. al. (2010).

¹⁴ Recent literature calls into question the scope and persistency of Caramani's thesis (Hopkin, 2003) and views federalism and administrative decentralization as driving factors behind processes of 'denationalization' (Chhibber and Kollman, 2004).

¹⁵ For a similar argument see Mair (1994: 17).

¹⁶ Nomination strength are fixed parameters in my model. Selectorates are thus not able to credibly promise a higher list position or stronger district to a legislator like in the model of Bawn and Thies (2003). Rather, I assume that, empirically, legislators assess the nomination strength of a selectorate on an ex post basis.

¹⁷ *I* and *II* will be used as superscripts throughout the model in order to denote whether the respective equation holds for the case of disjoint or conjoint renomination intervals.

¹⁸ I think that the unpredictability of representatives' behavior in case of equal nomination strength is more than an arcane technical assumption. It has a natural and important empirical interpretation as the two-lane route offered to legislators in MM systems widens their set of behavioral strategies and as such makes their actions less predictable.

¹⁹ Detailed steps of calculations (here and henceforth) can be provided by the author upon request.

²⁰ If we define $k'_{DS} \leq k''_{DS} \leq k'_{LS}$ and $q_{DS} \in (0,1)$ as a random variable displaying the district selectorate's belief about legislative behavior in case of equal nomination strength, the district selectorate's utility function is

$$U_{DS}^{II}(k''_{DS}, q_{DS}) = \begin{cases} U_{DS}(k'_{LS}) & , \text{if } k''_{DS} = k'_{LS} \\ q_{DS}U_{DS}(k''_{DS}) + (1 - q_{DS})U_{DS}(k'_{LS}) & , \text{other.} \end{cases}$$

A proof by cases then shows that the following proposition holds: for a given k'_{LS} and $k''_{DS} \in [k'_{DS}, k'_{LS}]$: $\text{Max}(U_{DS}^{II}(k''_{DS}, q_{DS})) = U_{DS}^{II}(k'_{DS}, q_{DS}) = U_{DS}(k'_{LS})$.

²¹ Assumption *[xi]* rules out that a list selectorate renominates an incumbent who has exclusively worked for the district selectorate's interests, and vice versa. This assumption is in accordance with (3) and (4) but marginally restricts the selectorate's room for maneuvering.

Anhang Kapitel 2

		List selectorate	
		$k'_{LS} \in (0,1)$ <i>cooperate</i>	$k_{LS} = 0$ <i>defect</i>
District selectorate	$k'_{DS} \in (0,1)$ <i>cooperate</i>	$U_{LS} = -(x_{LS} - (k'_{DS}x_{DS} + (1 - k'_{DS})x_{LS}))^2$ $U_{DS} = -(x_{DS} - (k'_{DS}x_{DS} + (1 - k'_{DS})x_{LS}))^2$	$U_{LS} = -(x_{LS} - (k'_{DS}x_{DS} + (1 - k'_{DS})x_{LS}))^2$ $U_{DS} = -(x_{DS} - (k'_{DS}x_{DS} + (1 - k'_{DS})x_{LS}))^2$
	$k_{DS} = 1$ <i>defect</i>	$U_{LS} = -(x_{LS} - x_{DS})^2$ $U_{DS} = 0$	$U_{LS} = -(x_{LS} - x_{DS})^2$ $U_{DS} = 0$

Figure 1. Scenario 1: Cut rule game for $n^{DS}/n_{LS} > 1$

		List selectorate	
		$k'_{LS} \in (0,1)$ <i>cooperate</i>	$k_{LS} = 0$ <i>defect</i>
District selectorate	$k'_{DS} \in (0,1)$ <i>cooperate</i>	$U_{LS} = -(x_{LS} - (k'_{LS}x_{DS} + (1 - k'_{LS})x_{LS}))^2$ $U_{DS} = -(x_{DS} - (k'_{DS}x_{DS} + (1 - k'_{DS})x_{LS}))^2$	$U_{LS} = -q_{LS}(x_{LS} - (k'_{DS}x_{DS} + (1 - k'_{DS})x_{LS}))^2$ $U_{DS} = -q_{DS}(x_{DS} - (k'_{DS}x_{DS} + (1 - k'_{DS})x_{LS}))^2 - (1 - q_{DS})(x_{DS} - x_{LS})^2$
	$k_{DS} = 1$ <i>defect</i>	$U_{LS} = -q_{LS}(x_{LS} - x_{DS})^2 - (1 - q_{LS})(x_{LS} - (k'_{LS}x_{DS} + (1 - k'_{LS})x_{LS}))^2$ $U_{DS} = -(1 - q_{DS})(x_{DS} - (k'_{LS}x_{DS} + (1 - k'_{LS})x_{LS}))^2$	$U_{LS} = -q_{LS}(x_{LS} - x_{DS})^2$ $U_{DS} = -(1 - q_{DS})(x_{DS} - x_{LS})^2$

Figure 2. Scenario 3: Cut rule game for $n^{DS}/n_{LS} = 1$

Kapitel 3

Ticket-balancing in mixed-member proportional systems.

Comparing sub-national elections in Germany

Annika Hennl und André Kaiser

Abstract

This article compares ticket-balancing processes in pure and mixed-member proportional systems, which differ with regard to the type of candidature – party list versus combination of single-member and party list. By comparing sub-national elections in Germany between 2000 and 2004, we analyse the impact of double-nominations on the share of safely listed women. Whereas a cross-sectional multiple OLS-regression analysis finds no direct effect except that women's share is dependent on candidate gender quotas and a minimum of two safe list places, there is clear evidence of an interactive relationship between quotas and nominations. Selectors strategically use candidate selection to fulfil gender quotas and frequently nominate female district candidates on safe list places.

Erschienen in: *Electoral Studies*, 2008, 27(2), 321-336.

Verfügbar über: <http://www.sciencedirect.com/science/journal/02613794>

doi:10.1016/j.electstud.2008.02.001

Kapitel 4

Föderalismus, Dezentralisierung und Performanz. Eine makroquantitative Analyse der Leistungsfähigkeit territorialer Politikorganisation in entwickelten Demokratien

Niels Ehlert, Annika Hennl und André Kaiser

Abstract

„Does federalism matter?“ Wir leiten zunächst ein theoretisches Erklärungsmodell der Zusammenhänge zwischen Föderalismus, Dezentralisierung und Performanz aus der föderalismustheoretischen und der finanzwissenschaftlichen Literatur her und überprüfen dieses sodann mittels einer statistischen Analyse für die OECD-Staaten. Es zeigt sich, dass Föderalismus und Dezentralisierung nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch als zwei unterschiedliche Dimensionen mit eigenem Erklärungspotenzial für die Ergebnisse von Staatshandeln aufgefasst werden müssen. Die theoretisch erwarteten positiven Effekte von Dezentralisierung und die tendenziell negativen Auswirkungen von Föderalismus werden im Wesentlichen bestätigt.

Erschienen in: *Politische Vierteljahresschrift*, 2007, 48(2), 243-268.

Verfügbar über: <http://www.springerlink.com/content/3t377513n8t22715/>

doi:10.1007/s11615-007-0046-1

Kapitel 5

Combining Federalism and Decentralization.

Comparative Case Studies on Regional Development Policies in Switzerland, Austria, Denmark, and Ireland.

Jan Biela, Annika Hennl und André Kaiser

Abstract

Studies evaluating the effects of territorial state organization on the performance of democratic political systems produce ambiguous results. We argue that research so far has suffered from insufficiently conceptualizing federalism and decentralization as two distinct dimensions. This paper makes use of the advantages of a nested design and detects micro-level causal mechanisms underlying statistically confirmed effects. We conduct in-depth case studies comparing policy processes in four countries (Austria, Switzerland, Ireland, and Denmark) in the area of regional development policy, an area that exhibits typical effects in a macro-quantitative analysis, in order to back our hypothesized and corroborated macro-level relationships by micro level causal evidence. The case studies show that federalism induces subnational actors to adopt divergent positions and push through individual interests in processes of decision-making, thus increasing transaction costs and preventing substantial policy shifts. Decentralization and subnational discretion induces actors to vary service delivery in an efficiency-enhancing way.

Erscheint in: *Comparative Political Studies*, 2012

Verfügbar über: <http://cps.sagepub.com/>